Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis vierzehntägig 1.10 Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Anzeigenpreis wöchentlich 35 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Sonderforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 15 Goldpfennig, bei 8 Seiten 20 Goldpfennig, Sonnabends 25 Goldpfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt Merseburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem zwanglos erscheinenden Chronik von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 10 Goldpfennig Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 61 — Mittwoch den 12. März 1924 — 50. Jahrg.

Bodenlos und katastrophal.

Bodenlos und katastrophal nannte Herr von Kahr, der am Dienstag in München als Zeuge — zunächst unvereidigt — verhört worden ist, die Gedankengänge Hitlers und seiner Freunde. Er stellte fest, daß er in der Sache im Bürgerbräukeller von vornherein das Bewußtsein der großen Gefahr gehabt habe, die der von Hitler geplante Marsch nach Berlin auch über Bayern gebracht hätte. Man hätte nach Kahr in diesem Falle mit einer militärischen Aktion Frankreichs, mit einem tschechischen und polnischen Vormarsch und der Besetzung wichtiger Handelsstädte rechnen müssen, im übrigen Reich aber mit der Katastrophe eines Bürgerkrieges. Kahr nannte den Vormarsch Hitlers den Anlaß zu einem zweiten Jahr 1806, und so habe er, als Hitler in dem Bürgerbräukeller stürmte, sofort Lossow und Seisser auf die Gefahr aufmerksam gemacht und auch die Andeutung fallen lassen, daß man jetzt Komödie spielen müsse.

Derselbe Kahr, der die Bodenlosigkeit der Hitlerschen Pläne samt ihrer Katastrophengefahr so gut erkannte, hat aber Jahre hindurch in Bayern die Hitler-Bewegung beschützt; er war der vermittelnde Verbindungsmann zwischen der Hitlergruppe und den altbayerischen Verbänden, die etwas anders wollten, er hat die notwendige Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Richtungen immer wieder verhindert und dadurch eine scheinbare Einheitsfront aller Verbände vorgetäuscht, die ihm einen größeren Rückhalt gegenüber Berlin geben sollte. Er wollte diese Macht, die zum Teil nur eine Scheinmacht war, freilich niemals entscheidend einsetzen, sondern nur als Druckmittel verwenden; seine letzten eigensten Pläne sind ja auch heute noch nicht aufgedeckt, nicht einmal durch die Bestissenheit, mit der er den ehemaligen bayerischen Kronprinzen immer nur als „Seine Majestät" bezeichnet. Formal drückt sich darin freilich, da Kronprinz Rupprecht niemals die Krone getragen hat, Kahrs Anschauung aus, daß er nach dem Tode des letzten bayerischen Königs dessen Sohn als den König betrachtet; aber auch hier kann er sich auf seine formale Anschauung als Monarchist berufen, weil nach dem Prinzip der Legitimität der Titel Majestät auch dem Sohne eines entthronten Herrschers gebührt

Man wird, wenn nicht Wunder geschehen, über Kahr keine aktenmäßige Klarheit erhalten. Fest steht, daß dieser Mann eine unheilvolle Rolle sowohl durch das gespielt hat, was er tat, wie durch das, was er unterließ. Denn all die Gefahren, die er selbst als mögliche Folgen des Hitler-Putsches hinstellt, hat er selbst mit heraufbeschworen, und der ganze Unfug, der damals mit Kahrs Namen in Norddeutschland getrieben wurde, die ganzen hirnlosen Direktorialpläne hat er bewußt gefördert. Von der Lösung des Direktoriums spricht er selbst; und wenn er die Vorgänge vom 8. November als eine Komödie bezeichnet, dann gehört er selbst zu den Urhebern dieser Komödie, wenn er auch es im letzten Augenblick vorgezogen hat, die Reihe der Akteure zu verlassen. Er erkennt jetzt, daß die Währungsfrage der Kern aller Probleme gewesen ist; offenbar hat er bei den ehemaligen beharrlichen Kronprinzen immer nur als „Seine Majestät" bezeichnet. Formal drückt sich darin freilich, da Kronprinz Rupprecht niemals die Krone getragen hat, Kahrs Anschauung aus, daß er nach dem Tode des letzten bayerischen Königs dessen Sohn als den König betrachtet; aber auch hier kann er sich auf seine formale Anschauung als Monarchist berufen, weil nach dem Prinzip der Legitimität der Titel Majestät auch dem Sohne eines entthronten Herrschers gebührt

Diese Dinge sind längst klar gestellt; es ist nur gut, jetzt zu wissen, daß Hitler Herrn von Kahr und Kahr der Hitlerbewegung die ganze Zweideutigkeit und Planlosigkeit bescheinigen, die diesen feinerzeit als der Weisheit letzter Schluß erscheinen wollte. Dabei fallen noch einige interessante Bemerkungen, u. a. die, daß Ludendorff keinen Anhang im Norden gehabt habe, und daß sein Vorgehen die Reichswehr bedroht hätte. Die nationale Armee, an die Ludendorff gedacht habe, sei nach Ansicht Kahrs dazu bestimmt gewesen, wie eine Räuberbande betrachtet zu werden; denn es hätte ihr an Bekleidung, Ausrüstung, Munition und Geld gefehlt. Was Herr von Kahr sich selbst ungefähr vorstellte, war: ein Direktorium für Norddeutschland, unterstützt von der norddeutschen Reichswehr und ein starkes Bayern, das dieses Direktorium gegen Kommunistengefahr hätte unterstützen sollen. Das Direktorium ist bekanntlich nicht zustande gekommen, obwohl es mehr als einen Augenblick in jenen Tagen gab, in dem ein paar entschlossene Leute die Direktoriallösung hätten versuchen können. Auch hier hat es, wie beim Kapp-Putsch, an dem Mitätigen gefehlt, nämlich an den Kenntnissen und dem Bewußtsein, was zu tun sei, wenn man die äußere Macht erzwungen habe. Was nach dem Putsch, nach Erlaß der schon fertig redigierten wohltönenden Proklamation zu geschehen habe . . .

Dr. Schacht vor dem Währungsausschuß.

Paris, 12. März. (T.U.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht verhandelte gestern vormittag über verschiedene noch strittige Fragen, die mit den Statuten der goldenen Goldnotenbank zusammenhängen, nahezu drei Stunden mit dem Währungsausschuß. Ein völliges Einvernehmen scheint noch nicht erzielt worden zu sein, denn Dr. Schacht ist gehen worden, heute nachmittag noch einmal vor dem Ausschuß zu erscheinen. Der Ausschuß wird heute zusammentreten, um über seine definitive Stellungnahme zu beraten. Der zweite Sachverständigenausschuß wird am Sonntag über die endgültige Fassung des Schlußberichtes beraten. Beide Ausschüsse werden ihre Schlußberichte bis Ende der kommenden Woche der Reparationskommission unterbreiten und ihr gleichzeitig ein Begleitschreiben zustellen.

Die Noten der Schacht'schen Golddiskontbank.

Berlin, 10. März. (T.U.) Über das Verhältnis der von der neuen Golddiskontbank auszugebenden Pfund-Sterling-Note zu den bestehenden deutschen Zahlungsmitteln wird von unterrichteter Seite ausgeführt, daß die Ausgabe der neuen Note nur in dem ganz beschränkten Umfange von 5 Millionen Pfund Sterling vorgesehen ist, während unser derzeitiger gesamter Zahlungsmittelumlauf etwas über 2½ Millionen beträgt. Diese Note wird in seiner Weise Zahlungsmittel, sondern steht den jetzt in Deutschland vielfach umlaufenden fremden Pfund-Dollar-Gulden-Noten usw. gleich, zu deren Eintausch sie in der Hauptsache Verwendung finden soll. Auch eine Abgabe an die öffentlichen Kassen oder dergleichen kommt infolgedessen nicht in Frage. Deutsches Zahlungsmittel neben der Reichsbank bleibt nach wie vor die Rentenmark, die in ihrer unveränderten Goldfundierung ihre absolute Stellung behalten wird mit ihrer 100-prozentigen Deckung der ersten Belastung auf der gesamten deutschen Wirtschaft, insbesondere auf den deutschen Grund und Boden als Rückgrat unseres Zahlungsverkehrs. Zur Befestigung dieser Stellung werden die durch die neue Golddiskontbank gesicherten Auslandskredite insofern erheblich beitragen, als sie den zur Verfügung stehenden Vorrat von Devisen ansehnlich erhöhen und die Rentenmark vor einem Verkauf in das Ausland und damit vor der Devisenspekulation bewahren.

Die letzten Tage des Reichstags.

Reichspräsident und Regierung in der Auflösungsfrage einig.

Berlin, 12. März. (T.U.) In der Kabinettssitzung am Dienstag erstattete der Reichskanzler Bericht über die allgemeine politische Lage, die sich aus der Haltung der verschiedenen Parteien im Reichstage ergibt und nunmehr zu übersehen ist. Zwischen dem

Reichspräsidenten und der Reichsregierung

besteht, wie als sicher mitgeteilt werden kann, völlige Einigkeit in der Auffassung der Lage, und da die Reichsregierung zur Auflösung des Reichstages gewillt ist, kann als unzweifelhaft angesehen werden, daß der Reichspräsident die Auflösungsverordnung unterzeichnen wird. Die Ereignisse werden sich voraussichtlich in der Weise abspielen, daß, da an eine Zurückziehung der Anträge auf Abänderung der Notverordnungen nicht zu denken ist, auch ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über diese Anträge nicht erwartet werden kann, der Reichskanzler nach Abschluß der allgemeinen Beratung und vor Eintritt in die Spezialberatung der Anträge die Auflösung erklären wird, deren

Begründung in der Gesamthaltung des Reichstages

gegeben sein würde. Bevor sich dieser Ausgang voll ziehen wird, werden jedoch noch die eiligen Gesetze über die Goldbiskontbank und das Postfinanzgesetz, sowie der Notetat erledigt werden. Gegen Ende der Woche wird mit dem Abschluß der Tagung des Reichstags gerechnet.

Berlin, 12. März. (WTB.) Der Ältestenrat des Reichstages hat die Dispositionen für den Rest der Tagung so getroffen, daß am Donnerstag oder Freitag die Auflösung des Reichstages erfolgen kann. Ferner ist vorgesehen, aber noch nicht bestimmt, daß die Wahlagitation während der Karwoche ruhen soll.

Berlin, 12. März. (T.U.) Die Deutschnationalen haben im Reichstag den Antrag eingebracht, die nächsten Reichstagswahlen am Freitag den 11. April d. Js. stattfinden zu lassen.

Berlin, 12. März. (WTB.) Als voraussichtlicher Tag der Auflösung des Reichstags wird von den Blättern der Freitag dieser Woche bezeichnet. Nach Annahme des Notetats wird laut „Germania" der Reichskanzler noch einmal den Standpunkt der Regierung zur Frage der Notverordnungen darlegen und zum Ausdruck bringen, daß die Regierung, da eine Übereinstimmung mit den Oppositionsparteien nicht zu erzielen sei, gezwungen sei, an das Volk zu appellieren und den Reichstag aufzulösen. Die Neuwahl des Reichstages dürfte den Blättern zufolge am 4. oder 11. Mai stattfinden. Der 4. Mai dürfte jedoch in erster Linie in Frage kommen, und die preußischen Gemeindewahlen, die auf diesen Tag anberaumt sind, dürften um kurze Zeit hinausgeschoben werden.

Die letzten Tage des Reichstages.

Berlin, 12. März. (T.U.) Am Mittwoch werden das Postfinanzgesetz, das Gesetz über die Ausprägung von Silbermünzen und der deutschnationale Antrag wegen der Wahl des Reichspräsidenten und am Donnerstag das Gesetz über die Goldbiskontbank verhandelt werden. Der Sparausschuß des Reichstages, der die Beschwerden der Beamten über den Personalabbau zu prüfen hat, soll als Ausschuß bei der Regierung bestehen bleiben. Über eine Verlängerung der Gültigkeit der Freifahrkarten der Abgeordneten bis zur Neuwahl soll noch mit dem Reichsrat verhandelt werden.

Der Schlußbericht der Sachverständigen.

Paris, 12. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Den Morgenblättern zufolge wird sich der Bericht der Sachverständigen an die Reparationskommission in folgende drei Teile zusammenfassen lassen: 1. Eine Mantelnote, in der der Sachverständigenausschuß an die Umstände erinnert, unter denen er eingesetzt wurde, ferner die Mission darlegt, die er von der Reparationskommission erhielt und dann die geistige Haltung mitteilt, mit der seine Arbeiten ausgeführt wurden; 2. der eigentliche Bericht, der die Ratschläge der Sachverständigen im Anschluß an ihre Untersuchungen enthält. Diese Ratschläge sind in allgemeinen Worten gehalten. Die technischen Einzelheiten sind für den Anhang aufgespart; 3. der Anhang. Dieser wird der umfangreichste und auch der kompakteste Teil des Berichtes sein. Es wird dem „Petit Parisien" zufolge ebenso viele Anhänge geben wie besondere Fragen, die von den Sachverständigen behandelt worden sind, das heißt u. a. einen Anhang über den außerordentlichen Haushalt des Deutschen Reiches, einen Anhang über die Ostbahnen, einen über die Eisenbahnen und die internationale Anleihe usw.

Paris, 12. März. (T.U.) Der „New York Herald" glaubt zu wissen, daß der Bericht des Sachverständigenkomitees bereits am kommenden Montag nachmittag der Reparationskommission zugestellt werden wird. Der Bericht selbst sei ein umfangreiches Dokument. Zwischen den Sachverständigen hätten gewisse Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Beurteilung der deutschen Finanzen und der Festsetzung des Reparationsbetrages bestanden, den Deutschland während der ersten drei Jahre des Moratoriums bezahlen soll.

Französischer Anleiheversuch in Amerika.

Neuyork, 12. März. (T.U.) Dem „New York Herald" zufolge war in finanziellen Kreisen gestern die Auffassung verbreitet, daß Frankreich zur Aufbesserung seiner finanziellen Lage eine Anleihe von 50 Millionen Dollar aufzunehmen versuche. Andererseits lehnt die Bank Morgan & Co. es ab, zu den Gerüchten Stellung zu nehmen, wonach sie an der Spitze eines Syndikats zur Aufbringung einer Anleihe für das französische Schatzamt stehe.

Die Krankheit des Franken.

London, 12. März. (WTB.) Der City-Redakteur der Daily News schreibt, der Franken habe gestern günstiger dagestanden, wie verlautet, infolge der Tatsache, daß Maßnahmen zu seinem Schutze in London vereinbart worden seien. Große Kredite seien zwischen der Banque de France und Londoner Bankiers vereinbart worden. — Times schreiben, Kredite seien nicht ein Heilmittel für eine entwertete Währung und die Wiederherstellung der französischen Finanzen werde ein langsamer und schwieriger Prozeß sein.

Eine französische Sparkommission.

Paris, 12. März. (T.U.) Die französische Regierung hat durch einen besonderen Erlaß einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der Maßnahmen zur Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben ermitteln und Sparvorschläge machen soll.

Päpstliche Intervention in Rußland.

London, 12. März. (T.U.) Der Papst hat durch Vermittlung des Staatssekretärs Caspari Ramsay Macdonald ersucht, bei der russischen Regierung zu Gunsten der in Rußland eingekerkerten Mitglieder des katholischen Klerus vorstellig zu werden.

Die Sonderbündler unter veränderter Maske.

Speyer, 12. März. (T.U.) Der bekannte Erwerbslosen- und Separatistenführer Kuns ist von interessierter Seite beauftragt worden, das gescheiterte separatistische Unternehmen in der Pfalz in der Form einer reinen Arbeiterpartei neu aufzugreifen. Das Büro der neuen Partei befindet sich in Speyer. Ein rein vertrauliches Rundschreiben für die Mitglieder, herausgegeben von der „provisorischen Zentralleitung der Rheinischen Arbeiterpartei" gibt Aufschluß über ihre Tätigkeit. Durch dieses Rundschreiben wird die Vermutung bestätigt, daß die neue Partei ein Kampfmittel abgeben soll zur Erreichung ihrer separatistischen Ziele. Den Mitgliedern wird darin Rechtsschutz in politischen Angelegenheiten ohne weiteres versprochen. Die provisorische Zentralleitung setzt sich beziehungsweise aus Personen zusammen, die aus den separatistischen Unternehmungen zur Genüge bekannt sind. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß eine derartige Neugründung große Geldmittel verschlingt. Da Kuns selbst erwerbslos ist und auch seine Anhänger von der Erwerbslosenunterstützung leben, kann als feststehend betrachtet werden, daß die Gelder für diese Organisation nur aus französischer Quelle stammen können, zumal auch bekannt ist, daß Kuns bei der französischen Provinzialdelegation ein- und ausgeht. Nach den neuesten Informationen beabsichtigen die Kuns-Leute in Ludwigshafen in der allernächsten Zeit sich in den Besitz der öffentlichen Macht durch Gewalt zu setzen.

Der Untersuchungsausschuß in Speyer eingetroffen.

Paris, 12. März. (T.U.) Nach einer Havas-Meldung aus Speyer ist das interalliierte Untersuchungskomitee in der Stadt unter dem Vorsitz des Obersten Arlouneau eingetroffen. Das Komitee wünscht festzustellen, ob seine Erlasse von der provisorischen Regierung befolgt worden sind. Es hat an diesem Zweck die Kreisdelegierten der Stadt Speyer und den Präsidenten der provisorischen Regierung, Deiersdörffer, vernommen.

Am Dienstag fanden bereits Besprechungen zwischen dem Sonderausschuß der Rheinlandkommission und dem Kreisausschuß der Pfalz sowie dem Regierungsdirektor Stähler statt, um festzustellen, inwieweit die seinerzeit getroffenen Vereinbarungen in der Pfalz durchgeführt wurden. Der Sonderausschuß dürfte einige Tage in der Pfalz verweilen. Er ist diesmal nicht mit Vollmachten ausgestattet, sondern lediglich zu dem Zweck in die Pfalz gekommen, um sich an Ort und Stelle über die augenblicklichen Verhältnisse zu unterrichten.

Einführung der Sommerzeit.

Berlin, 12. März. (WTB.) Wie der Amtliche Preußische Pressedienst meldet, hat sich das preußische Staatsministerium in seiner Montagssitzung u. a. auch mit der Frage der Einführung der Sommerzeit beschäftigt. Es wurde beschlossen, an das Reich mit dem Antrag heranzutreten, für das Sommerhalbjahr 1924 die Sommerzeit einzuführen. Maßgebend für die Beschlußfassung waren Erwägungen finanzpolitischer Art und die Erkenntnis von dem Werte der Sommerzeiteinrichtung für die Volksgesundheit. Den Schwierigkeiten, die sich durch die Einführung der Sommerzeit in den einzelnen Teilen der Landwirtschaft ergeben, kann nach Ansicht des Staatsministeriums durch verschiedentliche Umstellung und Rücksichtnahme auf spezielle landwirtschaftliche Bedürfnisse, z. B. durch Spätertreibung der Milchzüge u. a. m., Rechnung getragen werden.

Die Luftverteidigungsdebatte im Unterhause.

London, 12. März. (T.U.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses führte der Voranschlag der Regierung für den Haushalt der Luftverteidigung zur Sprache. Der Unterstaatssekretär im Luftverteidigungsministerium Leach gab einen Überblick über die Maßnahmen auf diesem Gebiet. England marschiere jetzt, was das Flugwesen zur See anbetrifft, an der Spitze aller anderen Nationen. Leach trat dann der Anschauung entgegen, daß eine Arbeiterregierung wie die jetzige, die Rüstungen herabmindern müsse. Die Arbeiterpartei habe niemals beabsichtigt, die Abrüstung in England zu erzwingen, wenn das nicht gleichzeitig auch in den anderen Ländern geschehe. Leach ging dann zur Verteidigung der Voranschläge für das kommende Rechnungsjahr über, nach denen eine Mehrausgabe von 2½ Millionen Pfund Sterling bei einer Gesamtausgabe von 14½ Millionen Pfund angesetzt ist. Die Zahl der neu zu erbauenden Geschwader beträgt 18. Am 1. März 1925 würden diese fertiggestellt sein.

Das französische Gelbbuch in englischer Beurteilung

London, 12. März. (Priv.-Telegr.) „Manchester Guardian" schreibt in einem Leitartikel das französische Gelbbuch sei kaum ein ermutigender Auftakt für Verhandlungen zur Herbeischaffung eines Einvernehmens zwischen England und Frankreich. Es zeige die französische Politik, wenigstens soweit sie von der augenblicklichen französischen Regierung und besonders von dem jetzigen Premierminister vertreten werde, als hartnäckig, unnachgiebig und vom britischen Standpunkt beinahe hoffnungslos. Tatsächlich stamme die französische Politik nicht von heute und gestern, sondern sie habe ihre Wurzel in einer 300 jährigen Geschichte.

Der Rhein als Grenze, die Pfalz als ein Sprungbrett gegen Deutschland — seien nicht Ludwig XIV. und Poincaré ziemlich einer Ansicht über diese Frage?

Das Blatt hebt hervor, daß Macdonalds freundschaftliches und zu nichts verpflichtendes Schreiben an Poincaré kaum veröffentlicht, als Eingeständnis aufgefaßt wurde, daß Frankreich einen gerechten Grund zur Klage habe und dann benutzt wurde, die extravagantesten Forderungen nach neuen Garantien vorzubringen.

Großbritannien sei ersucht worden, nicht nur die Grenze Frankreichs gegen Deutschland sondern auch die Grenze anderer Staaten, z. B. der Tschechoslowakei, zu garantieren. Dies seien natürlich unmögliche Forderungen. Die Art Garantie, die Macdonald im Sinn habe, sei sicher eine Kollektivgarantie unter der Autorität und mit der Genehmigung des Völkerbundes. Eine von England allein gegebene und von Frankreich etwaderte militärische Garantie, die England vor einem deutschen Auflangriff schützen würde, vor dem es nicht die geringste Besorgnis habe, würde tatsächlich eine militärische Allianz sein und komme überhaupt nicht in Frage.

*

Einsatz der technischen Nothilfe in Hamburg.

Hamburg, 12. März. (T.U.) Im Verlaufe des Hamburger Hafenarbeiterstreikes wurde gestern die technische Nothilfe im Hamburger Hafen zum Löschen von leicht verderblichen Schiffsladungen mit 350 Mann eingesetzt. Die Verhandlungen, die gestern im Laufe des Tages zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Der Streik im Hafen und bei den von ihm abhängigen Berufszweigen geht weiter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240312-19/fragment/page=0001

Das Programm der neuen belgischen Regierung.

Brüssel, 12. März. (T.U.) Die neue Regierung hat gestern nachmittag einen offiziellen Kabinettsrat abgehalten und sich mit der Abfassung der Programmrede beschäftigt, die am Donnerstag den 20. März d. J. im Parlament verlesen werden soll. Bei Ausgang der Sitzung erklärte Theunis, die neue Regierung beabsichtige, die bestehenden Gesetzentwürfe, sowohl in wirtschaftlicher Beziehung wie auch den Achtstundentag zu respektieren. Ferner werde sie Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung beschließen und eine Aktion zur Wiederaufrichtung des Franken unternehmen. Theunis bedauerte, daß Jaspar nicht im Kabinettsrat vertreten ist. Wahrscheinlich wird der frühere Außenminister als Nachfolger des jetzigen Außenministers Hymans Belgien im Völkerbunde vertreten. Als ihre Hauptaufgabe sieht die Regierung

die Lösung der Reparationsfrage

an. Das Ergebnis der Sachverständigenarbeiten, erklärte Theunis, gibt uns die Hoffnung, für eine baldige Lösung der Frankenkrise.

Die deutschen Manöver.

Berlin, 12. März. (T.U.) Zu der neuerlichen Entwertung des Franken schreibt der „Matin", alle neueren Depeschen, die man aus dem Auslande erhalte, seien einig darin, daß die Bewegung einem Manöver eines internationalen Syndikats, das seinen Sitz in Amsterdam habe, zuzuschreiben sei. Nach einer „Times"-Meldung verkaufte ein zweites Mal plötzlich auch Neuwirt Franken. Dieses Manöver sei durch ein mächtiges Syndikat eingeleitet, an dessen Spitze deutsche Großindustrielle ständen. Dieses Syndikat verfolgte einen hauptsächlichen politischen Zweck und scheine entschlossen, das Unternehmen bis zum Ende durchzuführen, selbst wenn die Operation in rein finanzieller Hinsicht für das Syndikat verhängnisvoll werden sollte. Dazu wird offiziös bemerkt: Es wäre interessant, von „Matin" die Namen dieser Großindustriellen zu erfahren, die über das Schicksal eines ganzen Volkes zu entscheiden vermögen. Die Ursache des Frankensturzes liegt so klar zutage, daß kein vernünftiger Mensch an die vom „Matin" behaupteten geheimnisvollen Manöver glauben wird. Die Gründe sind, wie es im übrigen auch aus zahlreichen Erklärungen französischer und ausländischer Sachverständiger zu dieser Frage hervorgeht, darin zu suchen, daß Inland und Ausland das Vertrauen zur Pariser Finanzwirtschaft verloren haben, daß Frankreich zu seinem eigenen Schaden seinen Hauptschuldner ruiniert hat und Europa unter den Druck eines bewaffneten Friedens stellt, der die Wiederkehr normalen wirtschaftlichen Lebens verhindert.

Außenpolitische Übersicht.

Die Pariser Frankenpanik.

Paris, 11. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die innenpolitische Lage muß immer noch als gespannt gekennzeichnet werden. Heute vormittag wird unter dem Vorsitz von Millerand ein neuer Ministerrat stattfinden, bei dem die gestern im Ministerrat gepflogenen Fragen weiter behandelt werden sollen und bei dem es voraussichtlich zu einer endgültigen Beschlußfassung kommen soll.

*

Durch die Mitte ab.

London, 11. März. (T.U.) Nach einer Meldung aus Athen hat Venizelos gestern die griechische Hauptstadt in Begleitung seiner Gattin verlassen.

Nach Vertreibung des Kalifen.

Delhi, 12. März. (Reuter.) Die indischen Mohammedaner fordern eine allgemeine islamitische Konferenz zur Ernennung eines Kalifen. Die Abschaffung des Kalifats durch die Nationalversammlung von Angora wird als Beleidigung der indischen Mohammedaner aufgefaßt.

*

London, 11. März. (T.U.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, Mustafa Kemal Pascha habe die Muselmanen in Indien telegraphisch von der Abschaffung des Kalifats unterrichtet. Der türkische Präsident fügte in seiner Botschaft hinzu, daß das Kalifat künftig von dem Parlament Angora ausgeübt werde.

London, 11. März. (T.U.) Macdonald erklärte gestern im Unterhause zur Abschaffung des Kalifats, daß die englische Regierung vom politischen und rechtlichen Standpunkt kein Recht habe, den Beschluß der türkischen Regierung zu hemmen. Gleichzeitig erklärte es dem englischen Kabinett fern, sich in eine Frage einzumischen, für die es stets eine völlige Uninteressiertheit an den Tag legte.

Amerikanische Petroleummagnaten und der Aufstand in Mexiko.

Newyork, 11. März. (T.U.) Der bekannte Petroleummagnat Doheny bestreitet in entschiedener Weise die vom Senat Wheele aufgestellte Behauptung, daß er dem General Huerta zu seiner Erhebung gegen die rechtmäßige mexikanische Regierung finanzielle Hilfe angedeihen ließ. Die von Wheele ausgesprochene Beschuldigung sei völlig unwahr. Doheny bestreit ausdrücklich, daß er der Regierung Obregons eine Million zur Verfügung gestellt habe.

Vermutlichende Aussperrung.

London, 11. März. (T.U.) Wie die „Daily Mail" meldet, konnte die große Aussperrung von 105 000 Baumwollenarbeitern in Lancashire im letzten Augenblick durch eine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhütet werden.

Deutschland.

Freilassung eines Ruhrkämpfers.

Paris, 11. März. (T.U.) Die französische Regierung hat auf Antrag des Botschafters von Hoesch den aus St. Martin de Ré internierten deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Dreyer, der seinerzeit in dem bekannten Mainzer Sabotageprozeß zum Tode verurteilt worden war, vorläufig auf freien Fuß gesetzt und den Strafvollzug suspendiert.

Die Fundierung der Golddiskontobank.

Berlin, 12. März. (Priv.-Telegr.) Wie zuverlässiger Meldung zufolge verlautet, treten heute die Privatbanken mit der Reichsbank zur endgültigen Aussprache über die Teilnahme an einem großen Zeichnungskonsortium für fünf Millionen Pfund Sterling Aktien der deutschen Golddiskontobank zusammen.

Im Reichstag wurde gestern der zur ersten Lesung vorliegende Gesetzentwurf über die Golddiskontobank behandelt. Dem Haushaltsausschuß überwiesen, ebenso der Gesetzentwurf zur Änderung des Bankgesetzes.

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik.

Hamburg, 11. März. (T.U.) Nachdem die Hafenarbeiter gestern abend ihre zweite Schicht beendet hatten, sind sie in den Streik getreten. Die Arbeit im Hafen ruht vollständig. Eine vom Hafenbetriebsverein zu gestern einberufene Versammlung beschloß, den Betrieb soweit als möglich fortzusetzen. Der Hamburger Schlichter hat vom Reichsarbeitsministerium Anweisung erhalten, mit den Betrieben sofort neue Einigungsverhandlungen einzuleiten.

Vom Ludwigshafener Streik.

Ludwigshafen, 12. März. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik hat den Betriebsausschuß aufgefordert, die lebenswichtigen Betriebe in Gang zu halten. Wenn die Kaserei und die Oleumfabrik völlig zum Erlöschen kommen würde, werde es Monate dauern, bis der Betrieb wieder in Gang gesetzt werden könne. Der Angestellten- und Arbeiterrat hat das Ersuchen abgelehnt.

*

Die Beamtengehälter.

Berlin, 12. März. (Priv.-Telegr.) Dienstag nachmittag traten die Beamtenspitzenorganisationen zusammen, um sich über ihre Stellungnahme zu der Aufbesserung der Beamtengehälter schlüssig zu werden. Nachdem das Reichsfinanzministerium mit den Ländern in Verbindung getreten ist, ist, wie die Blätter melden, zu erwarten, daß noch in dieser Woche mit den Organisationen über das Ausmaß der Erhöhung verhandelt wird.

Die Erfurter Tagung

des Reichsbundes der höheren Beamten nahm gestern mit der Annahme einer Entschließung ihren Abschluß, in der eine Besoldung gefordert wird, die auch die Kosten der Vor- und Ausbildung sowie die mit dem Amt verbundene Verantwortung berücksichtigt. Die hierfür nötigen Mittel sollen durch gleichmäßige Belastung aller Volksteile durch eine gerechte Steuerpolitik aufgebracht werden.

Die Kommunalreform.

Berlin, 12. März. (WTB.) Der Landtagsausschuß für die preußische Verwaltungsreform beendete gestern die erste Lesung der Stadt- und Landgemeindeordnung. Zur Eingemeindungsfrage wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach eine Eingemeindung nur durch Gesetz erfolgen kann oder wenn die beteiligte Gemeinde sie mit Zweidrittelmehrheit beschlossen habe. Gegen den Beschluß der Gemeinde ist Bürgerschaftsbegehr und Entscheid zulässig. Die Bestimmungen über die Stadtwerdung von Gemeinden wurden unverändert nach den Regierungsvorschlägen angenommen.

Berlin, 12. März. (WTB.) Der ständige Ausschuß des preußischen Landtags beschloß gestern, daß die Staatsschuldenverwaltung vom 1. April d. Js. ab widerruflich auf das Reich übertragen werden soll.

Provinz und Nachbarländer.

Sittlichkeitsverbrechen im Eisenbahnzuge.

† **Zeitz.** An einem 17jährigen Mädchen, das sich in der Nacht zum Freitag auf der Bahnfahrt von Berlin nach Zeulenroda befand, wurde zwischen Weißenfels und Zeitz ein Notzuchtsverbrechen verübt. Der Täter, ein junger Mann aus Weißenfels, wurde in Zeitz von der Bahnpolizei festgenommen.

Eisenbahnunfall.

† **Göschwitz.** Der am Sonnabend, abends 8 Uhr 34 Minuten, einlaufende Personenzug brachte zwei Pferdetransportwagen aus Plauen i. V. mit, die auf dem hiesigen Bahnhof abgehängt wurden und auf dem Gleis stehen blieben. Kurz nach Abfahrt dieses Zuges passierte eine Lokomotive in flotter Fahrt das Gleis und fuhr in die Wagen hinein. Erst durch Eingreifen des Geraer Hilfszuges konnte sie von dem stark beschädigten ersten Wagen wieder freigemacht werden. Ein Begleiter der Pferde büßte bei dem Unfall zwei Finger ein. Auch ein Pferd wurde beschädigt, zwei Pferde waren durch die offene Wagentür herausgesprungen. Die Unfallstelle liegt in einer Kurve, die die Übersicht beeinträchtigt. Die Wagen waren durch Lichtsignale nicht gedeckt. In den ersten Vormittagsstunden des Sonntags war das Gleis wieder betriebsfähig. — Der 9,13 Uhr abends fällige Zug nach Gera traf mit erheblichen Verspätungen hier ein, auf der Sonntagsaufführung Weimar—Gera hatte 70 Minuten Verspätung, wie verlautet, wegen des Eisenbahnunfalls bei Hopfgarten, zu dem am Sonnabend die Jenaer und Erfurter Hilfszüge abgerückt waren.

Bohrungen nach Braunkohle.

† **Ostheim (Rhön).** Die Bohrungen nach Braunkohle werden, wie der „E. Z." geschrieben wird, im Rhöngebiet weiter eifrig fortgesetzt. Nachdem die Braunkohlenbergwerke im Kohlengraben bei Wüstensachsen und dem Eisgraben bei Roth in einen abbaufähigen Zustand versetzt worden sind, sind neuerdings auch bei Heufurth zwischen Ostheim und Fladungen erfolgreiche Bohrungen nach Braunkohle angestellt worden. An sieben verschiedenen Stellen hat man Braunkohlenlager von großer Ausdehnung und Mächtigkeit festgestellt, so daß der Abbau baldigst in Angriff genommen werden wird.

Merseburg und Umgegend.

12. März.

Verschiebung der Gemeindewahlen?

Nach Blättermeldungen besteht in den Kreisen der Reichstagsfraktion neuerdings die Absicht, den Termin für die Neuwahlen zum Reichstage auf den 4. Mai festzulegen. Bekanntlich sind für diesen Tag die Neuwahlen für die Stadtverordneten-Versammlungen und Gemeindevertretungen angesetzt worden. Verdichtet sich der Wunsch des Reichstages zum Beschluß, so werden die Gemeindewahlen auf einen späteren Termin verlegt werden.

*

Stadtverordnetenwahl.

Wer ist wahlberechtigt und wer ist wählbar?

Voraussetzung für die Ausübung der Wahlberechtigung ist die Eintragung in die rechtsgültig aufgestellte Bürgerliste oder die Erteilung eines Wahlscheines. In der Bürgerliste in eingetragen, wer am Wahltag — d. h. am 4. Mai 1924 — wahlberechtigt ist.

I. Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen,

a) die seit ununterbrochen 6 Monaten ihren Wohnsitz im Gemeindebezirke haben

b) die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind und

c) die weder entmündigt, noch auch unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft stehen.

Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene und solche Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden, dagegen sind nicht behindert Personen, die sich außerhalb ihres Gebietes in Schutzhaft befinden.

Die Ausübung der Wahlberechtigung ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Die durch feindliche Maßnahmen aus den besetzten Gebieten verdrängten wahlberechtigten Personen sind — unbeschadet ihrer Wahlberechtigung und Wählbarkeit an ihrem Wohnsitz — auch da wahlberechtigt, wo sie sich am Wahltage, d. i. am 4. Mai 1924 aufhalten.

II. Wählbar ist:

a) wer wahlberechtigt ist und

b) wer das 25. Lebensjahr vollendet hat.

III. Wer sich als Wahlkandidat aufstellen läßt, hat

a) schriftlich zu erklären, daß er der Aufnahme seines Namens in den Wahlvorschlag zustimmt.

Max Halbe: Der Strom.

Zur Aufführung in Neu-Rössen.

Es ist ein Zeichen für die Rührigkeit des Bildungsausschusses, daß er nach der bisherigen glänzenden Vortragsreihe noch eine vollwertige Theateraufführung bot. Es muß als Wagnis und zwar als ein mutiges, festgestellt werden, daß hierzu das Werk eines literarisch beachtenswerten Könners gewählt wurde, der auch bei der aufnahmebereiten Zuhörerschar Anerkennung fand. Es waren die besten Kräfte des Halleschen Stadttheaters gewonnen worden. „Der Strom" fußt auf dem Konflikt zwischen Natur und Mensch. Erdgebundenheit eines weiterlesen Menschenschlages stemmt sich gegen die Naturdämonie. Die Natur ist in ihrem Wollen und Wirken immer einheitlich, der Mensch jedoch reibt zwischen sich und seinen Mitmenschen Abgründe auf. Erst in Augenblicken dringender Gefahr und Not findet er den Zusammenschluß. Der Urgegensatz Natur und Mensch spannt sich zum Widerkampf. Die Dreiteilung der Handlung trägt Möglichkeiten härtester Spannung in sich. Die Formibee klar zu umreißen, fest zu betonen und stetig den Punkten der Spitzung zuzuleiten, war Aufgabe der Spielleitung. In den Momenten des Konfliktes war sie gelöst. Wort und Geste standen im Einklang. In nebensächlichen Szenen wäre um Willen der Gesamtfassung eine stärkere Konzentration notwendig gewesen. Gleiches gilt für die Leistungen der Schauspieler. Fritz Günzel, der zugleich die Spielverantwortung hatte, gab den überlegenden und selbstbewußten Deichhauptmann, Fritz Henkel den weiterstrebenden Strombaumeister und Wolfgang Herrmann den unbändigen und einsamen Burschen. Paula Theter als Vertreterin der weiblichen Hauptrolle war wie auch die Vorgenannten um den Punkten der Erregung treffend und beherzt, während im Kleinen, jedoch Notwendigen, einige Mängel zu bemerken waren. Was an anderen und teilweise größeren Bühnen oft unterlassen wird, war hier beachtet: die scharfe Akzentuierung und Prägnanz der Sprache. Der Erfolg, den der Bildungsausschuß mit seinem ersten Theaterabend hatte, muß Ansporn sein.

—tz.

Verein für Heimatkunde.

In den Kammer-Lichtspielen, deren Räume Frau Gieseke zur Verfügung gestellt hatte, fand gestern ein Vortragsabend statt, in welchem Studienrat Dr. Franke-Halle über „Der deutsche Rhein und die Nibelungen" sprach. Es überkommt uns, so sagte der Redner, ein schmerzliches Gefühl, wenn wir jetzt vom deutschen Rhein hören und sprechen. Aber der Schmerz soll ein Seelenschmied sein und uns hart und stark machen. Rhein und Nibelungen sind zunächst grundverschiedene Dinge und doch fügen sich beide zusammen. Die Nibelungensage hat den Rhein poetisch umwoben und ihn uns lieb und wert gemacht. Mannigfaltig spielt der große deutsche Strom in das alte Heldenlied hinein. Auch neuere Bearbeitungen der Sage, wie die von Wilhelm von Jordan, weisen auf die Verbindung von beiden hin. Ganz anders als die Entstehung der ostdeutschen Ströme ist, geographisch und erdgeschichtlich betrachtet, die des Rheines. Auch klimatisch bilder er eine Ausnahme. Die Reben, die an seinen Ufern wachsen, haben einst die Römer hier angepflanzt. Der Vortragende ging dann ein auf die Bedeutung der Hauptgestalten des Nibelungenliedes und zeigte, wie sich in ihnen deutsches Denken, Fühlen und Handeln ausspricht. Blutig, grausam und blind wittet beim Ausgang der Heldendichtung das Schwert. Erst die Gestalt eines Dietrich von Bern, durchdrungen von Gedanken, die nicht mehr der Heidenzeit, sondern der christlichen Vorstellungswelt angehören, gestattet auch für unsere Zeit einen Ausblick, der über das Wüten roher Gewalten hinausweist.

Dem Vortrag folgte eine große Reihe von Lichtbildern, die die Schönheit des deutschen Rheines und seiner Landschaft zeigten. Wir wurden geführt nach Düsseldorf, Köln und Bonn, sahen die Burgen und Schlösser des Ober- und Niederrheines und betrachteten, was deutscher Kunstsinn einst geschaffen und französischer Haß zerstört hat. Die begleitende Erklärung zu den Bildern gab Stadtrat Weffert, der zum Teil an eigene Erlebnisse anknüpfte. Auch die Musik fehlte nicht. Geige und Klavier gaben mit schönen Klängen den rechten Auftakt.

Der Besuch des Abends war außerordentlich gut. Besonders hatte sich die Schuljugend zahlreich eingefunden. Erst in vorgerückten Abendstunden fand die Vorführung der Lichtbilder ihren Abschluß. Leider fehlte es nicht an Störungen, und besonders taten sich hierbei die jüngeren Schüler einer hiesigen höheren Lehranstalt hervor (an ihren bunten Mützen gaben sie sich als solche zu erkennen), die durch ungezogenes, albernes Benehmen manchen der neben ihnen Sitzenden die Freude am Zuhören und Zuschauen verdorben haben. Aber als Angehörige der gebildeten Kreise können sich das die jungen Herrchen ja leisten, zumal wenn es sich um den deutschen Rhein handelt! Ab.

Wie uns der Vorstand mitteilt, werden in Zukunft Kinder unter 14 Jahren nicht mehr zu den Vorträgen zugelassen werden.

Der kommunistische Gedanke in der Philosophie.

Unser politisches Leben aus der Sphäre der Phrasen in die sachlicher Überlegungen hinüberzuführen, ist das Bemühen aller um die Zukunft bemühter Geister. Die Zeitungen mit der Durchsprechung der Tagesprobleme reichen nicht aus, diese Fundierung von sich aus allein durchzuführen. Sie haben aber Raum genug, auf Bucherscheinungen hinzuweisen, die zur Vertiefung der politischen Anschauung auch den Laien beitragen können. Wer den Gegner bekämpfen will, muß den Gegner, muß die historischen Bedingungen des Gegners kennen. Daß der Kommunismus ein Problem ist, wird niemand in Abrede stellen. Man muß sich mit ihm vertraut machen. Nicht natürlich nur in der heutigen Schlagwörterscheinung, sondern in seiner Entwicklung. Ein gutes Hilfsmittel dazu bietet die kleine Schrift von Professor K. W. Hasse „Der kommunistische Gedanke in der Philosophie", die soeben in zweiter und vermehrter Auflage in den „Philosophischen Zeitfragen" des Verlages Felix Meiner in Leipzig erschienen ist. Auf noch nicht hundert schmalen Seiten gibt der Verfasser einen Überblick über die historische Entwicklung der kommunistischen Idee, der den meisten Lesern ein ganz neues Gebiet erschließen wird.

Hasse geht von den Offenern und den sozialen Verhältnissen der klassischen Antike aus, analysiert die kommunistischen Elemente der spartanischen und platonischen Gesetzgebung und kommt dann über Sokrates zu einer eingehenden Würdigung der politisch-sozialen Schriften Platons, dem „Staat", den „Gesetzen" und dem „Gorgias"; in denen Hasse den ersten systematischen Versuch, die Idee eines kommunistischen Staates durchzuführen, sieht. Aus der Kritik, die Aristoteles an Platos Idee, entwickelt Hasse eine eigene Kritik, die das Geniale an Platos Ideen betont und ihre Fortwirkung bis in das System Plotins aufzeigt, das beinahe unter Kaiser Gallienus in einem Stadtstaat realisiert worden wäre.

Über die Sekte der Amalrikaner, die im 13. Jahrhundert einen absoluten Kommunismus durchzuführen versuchten, kommt Hasse dann in die Anfänge der Neuzeit, indem er nachweist, wie durch den byzantinischen Theologen Gemistios Plethon die alten kommunistischen Ideale auf die Renaissance, vor allem Cosimo de Medici, und von da aus nach Norden hin wirkten, wo der Engländer Thomas Moore dann aus dem Studium Platos den Gedanken zu seinem weltberühmten Buche „Utopia" bekam. Dieses Werk, das den Begriff der „utopistischen" Literatur prägte, wird von Hasse ausführlich analysiert, ebenso wie die Bücher, die durch die „Utopia" angeregt wurden, wie Thomas Campanellas „Sonnenstaat" und die sogenannten „Staatsromane" des 17. Jahrhunderts von Johann Valentin Andreaes, Vairasse, Harrington, Bacon, bis diese Darstellung dann bei dem eigentlichen theoretischen Begründer des modernen Kommunismus, dem Abbé Morelly, und seinem Buche „Le code de la nature ou le véritable esprit de ses lois de tout temps négligé ou méconnu" noch einmal ausführlich bali macht.

Hasse bezeichnet dieses Werk als das letzte wirklich philosophische kommunistische Werk der Weltliteratur. Damit ist sein Standpunkt gegenüber der Literatur des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts bereits festgelegt. Er spricht dem französischen Theoretiker der Revolution und des 19. Jahrhunderts die philosophische Fundierung ab. Babeuf, Saint-Simon, Bazard und Enfantin, ebenso dann Fourier, Cabet, Proudhon und Marx und Engels kommen schlecht weg. Hasse bemerkt richtig, daß diese Theoretiker dem Sozialismus näher als dem Kommunismus ständen. Hier liegt eine Schwäche des Buches. Hasse führt an dieser Stelle seiner Schrift ein paar Seiten einfügen sollen, auf denen der philosophische Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus klargemacht worden wäre, was um so nötiger wäre, als der Laie diese Begriffe ohne idealistische Füllung zu handhaben pflegt. Vielleicht läßt sich das bei einer dritten Auflage nachholen.

Mit Recht hat der Verfasser viel zitiert, so daß dem Leser wichtige Stellen dieser z. T. weltfremden, bedauerlicherweise nicht in guter Übersetzung zugänglich werden. Den Wunsch, auch über die schon angedeutete Stelle hinaus hin und wieder einige prinzipielle Vertiefungen zu schaffen, wird der Verfasser sicherlich selbst haben. Seine Erfüllung wird den Rahmen des Büchleins gewiß nicht sprengen.

Dr. O. E. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240312-19/fragment/page=0002

b) eine Bescheinigung des Gemeindevorstandes beizubringen, daß er am Wahltage das 25. Lebensjahr vollendet hat, Reichsangehöriger ist, in der Gemeinde zu derselben Zeit wohnt und nicht gemäß § 2 Abs. 2 des Gemeindewahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Das Recht der Unterzeichner von Wahlvorschlägen.

Das neue Wahlgesetz für die preußischen Gemeindewahlen, das am 4. März zum erstenmal in Anwendung kommen wird, enthält eine Neuerung, die für die Wählen zu Parlamenten von grundsätzlicher Wichtigkeit ist. Der letzte Zweck dieses Wahlgesetzes ist, das Mißstand zu vermeiden, daß nachträgliche Stellvertreter auf Vorschlagslisten nicht mehr der Parteien angehören, die sie ursprünglich vorgeschlagen hatten. In § 2 des neuen Wahlgesetzes heißt es:

„Wenn ein Gemeindevertreter die Wahl ablehnt oder vor Ablauf der Wahlzeit ausscheidet, oder wenn die Wahl eines einzelnen Gemeindevertreters für ungültig erklärt wird, so tritt an seine Stelle der Bewerber, der in demselben Vorschlag hinter dem Gewählten an erster Stelle berufen ist. Die Reihenfolge, in der der Bewerber zu berufen ist, kann durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages geändert werden. Die Aenderungen müssen dem Gemeindevorstand bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Erledigung der Stelle mitgeteilt werden."

Diese Bestimmung findet künftig auch auf die Abgeordneten der Bürgermeistereiversammlungen, der Kreistagsabgeordneten, Kreisbeputierten und die Mitglieder der Kreisausschüsse entsprechende Anwendung.

Es ist ohne weiteres klar, daß diese Gesetzesänderung von außerordentlicher Bedeutung ist. Sie beseitigt manche Schwierigkeiten, die sich bei der Listenwahl namentlich gegen Ende der Wahlperiode bisher herausgestellt hatten. Eine sorgfältige Auswahl auch derjenigen Kandidaten, die auf die zunächst nicht als sicher gesicherten Stellen der Wahlvorschlagslisten gesetzt werden, bleibt darum nicht weniger wichtig. Daneben gewinnt auch eine sorgfältige Auswahl der Unterzeichner von Wahlvorschlägen eine besondere Bedeutung. Die Reihenfolge, in der die Kandidaten auf den Listen aufgestellt werden, verliert dadurch verhältnismäßig an Bedeutung gegenüber der gewissen Überlegung aller Möglichkeiten, wie andere Kräfte eventuell für die Gemeindeparlamente durch diese Neuerung herangezogen werden können. Besonders wertvoll ist es, daß auf diese Weise auch die Vertretung einzelner Berufsstände beim Aufscheiden eines Kandidaten jederzeit gesichert werden kann. Es ist möglich, daß bei Reformen des Wahlrechts in den Ländern und für das Reich auch eine ähnliche Bestimmung getroffen wird.

*

** Die Reifeprüfung bestanden ferner am hiesigen Domgymnasium die Obertprimaner Gottwalt Felbhahn, Josef Fischer, Erich Loebus, Horst Loeserer, Ernst Mönz, Pfeigner, Fritz Regel, Karl Reinicke, Friedrich Schultze, Horst Urban und Wolfgang Wagner. Es haben sämtliche zur Prüfung zugelassene Kandidaten die Prüfung erfolgreich bestanden. Auch unsern Glückwunsch!

** Der Einzug unserer Feld-, Wald- und Gartensänger hat sich trotz des Nachwinters vollzogen. Abgesehen von den Staren, die in größerer Zahl überall festzustellen sind, kann man bei einem Gang durch die Natur die Feldlerche und andere Singvögel beobachten, die sich nicht abhalten lassen, das Nahen des Frühlings zu künden.

** Auszahlung der Zusatzrente an Kriegsbeschädigte und -Hinterbliebene des Stadtkreises Merseburg am 15. März, vormittags von 9—1 Uhr, in der Pfandleihanstalt. Fehlende Arbeitsbescheinigungen sind umgehend abzugeben.

** Der heutige Wochenmarkt war gut besucht. Angeboten wurden Gemüse aller Art, besonders reichlich Blumenkohl, Apfelsinen, Aspel, Fisch-, Fleisch- und Wurstwaren, Käse und die üblichen Seifen- und Kurzwaren. — Der Ferkelmarkt ist noch immer gesperrt.

** Die Zahlung der Generosizitätsbeiträge macht, wie uns mitgeteilt wird, manchen Hausbesitzer Schwierigkeiten. Es sei darum nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß eine Stundung und evtl. Teilzahlung erfolgen kann. Es ist jedoch nicht nötig, einen schriftlichen Antrag zu stellen. Es genügt mündliche Vereinbarung in der Steuerkasse. — Die im Beitragsausschreiben angegebene Summe für die Bauvorversicherung enthält eine Nachtragsumlage für 1923 in Höhe von 10 Proz. der noch insgesamt zu zahlenden Bauvorversicherung — können noch auf die Hausbewohner umgelegt werden, da die Neuregelung der Mietzahlungen er ab Februar erfolgt ist. Wohnt der Hausbesitzer im Hause, so hat er also auch einen Teil zu zahlen.

** Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt auch weiter zum 400 milliardenfachen Betrage des Nennwertes. Über den Ankaufspreis für Gold erteilen sämtliche Reichsbankanstalten Auskunft.

** Neue Strafkammern bei den Amtsgerichten. Bei den Amtsgerichten, deren bisherige Strafkammern forsfallen, werden vom 1. April ab neue Strafkammern gebildet. Den neuen Strafkammern wird die Tätigkeit der kleinen Strafkammer des Landgerichts als erkennendes Gericht zugewiesen. In einer allgemeinen Verfügung führt der preußische Justizminister aus, es sei zu erwarten, daß der Preußische minister der Justiz für die Verbindung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen die vor dem 1. April erlassenen Urteile der Schöffengerichte und des Amtsrichters die kleine Strafkammer als zuständig erklären werde.

** Erhöhung der Prüfungsgebühren. Die Gebühr für die Prüfung zur endgültigen Anstellung der Volksschullehrer ist auf 16,50 Goldmark festgesetzt worden. Die Teilnehmer an der Arbeitsgemeinschaften für Lehrer und Lehrerinnen haben bei der Meldung zum Abschluß die gleiche Gebühr zu entrichten. Soweit eine niedrigere Prüfungsgebühr eingezahlt worden ist, die Prüfung (der Abschluß) aber noch nicht vollendet worden ist, ist der Unterrichtsbetrag bei der mündlichen Prüfung nachzuerheben.

** Zum Unterricht in der Wetterkunde beabsichtigt das Meteorologische Institut in Berlin die Wetterkarten den Schulen zum Selbstkostenpreise — 10 Goldpfennige für den Monat — zu liefern. Auch die übrigen norddeutschen Wetterdienststellen haben sich bereit erklärt, die Karten zur Hälfte des Bezugspreises den Schulen zur Verfügung zu stellen.

** Werkunterricht. Am Seminar für Werkunterricht in Leipzig finden im Unterrichtsjahr 1924/25 mehrere Lehrerbildungskurse statt. Zugelassen werden als Teilnehmer: Lehrer und Lehrerinnen der Volksschulgattungen. Bei andern Teilnehmern (Jugendpflegern, Kindergärtnerinnen, Jugendleiterinnen usw.) sowie Nichtangehörigen des Deutschen Reiches wird von Fall zu Fall entschieden. Der Hauptkursus (Dauer 1 Jahr) beginnt zu Ostern. Im praktischen Unterricht werden gelehrt: Papier- und Pappenbeit, Holzarbeit, Metallarbeit, Zeichnen, Werklehre, Formen, Arbeiten am Sandkasten und unterrichtliche Hilfs- und Werkzeugmaterialien. Außerdem werden mehrere Teil- (Monats)kurse abgehalten. Anmeldungen und Anfragen sind an die Kanzlei Leipzig, Scharnhorststraße 20, zu richten. Auch in Preußen schenkt man jetzt dem Werkunterricht größeres Interesse. Es finden Lehrgänge für Werkunterricht statt an folgenden Anstalten: 1. Staatliche Werklehrerbildungsanstalt in Berlin-Schöneberg, Grunewaldstraße; 2. Städtische Werklehrerbildungsanstalt in Hildesheim; 3. Städtisches Werklehrerseminar in Köln; 4. Städtisches Arbeitslehrerseminar in Düsseldorf.

** Wiederaufnahme der Paketzustellung — in Halle. Die postamtliche Zustellung der Pakete in Halle, die wegen der ungünstigen Wirtschaftslage des Reiches vom 1. Januar ab hatte eingestellt werden müssen, wird vom 15. März ab wieder aufgenommen. — Wann folgt Merseburg?

** Das zerfahrene Straßenpflaster. Durch den Lastkraftwagenverkehr sind die meisten öffentlichen Straßen stark heruntergewirtschaftet worden. Zudem konnten die Straßen während des Krieges und auch in den letzten Jahren nicht genügend unterhalten werden; sie sind daher in einem Zustand geraten, der, wie die zuständigen preußischen Minister soeben in einem gemeinsamen Runderlaß betonen, die äußerste Vorsicht erfordert. Seit kurzem können die Kraftfahrzeugsteuer, der Wegebenutzungssteuer und die Vorausleistungsleistäge zur Ausbesserung der Straßen verwandt werden; es wird aber noch längere Zeit dauern, ehe sich ein Erfolg bemerkbar machen wird. Die preußischen Minister haben daher die Regierungspräsidenten ersucht, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, um das öffentliche Wegenetz vor weiteren schweren Schäden zu bewahren. Von solchen Straßen, deren Straßendecke den ausgiebigen Lastkraftwagenverkehr nicht gewachsen ist, soll der schwere Lastautoverkehr ferngehalten oder beschränkt werden. Bei solchen Maßnahmen sollen die Bedürfnisse des Lastkraftwagenverkehrs und die Aufrechterhaltung der Benutzbarkeit der Wege für den übrigen Verkehr gegeneinander abgewogen werden. Der Lastkraftwagenverkehr wird selbst ein Interesse an der Schonung der Wege haben; insbesondere ist die Automobilindustrie an der Erhaltung der Befahrbarkeit der Wege lebhaft interessiert. Der letzte Zweck wird in vielen Fällen auch schon dadurch erreicht werden, daß die Fahrgeschwindigkeit und die Gewichtsgrenzen der Lastkraftwagen angemessen herabgesetzt werden.

** Wegen eines Maschinendefektes erlitt die gestrige Ausgabe des „Merseburger Korrespondenten" eine erhebliche Verzögerung. Dies unseren Lesern zur gefl. Kenntnisnahme.

** Beths Gesellschaftshaus. Es sei nochmals auf den Ehrenabend für die hier in Merseburg besonders beliebte Pianistin und Sängerin Trude Eichhorn, welcher morgen Donnerstag abend im Café obigen Lokals stattfindet, hingewiesen. Ein ganz besonders gewähltes Programm wird das Eichhorn-Duo bieten, unter anderem wird Frau Trude Eichhorn Lieder zur Laute in einem entsprechenden Kostüm bringen. Der Besuch sei bestens empfohlen.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg

enthält in heutiger Ausgabe einen Hinweis auf die Getränkesteuerordnung und eine Bekanntmachung über den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Rittergut Werder.

*

Drohender Kampf im Baugewerbe.

Die hiesige Ortsgruppe des Bauarbeiter-Verbandes nahm gestern abend in einer zahlreich besuchten Versammlung in der Aula der hiesigen Mittelschule Stellung zur Lage im Baugewerbe. Gewerkschaftssekretär Wenichek berichtete über das Angebot der Unternehmer. Danach soll ab 13. März im Baugewerbe die 10stündige Arbeitszeit eingeführt werden. Die Arbeitnehmer hingegen wollen aber von der 8stündigen Arbeitszeit nicht abgehen. Es wurde beschlossen, im hiesigen Bezirk unbedingt an dem 8-Stundentag festzuhalten, unbekümmert als über die Hälfte aller Bauarbeiter brotlos sind und diese erst wieder dem Berufe zugeführt werden sollen. Auch die Belegschaften der bauenden Firmen des Baumarktes lehnten in einer stark besuchten Versammlung am Montag das Angebot der Unternehmer ab. Die Hoffnung sich gelingt es dem bereits angerufenen Schlichter, der bereits heute den Schiedsspruch fällen dürfte, auf gütlichem Wege eine Einigung herbeizuführen und den Kampf zu verhindern. Denn ein Streik oder eine Aussperrung in diesem lebenswichtigen Berufe würde viele andere Gewerbe stark in Mitleidenschaft ziehen und auf beiden Seiten schwere Opfer fordern. Auch ist durch den langen Winter die gesamte Bautätigkeit arg ins Hintertreffen gekommen, sehr zum Schaden für unseren Wohnungsbau.

*

Die Grundlage des Radio-Telephons.

Ein Fachvortrag am 15. März.

Vom Denkmalsausschuß ehemaliger Merseburger Seminaristen wird uns geschrieben: Seit einer Woche arbeitet der langersehnte Leipziger Sender für drahtlose Musikübertragung in der „Brieberschdraße", dem der Anfänger stammt, wie deutlich zu hören ist, selbst aus Leipzig. Wenn man nun Gelegenheit hat, zum Vergleich die Konzerte aus Königswusterhausen zu hören, so zeigt sich, daß die Wellen von 2800 m Länge immer noch gegenüber sind als die von 500 m Länge, obwohl auch hier noch die Musik unangenehmen Grammophoncharakter zeigt. Woran liegt das? Woran liegt es auch, daß die langen Wellen weniger Störungen ausgesetzt sind als die kurzen? Und so gibt es noch ein paar Dutzend weiterer Fragen, die allenthalben auftauchen, nachdem die erste Begeisterung sich etwas gelegt hat. Hier hat nun die Fachwelt das Wort, um die Antworten aus ihren Erfahrungen zu geben, die sie seit einem Vierteljahrhundert auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie gesammelt hat. Und in diesem Sinne wird Herr Ingenieur Muth-Berlin von der Gesellschaft „Telefunken", der über jahrelange Erfahrungen verfügt, die er weit über Deutschlands Grenzen hinaus gesammelt hat, sprechen. Das Thema lautet: „Physikalisch-technische Grundlagen der Radio-Telephonie." (Vergl. Anz.) Es ist zu hoffen, daß trotz der Forschungseifer sich dankbare Zuhörer einfinden werden. Gilt es doch, interessante Aufschlüsse über das geheimnisvolle Gebiet der Technik entgegenzunehmen und gleichzeitig zu einem edlen Zwecke beizutragen, der Beschaffung von Mitteln für ein Denkmal zu Ehren der im Weltkriege gefallenen 115 Schüler des ehemaligen Seminars.

*

Die Weiße Wand.

Union-Theater. Mit einem Riesen-Programm wartet uns die Direktion des Lichtspieltheaters auf. „Das Mädel von Kentucky" schildert uns die Geschichte eines Mädchens, auf den Bergen geboren und emporgewachsen kennt sie nur den einen Wunsch, ihren Vater, welcher meuchlings erschossen wurde, zu rächen. Die Handlung ist reich an Romantik und zeigt uns einen Stamm freier und gerader Menschen. Wahe denen, die es wagen, ihre Rechte anzutasten, sie verstehen es meisterhaft, ihren Gesetzen Geltung zu verschaffen. So ist auch der Held des Dramas vorbehalten, ihre Rache auszuüben. — Einen Gang durch den Zoo bietet uns der zweite Film. Hier kann man sämtliche Tiergattungen bewundern; das Gehen und Treiben der Jungen ist besonders im Bild festgehalten. — Eine Groteske „Die Rache von die Apachen" erweckt mit ihren tollen Verfolgungsszenen die größte Heiterkeit, so daß Lachsalve auf Lachsalve ertönt. Auf der Bühne bringt das Doppel-Gastspiel des Gesangs-Humoristen Alfons Fix und der Solosängerin Gretl Grittly gute Abwechslung. Alfons Fix erntet mit seinen Vorträgen reichen Beifall, das Couplet „Ich sij' vor meinem Hüschen" wurde förmlich abgeklatscht. Ein Humorist, wie er sein soll. Gretl Grittly erzielte mit ihren Spitzentänzen ebenfalls einen vollen Erfolg. Durch die Technik ihrer Kunst und die Feinheit ihrer Bewegungen erobert sie sich die Herzen im Sturm. Der orientalische Tanz kam durch die effektvolle Beleuchtung voll zur Geltung. Die Kostüme sind recht wundervoll und geben dem Ganzen ein vorteilhaftes Gepräge. Wir wünschen dem Künstlerpaar allsbendlich ein volles Haus. Wer ein paar vergnügte Stunden verleben will, lasse sich dieses Programm nicht entgehen, ein Besuch lohnt sich.

*

Tageskalender.

Mittwoch, 12. März.

Herrenabend im Stadt-Café. — Abendfest des Spv. 99 im Ratskeller. — Luisen- und Bismarckfeier des Königin-Luise-Bundes. — Stenographen-Verein Stolze-Schrey Neu-Rössen: Einzelne Vortrag. — 5-Uhr-Tee in Müllers Hotel. — Boxen in der Funkenburg.

Donnerstag, 13. März.

Freiwirtschaftsbund: Vortrag Bartel. — Ehrenabend für Trude Eichhorn im Café von Beths Gesellschaftshaus. — Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten. — Öffentlicher Vortrag des Vereins zur Hebung der Geflügelzucht für Merseburg und Umg. im „Neuen Schützenhaus".

§ Naßnitz, 12. März. Schwere körperliche Mißhandlungen erlitt in vergangener Woche der Sohn einer geachteten hiesigen Familie, welcher nach einer Balleier die Auserwählte seines Herzens nach ihrem Heimatsorte bei Zörschen geleitet hatte. Durch Neider oder Rivalen überfallen und arg zugerichtet wurde er am andern Morgen im bewußtlosen Zustande aus schweren Kopfwunden blutend, vor dem elterlichen Hause von Familienangehörigen aufgefunden. Ärztliche Behandlung war erforderlich und geleisten, um Schlimmeres abzuwenden. Das Dunkel, welches noch die Begängnis deckt, wird hoffentlich durch die Untersuchung gelichtet, damit die Täter zur Rechenschaft gezogen werden können.

§ Lochau, 12. März. Nachtregulierung. In der letzten Sitzung der kirchlichen Körperschaften wurde u. a. beschlossen, den Friedhof für die Ortsfriedhofe zu regeln. Um den behördlichen Bestimmungen und den Wächtern gerecht zu werden, einigte man sich dahin, zwei Drittel der Friedenschachtöhe als Betrag pro Morgen festzusetzen und als zweckentsprechend zu erachten, wobei die jetzigen Getreidepreise nicht unberücksichtigt gelassen sind; denn eher ist noch auf ein Sinken derselben als auf eine Erhöhung zu rechnen.

§ Glesien, 11. März. Der hiesige Gemeinde- und Amtsvorsteher Kinne wurde vor kurzem von des Amtsgericht Köthenitz zwecks Vernehmung geladen und sofort in Haft genommen. Es soll sich um Vergehen im Amte handeln.

§ Cursdorf, 11. März. In der Nacht zum Sonnabend wurden dem Gutsbesitzer Richter hierselbst das ganze Erträgnis eines Tags zwei geschlachteten Schweines und außerdem zwei Schinken gestohlen. Als Mitbesitzerin an dem Diebstahl kam ein Dienstmädchen Richters in Haft.

§ Görschen. Am Sonntag nachmittags fand in der hiesigen Kirche eine vom Zweigverein des Evangelischen Bundes Lützen veranstaltete Weihestunde statt. Der Entstehung des evangelischen Gesangbuches war sie gewidmet. Wie Luther, erst dem selber unbewußt, ein Liederdichter wurde, zeigte sein Lied auf die Brüsseler Märtyrer. Die geschichtlichen Erläuterungen gab Pfarrer Stoermelond-Starsiedel, die Lutherworte las Pfarrer Dr. Remmo-Großgörschen, während Dr. Röthig-Leipzig die Lieder auf seiner Laute trefflich zum Vortrag brachte. Die vollbesetzte Kirche folgte voller Teilnahme dem Gange der Feier, die am Abend in Starsiedel wiederholt wurde.

Neu-Rössen und Zweckverbands-Gemeinden.

× Neu-Rössen, 12. März. Am kommenden Sonnabend und Sonntag wird der in Neu-Rössen bekannte und geschätzte Schriftsteller Bruno Bürgel zwei weitere Vorträge in der Turnhalle der Siedlungsschule halten. Er wird am Sonnabend sprechen über „Der Weg der Menschheit" und am Sonntag über „Die Welt als Rätsel".

** Neu-Rössen, 11. März. Ein Fußgängersteig an der Eisenbahnbrücke über die Saale ist in aller Stille für den Verkehr über den Fluß eingerichtet worden. Damit ist vielen Wünschen entsprochen worden.

Lauchstädt und Schafstädt.

⊙ **Lauchstädt**, 10. März. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurde eingangs das Resultat der Prüfung der städtischen Kassen mitgeteilt, das befriedigte. — Verlesen wurde eine Zuschrift des im Ruhestand befindlichen bisherigen Bürgermeisters Kern (zurzeit in Merseburg wohnhaft), worin dieser für seine Ernennung zum Stadtältesten dankt und den Wunsch ausspricht, sein beigefügtes Bild im Sitzungssaal aufzuhängen. Dem Wunsche wird entsprochen. — Zurzeit berechnen die Landkraftwerke für Licht und Kraft gleiche Tarife und wollen die in der Vorkriegszeit bewilligten Rabatte kürzen. Nach Einführung der Goldrechnung soll mit Nachdruck versucht werden, die früheren Ermäßigungen wieder zu erreichen. Für das zu bildende Kleingartenschiedsgericht sind 4 Beisitzer zu wählen. Die Versammlung schlägt vor, die Herren Schment und Kathe aus der Landwirtschaft, während die Wahl der übrigen 2 Beisitzer dem Schrebergartenverein überlassen wird. — Für das Anzieehen und Instandhalten der Turmuhr werden 40 Goldmark bewilligt, auch soll das Zifferblatt nach der Nordseite renoviert werden. — Für die Benutzung städtischen Geländes zu gewerblichen Zwecken soll in Zukunft eine jährliche Anerkennungsgebühr von 3 ℳ erhoben werden. — Die Bestimmungen über die Schuttabladegebühren müssen geändert werden, und zwar in Punkt 5, weil in Zukunft magistratsseitig beschlossene Erhöhungen der Genehmigung der vorgesetzten Behörde bedürfen. — Dem Hilfsverein für Blinde in der Provinz Sachsen werden 10 ℳ aus diesjähriger Beitrag bewilligt. — Das Martinshandgeld soll anders festgesetzt werden. Das Nähere wird der Gesamtvorstehermitsitzung überlassen. — Zur Gewerbesteuer soll ein Zuschlag erhoben werden, der in seiner Auswirkung etwa 20 Prozent der Summe dem Stadtsäckel zuführt. — In anschließender geheimer Sitzung wurde noch verhandelt über Besetzung der Pfarrstelle, Ratskellerpacht 1924, Beamtenabbau bei der Lehrerschaft und der Stadtverwaltung, Festsetzung des Besoldungsdienstalters des Bürgermeisters.

⊙ **Lauchstädt**, 12. März. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend brachten ballische Einbrecher das in der Hallischen Straße gelegene Bornschenische Grundstück durch einen nächtlichen Besuch. Durch Losreißen einiger Latten vom Hofor gelangten sie in das Gehöft und entwendeten aus zwei, einsachen Leute gehörenden, Kaninchenställen acht wertvolle Kaninchen. Mit der guten Beute kamen sie jedoch nicht, wie gedacht, bis Halle. Bereits bei Delitz a. B. ereilte sie die Nemesis in Gestalt zweier tüchtiger, aus der Polizeischuppbeamten, welche sie nach kurzem Kugelwechsel verhafteten und bei Holleben festnahmen; allerdings hatten sie bereits ihr tragende Hühnnen abgeschlachtet. Außer ihrer Beute wurde ihnen das Handwerkszeug abgenommen und die beiden Burschen in Sicherheit gebracht. Es stellte sich heraus, daß der eine ein etwa 45 jähriger Stellmacher G., und der andere ein 17 jähriger Fleischer R., beide aus Halle waren. Der Ältere von den beiden war eine bekannte Größe unter Halles Ganoven. Ihr Fang sein. Die bei beim Älteren vorgenommene Haussuchung förderte belastendes Material zutage, welches aus früheren ähnlichen Raubzügen stammt. Den beiden Flurschutzbeamten Wiehe und Albrecht aber eine dankbare Anerkennung für ihre gute und energische Handlung. Etwaigen sonstigen Langfingern dürfte dies eine Warnung sein. H.

Briefkasten der Redaktion.

Richard B., Neu-Rössen. Ihr Eingesandt eignet sich nicht zur Aufnahme, da die Grundbedingung fehlt: jegliche Sachlichkeit.

Turnen — Spiel — Sport.

Neumark I—Germania I 2:1 (1:0).

Mit recht viel Glück konnte Neumark I die Punkte aus vorstehendem Verbandsspiel mit nach Hause nehmen. Neumark lieferte eines ihrer schlechtesten Spiele. Die gezeigten Leistungen entsprachen durchaus nicht den einer Mannschaft, die in der I b-Klasse an zweiter Stelle rangiert. Die Läuferreihe von Neumark spielte viel zu wenig offensiv. Germania war eifrig bei der Sache, während Neumark lasch und ohne Interesse spielte. Nur der Schußgewaltigkeit der Germania-Stürmer hat Neumark es zu verdanken, daß das Spiel nicht verloren ging. Dem Spielverlauf nach müßte Germania gewinnen. — Neumark II gegen Germania II 7:1, verdienter Sieg von Neumark.

*

Deutsche Turnerschaft.

Städtewettkampf Halle—Merseburg—Neu-Rössen—Weißenfels.

Der im Januar erstmalig durchgeführte Städtewettkampf im Geräteturnen findet am Sonntag, den 16. März nachmittags 5 Uhr in der Turnhalle der Siedlungsschule Neu-Rössen seine Fortsetzung. Wiederum treten je acht der besten Geräteturner der genannten größten Orte des Nordostthüringer Turngaues zum Kampfe an. Schon in Weißenfels war das Ergebnis ein sehr knappes, konnte doch Halle Merseburg-Neu-Rössen nur mit 15 Punkten schlagen und Weißenfels saß den Merseburgern nur mit 11 Punkten Unterschied dicht auf den Fersen. Die unterlegenen Mannschaften haben beim ersten Zusammentreffen feststellen können, woran es ihnen zum Siege noch fehlte, sie nützten die Zwischenzeit, und den Hallensern wird es ausopfernde Arbeit und Hingebung der besten Kräfte kosten, den Sieg zum zweiten Male zu erringen. So wird die Zwischenrunde des Städtewettkampfes in Neu-Rössen bei äußerster Spannung füllt sein und ganz ausgezeichnete turnerische Kampfleistungen zeitigen. Neben dem Kampfe ist aber die der Turnerschaft eigene Gemeinschaftsarbeit nicht vergessen worden. Sie wird diesmal von den Schülern und Schülerinnen des Turn- und Sportvereins Neu-Rössen geleistet und besteht in Stab-, Frei- und Handgeräteübungen sowie in Ausdruckstänzen. Bei der Beschränktheit des Platzes empfiehlt sich baldige Kartenbestellung bei Alb. Müller in Neu-Rössen bei Merseburg, Merseburger Straße 21.

Merseburg-Neu-Rössen stellt zu dem Kampfe die Turner Baldauf und Krenscher vom Männer-Turnverein, Holzinger, Ininger, Keller, Rohrbacher, Singer, und Wolf vom T.u.Sp.-V. Neu-Rössen. Ersatzmann Ermisch, Allg. T.-V. Merseburg. Leiter Rothe vom T.-V. Rothstein.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Schauer für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Asmus, Berlin-Wilmersdorf, Lauscher Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Das Verschwinden des Haarwuchses

ist trotz seiner Allgültigkeit vielen ein Rätsel. Schinnen, Hautschichtverhornung, Krankheiten, zu große Inanspruchnahme des Nervensystems usw. bringen uns um unseren Haarschmuck, der den Kopf vor Erkältung schützen soll. Wie kann man hem Haarausfall begegnen, wie sich wieder neue Haare wachsen lassen?

Sie erreichen das durch die Silvikrin-Haarkur, die schon Tausenden geholfen hat: Kostenlos und postfrei erhalten Sie eine Silvikrinprobe und die Schrift „Das Geheimnis des Haarwuchses" vom Silvikrin-Vertrieb G. m. b. H., Berlin 305 a, Alexandrinenstraße 26.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240312-19/fragment/page=0003

Papierabfälle werden jederzeit zum höchsten Tagespreis gekauft. Königsmühle

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen zu bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Kleines freundl. Zimmer an jung. Herrn zu vermiet. Bettwäsche muß geliefert werden. Zu erfr. i. d. Exp.

Sofort oder später **möbl. od. leeres Zimmer** ev. a. Lad. f. Bürozwecke auf Off. u. 71 a. d. Exp. d. Bl.

Zu vertauschen! 3-Zimmerwohnung m. Küche u. Zubehör in Naumburg S. geg. ebensolche i. Merseburg. Ang. a. Geyer, Lauchst. Str. 26

100 G.-M. geg. Sicherh. z. leih. gesucht. Off. u 72 a. d. Exp. d. Bl.

2000 Mk. Darlehen auf Haus und Acker gesucht. Zu erfragen im Bureau des **Rechtsanw. Erlecke.**

Ein leichter **Preschwagen** zu verkaufen Neumarkt 62.

Herrenrad kettenlos Dürkopp gut erhalten verkauft Oberaltenburg 20 r. Besichtigung 6—7 nachm.

Fast neuer Anzug, Größe 44, billig z. verkaufen Lauchstädt. Str. 20, i. Hinterh.

Weiß. Promenadenwagen z. verkauf. Unteraltenburg 31

2 Kachelofen 4 qm Wandplatten zu verkaufen **Ebert,** Ofensetzer, Burgstraße 13, 1 Tr. rechts.

Gr. Läuferschwein verkauft **Fiedler,** Neumarkt 45.

Prima schwere, fette **Schweine** für Fleischer und Hausschlachtung sind abzugeben **Molkerei-Gen. Schafstädt** E. G. m. b. H.

1 Schwein zum Hausschlachten, über 3 Zentner, zu verkaufen. Näheres in der Exp. d. Bl.

Ein zugfest. **Pferd** zu verkaufen. Händler ausgeschlossen. **Knapendorf** bei Merseburg Nr. 20.

Angekörter Bulle steht zu verkaufen **Braunsdorf Nr. 12.**

Möbelwagen fährt Freitag nach Halle Ladung beiderseits erwünscht **Paul Naumann,** Hirtenstr. 11 Abteilung Möbeltransport.

Briefbogen und **Umschläge** mit u. ohne Druck empfiehlt **Buchdruckerei Th. Rößner,** Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Für die wohltuenden Beweise der Liebe und Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen, der Witwe

Wilhelmine Becker
geb. Heyne

sagen auf diesem Wege ihren herzlichsten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg, den 12. März 1924.

Landwehr-Verein.
Am 10. März 1924 ist unser Kamerad
Wilhelm Friedrich
Kriegsveteran von 1870/71
nach fast 50jähriger Mitgliedschaft verstorben.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 3 Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt.
Zur Abholung der Fahne treten die Kameraden um ½3 Uhr am Ratskeller an. Zahlreiches Erscheinen ist Ehrensache. **Der Vorstand.**

Pa. Speisekartoffeln
„Industrie"
handverlesen und frostfrei, ab Güterbahnhof und Lager in Zentnern und Fuhren zum billigsten Tagespreis.
! Lieferung frei Haus !
Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle auch in Ladungen.
Kartoffel-Großhandlung, **Kurt Freygang,** Gr. Ritterstr. 5 u. 7. Tel. 434

Korsetthaus Emmy Cappès
Obere Breite Straße 8
Elegante Anfertigung nach Maß.
Größtes Lager in Korsetts jeder Preislage.

Der Merseburger Heimat-Roman liegt in Buchausgabe vor: **Das Probejahr!**
Eine heitere Kandidaten- und Kleinstadtgeschichte
Preis 2,50 M., fest gebunden Umschlagzeichnung.
Zu beziehen durch:
Geschäftsstelle des Merseb. Korrespondent Kl. Ritterstr. 3
Buchhandlung Friedrich Stollberg, Domstr.
Buchhandlung Wagner, Markt.

Radikal-Mittel zur Vertilgung von **Ratten u. Mäusen**
Apotheke Lauchstädt.

Krankheit ist falsche Ein- und Ausfuhr u. da der Mensch durch den Magen wächst und fällt, ist hier der Hebel anzusetzen, Behandlung aller Leiden, auch teelisch. Natur, nach diät. Grundsätzen als einzig. Erlösung aus d. Krankheitselende. Comb. Verfahren. Keine Massenabfertigung, nur indiv. Beratung.
C. Alech Naturheilpraxis Weißenfels a. S., Leopold Kellitz 67 Stfl. I.

Strohhüte zum Umpressen und Modernisieren erb. bald. **J. Hagen** Entenplan 9, 2 Tr.

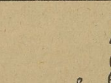
Herr K. Sömm, Göttschedik Meine habe ich durch Schaumauslage der **Pirnaer Mineralwasser** Oberweißer's Mineralwasser, erfreulich Zur Nachbestellung ist Herbe-Creme behend. zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drog. und Parfümerien. **Huber-Brisk**

Favorit-Vobach Modenalbum mit großem Schnittmusterbogen, erscheint 14tägig **Lyons Modenschau** erscheint viermöchentlich. — Schnittmusterlager. **Verkaufsstelle:** Loden- und Sporthaus **Hildebrandt**

Jüng. Zeichner für Apparate und Maschinen zur Anfertigung von sauberen Katalog- u. Reklamezeichnungen zum baldigen Antritt gesucht. **Wilhelm Wiegand, Apparatebau** G. m. b. H., Merseburg, Bornwerk.

Verein zur Hebung d. Geflügelzucht i. Merseburg u. Umgeg.

Oeffentlicher Vortrag im „Neuen Schützenhaus" in Merseburg über das gesamte Gebiet der Geflügelzucht unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen und zwar:
Donnerstag, den 13. März, 8 Uhr abends, über „Bedeutung und zukünftige Gestaltung der Geflügelzucht" (Rasse-, Leistungs-, Herdbuchzucht, Fütterung). — Referent: Direktor Römer, Leiter der Lehr- und Versuchsanstalt Cröllwitz.
Alle Geflügelzüchter u. Freunde uns. Sache laden wir hierzu freundl. ein **D. Vorst.**



Brennabor Kinderwagen sind weltberühmt und unerreicht Modelle 1924 in höchster Vollendung
Generalvertretung:
Gustav Engel Söhne
Merseburg — Groß-Kayna.

Gasthaus Meuschau!
Halte meinen neu dekorierten Saal zu Vereinsfestlichkeiten bestens empfohlen
Adolf Lippert.

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseb. Korrespondent.

Gummi-Mäntel in allen Größen und verschieden. Farben **Stück 20.—**
Oskar Zimmermann
Solides Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung
Merseburg Gotthardtstr. 25

J. G. Knauth & Sohn
Merseburg Entenplan 2
empfehlen für die Saison:
Herrenfilzhüte in den neuesten Formen u. Farben von den billigst. bis zu den feinsten Qualitäten
Klapphüte
Sportmützen / Regattamützen / Kindermatrosenmützen / Ledermützen / Autokappen / Selbstbinder / Krawatten / Strickbinder / Oberhemden Einsatzhemden / Kragen / Manschetten in Leinen u. Dauerwäsche / Taschentücher / Hosenträger Sockenhalter / Lederriemen / Lederhandschuhe Stoffhandschuhe / Sportstutzen / Socken / Stöcke
Sämtliche Herrenartikel.
Für Konfirmanden: Hüte-Wäsche-Krawatten
Größte Auswahl Niedrigste Preise
Beachten Sie unsere Qualitäten!

Es liegt auf der Hand

daß das Köstritzer Schwarzbier ein altbewährtes Nähr- und Kraftbier ist, denn obige Menge besten Gerstenmalzes, ¼ Pfund oder rund 2300 Gerstenkörner, gehören dazu, um einen halben Liter dieses altberühmten Bieres herzustellen!
Köstritzer Schwarzbier
sollte auf keinem Familientisch als tägliches Getränk fehlen.
Der Preis einer Flasche beträgt **30 Pfg.**
Zu haben bei:
Carl Schmidt, Biergroßhandlung, Unter-Altenburg 10, Fernsprecher 369.
Bernhard Oetzschner, Biergroßhandlung, Obere Burgstraße 9, Fern pr. 374.
Das altberühmte Köstritzer Schwarzbier **ist hervorragend!**

Homöopathie Biochemie Willy Fuchs
Heilmagnetiseur
Sprechstunden 9—11 nachmittags von 3—5.
Reinefarthstraße 19, Tel. 242 — Tel. 242

Reform-Eil-Unterricht Engl., Span., Frz., Port. in 6 Wochen erf. Kaufm. Postf. 5 Merseb.

In Pension zu Ostern nimmt bessere Familie Schülerin als Gesellsch. für einzige Tochter. Zuschr. u. 75 a. d. Exp. d. Bl.

Wo kann Mädch., welch. Ostern d. Schule verl., d. **Weißnäherei erlernen?** Ang. u. 74 a. d. Exp. d. Bl.

Wer **Perlodin.** Behauptet ich kühn, Im Schuhzeug ließ probieren, Ich weiß bei dem wird diese Krem' Sich ständig einquartieren.

Beth's Gesellschaftshaus
Morgen Donnerstag, abends 7½ Uhr
Ehren-Abend
für die beliebte Pianistin und Sängerin **Trude Eichhorn.**
U. a. singt die beliebte Künstlerin an diesem Abend schelmische **Lieder zur Laute**
in dementsprechendem Kostüm.
Morgen Spezialgetränke.

Augarten!
Donnerstag, den 13. d. M.,
Schlachtefest!
Von 10 Uhr an Wellfleisch Frz. Thon.

Radio-Vortrag!
„Physikalisch technische Grundlagen der Radio-Telephonie" mit Lichtbildern und anschließender Konzertvorführung, Sonnabend, den 15. März 1924, abends 8 Uhr. Turnhalle (Wilhelmstraße). — Vortragender: Herr Ingenieur Muth von der Telefunken-Gesellsch. Berlin.
Eintritt 50 Pfg. und Steuer zugunsten des Denkmalsfonds für die Gefallenen des Merseburger Seminars.
Der Denkmalsausschuß.
Radio-Klub Merseburg.

Gasthof drei Schwäne
Donnerstag
Schlachtefest
10 Uhr: Wellfleisch. — Abends: frische Wurst und Bratwurst. — Von 7 Uhr an
Unterhaltungsmusik
Wilhelm Klose.

Casino Leuna-Werke.

Sonnabend, den 15. März,
gr. Schlachtefest.
Wellfleisch, frische Wurst, Bratwurst usw.
Sonntag, den 16. März, nachm.
geselliges Beisammensein
bei Kaffee und Kuchen.
Zum Ausschank kommt das gute Münchener Löwenbräu.
Für musikalische Unterhaltung an beiden Tagen ist gesorgt. **H. Bollrath.**

Nächste Zusammenkunft Freitag, 14 3. im Park-Café

14—15 jähr. Arbeits-Burschen stellt sofort ein **Peitschenfabrik. Ha'l. Str. 17**

Gartenarbeiten werden gut und sauber ausgeführt. Gefl. Angeb. unter 73 an die Exp. d. Bl.

Malergehilfen stellt ein **Weidemann,** Gr. Ritterstr. 13.

Suche zum 15. April **Mädchen** für Küche u. Hausarbeit von 18—20 Jahren. Meldungen mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen an Fr. San.-Rat Dr. **Knipping,** Mücheln, Bezirk Halle a. S.

Ein tüchtiges, erfahrenes **Mädchen** wird zum 1. Mai gesucht. **Frau L. Bär,** N.-Rössen, Preußenstr. 9.

Zuverlässige, saubere **Aufwartung** für einige Stunden des Vormittags gesucht **Entenplan 6.**

---

1 Lockentaube entflohen. Gegen hohe Belohnung abzuh. N.-Rössen, Merseburger Str. 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240312-19/fragment/page=0004

Kahr gegen Hitler und Ludendorff.

Die Dienstag-Verhandlung in München.

Die Dienstags-Sitzung bringt die Vernehmung des Regierungspräsidenten **Dr. v. Kahr.**

Der Vorsitzende leitete sie mit den Worten ein: „Exzellenz, ich muß Sie zunächst **unverteidigt** vernehmen, da die äußeren Umstände eine gewisse Beteiligung an den Vorgängen im Bürgerbräukeller erkennen ließen und inzwischen ein **Ermittlungsverfahren** eingeleitet worden ist."

Dr. v. Kahr: „Ob ich vereidigt oder unvereidigt vernommen werde, ich werde das auslagen, was ich für wahr halte, denn für mich handelt es sich nicht um Personen, auch nicht um eine Person, sondern um den Staat."

Kahrs Grundsätze.

Am Spätnachmittag des 26. September 1923 wurde ich vom Gesamtstaatsministerium zum Generalstaatskommissar ernannt und mit der gesamten vollziehenden Gewalt beauftragt. Mit diesem Amt waren mir Aufgaben wirtschaftlicher und politischer Art übertragen. Meine Wirksamkeit galt vor allem den bayerischen Belangen, der Wahrung der Staatsautorität und der Konsolidierung der staatlichen Macht. Herr im Land darf nur der Staat und die Staatsgewalt sein, sonst niemand.

Der Antritt meines Amtes als Generalstaatskommissar am 27. September erfolgte in der schwierigsten politischen Lage. Ich erinnere an den bei der Ernennung des Kabinetts Stresemann bestehenden Zustand in Deutschland, der dem bei dem Amtsantritt des Prinzen Max verglichen werden kann.

In Bayern glaubten die Kreise um Hitler, die Krise, unter Hinwegsetzung über die Staatsordnung, als reine Machtfrage in der Hauptsache mit den Waffen lösen zu sollen.

Die wirtschaftlichen Zustände waren so ernst, wie die politischen. Angesichts dieser Zustände bestand für Bayern die Aufgabe, die Staatsautorität unbedingt zu sichern. Nur eine Umgestaltung der Regierungsgewalt im Reiche konnte einige Hoffnung auf Rettung bringen:

ein überparlamentarisches Direktorium.

Es schien mir unbedingt notwendig, daß von der stark unitarischen Regierung zurückgegangen und zu einer gesunden Dezentralisation im Sinne des Bismarckschen Gedankens zurückgekehrt werde. Es war hierbei nicht an eine militärische Aktion gedacht, sondern an einen politischen Druck.

Schon lange wußten sie von der geplanten Diktatur Hitler-Ludendorff. Dabei sollte, wie mitgeteilt war, die bayerische Regierung unbehelligt bleiben, wenn sie nur den Vormarsch nicht hinderte. Lossow, Seisser und ich haben von Anfang an ohne je zu schwanken, diese Gedanken immer wieder als

bodenlos, als katastrophal

für Bayern und das Reich bezeichnet.

Meine Beziehungen zu General Ludendorff waren rein gesellschaftlich. Ich war mir vollkommen klar, wie dies auch von Lossow und Seisser stets betont wurde, welche

unheilvollen Folgen ein bayerischer Marsch nach Berlin

für Bayern, für den Bestand des Reiches und für die ganze nationale Bewegung im Reiche haben mußte. Die Folgen waren aber auch in anderer Hinsicht unberechenbar; nämlich ein völliges Zerschlagen des seit 1920 in mühevoller Arbeit erfolgten allmählichen nationalen Aufbaus, der innerlich angebahnt war. Zerschlagung des wirtschaftlichen und politischen Zieles, vollständige Verwirrung aller Geister mit blutigen Auseinandersetzungen selbst unter den rechtsgerichteten Kreisen. Denn weder Hitler noch Ludendorff wurden in Bayern in weiten Kreisen, insbesondere auf dem Lande, nicht als bayerische Führer anerkannt. **Außerdem war es undenkbar, daß die bayerische Regierung einem solchen Vormarsch still zusah.** Alles in allem: Bayern wäre solchenfalls in das tiefste Elend und Verderben gestürzt worden. Es mußte überdies mit einer

militärischen Aktion Frankreichs,

mit einem Einmarsch der Tschechen, der Polen und damit gerechnet werden, daß die übrigen Entente-Mächte einem solchen nicht entgegentreten würden. Aber auch im übrigen Deutschen Reich mußte ein solches Vorgehen zu einer katastrophalen Zurückweisung führen. Es war bekannt, daß auch außerhalb Bayerns in einem Teil der nationalen Kreise **der Name Ludendorff schon wegen der außenpolitischen Wirkung abgelehnt** wurde. Der Vormarsch Hitlers mußte weiter nach unserer Anschauung zu

einem zweiten Kriege 1866

führen und dazu, daß das einzige durch jahrelange mühevolle Arbeit des Generals Seeckt und seiner Offiziere wichtige Instrument des Reiches, die Reichswehr, zerschlagen wurde. Kurz, überall, wohin wir sahen, waren für uns nur rauchende Trümmerhaufen zu sehen. Wir hatten auch keinen Zweifel darüber, daß das Unternehmen, selbst wenn die Reichswehr oder die Polizeiwehr zur Seite gestanden wäre, oder sich auch teilweise beteiligt hätte, kaum sehr weit über die Donau oder gar über die Grenze hinausgekommen wäre. Fehlte es doch dieser sogenannten nationalen Armee an allem, Bekleidung, Schuhwerk, Ausrüstung, Waffen und Requisitionen, die infolgedessen einsetzten, hätten die Armee in den Augen der Bevölkerung zu einer Räuberbande herabgewürdigt. Ich möchte noch nachdrücklichst darauf hinweisen, daß wir uns dieses Plan in Bayern, eine Reichsdiktatur auszurufen und sie mit Waffengewalt vorzutragen, bei jeder Gelegenheit

mit aller Entschiedenheit entgegengesetzt haben!

Seine Behandlung der vaterländischen Verbände hatte den Zweck, jenem Diktaturgedanken entgegenzuwirken.

Anfang November verdichteten sich die Gerüchte, **daß in den vaterländischen Verbänden eine Explosionsstimmung herrsche.** Daher berief ich am 6. November die Führer der vaterländischen Verbände zu einer Besprechung. Vom Kampfbund waren anwesend Kriebel, Dr. Weber und General Lechter. Ich führte aus, daß ihr Name Lossow und Seisser unter Schriftstücke ohne jeliche Fühlungnahme gesetzt und die Herren dadurch in eine gewisse Verbindung mit derartigen Unternehmen gebracht würden. Ein solcher Unfug müsse unterbleiben. Auf Unwahrheit und Untreue könnte man eine vaterländische Sache nicht aufbauen. Ich sprach dann davon, daß man

im Reiche nachhelfen

müsse. Dieses könne auf dem normalen Wege der parteipolitischen Entwicklung geschehen, wozu ich kein besonderes Vertrauen habe, doch müßte der Versuch gemacht werden, es käme auch

ein unnormaler Weg

in Frage, wozu die Verhandlungen im Gange seien. Gemeint war das bereits erwähnte **Direktorium.**

Ich müsse Unterordnung und Disziplin verlangen.

Die bayerische Reichswehr und die Landespolizei würden niemals einen Putsch mitmachen. Im Anschluß daran erklärte Lossow mit militärischer Bestimmtheit, gegen einen Putsch werde die Reichswehr nur militärisch vorgehen. Lossow äußerte sich weiter scharf über einen seine

gefälschte Unterschrift

tragenden, vom Kampfbund stammenden Befehl mit der Losung „Auf nach Berlin!"

Am 7. November erhielt ich von Seisser Bericht,

Ludendorff wolle mich sprechen,

um eine Aussprache zwischen Hitler und mir herbeizuführen. Ich erklärte, ich möchte Ludendorff zuerst allein sprechen, was am 8. Nov. hier Ür in Gegenwart Lossows und Seissers geschah. Es wurde darüber gesprochen, die nötigen Machtbefugnisse für ein Direktorium unabhängig vom Parlament zu schaffen. Es könnte das nicht in erster Linie von Bayern, sondern nur von Norddeutschland ausgehen. Ludendorff bemerkte, nach seiner festen Überzeugung werde sich in Norddeutschland niemand dafür finden. Er werde Fühlung nehmen, aber die Sache eile sehr, weil die Not sehr groß sei.

Die Vorgänge im Bierkeller

schilderte Kahr ganz ähnlich wie Lossow. Nach Hitlers Einbruch hatte er **ein Gefühl des Ingrimms und des Ekels über den Überfall auf eine nationale Versammlung,** gegen nationale Männer, anderseits befiel ihn auch tiefe Trauer und Sorge darüber, daß dieser Akt innen- und außenpolitische für Bayern und das Reich die größte Katastrophe herbeiführen könnte. Zunächst, fuhr Kahr fort, dachte ich daran, vom Podium aufzufordern, sich zu widersetzen, doch durfte er es nicht zu einem Blutbad kommen lassen. Der Ausdruck „Statthalter der Monarchie" wurde gewählt, um eine möglichst neutrale und von der Aktion Hitlers unabhängige Erklärung abzugeben und zu vermeiden, daß irgendeine Unterstützung abgeleitet werden konnte.

An eine Wiederherstellung der Monarchie habe ich natürlich nicht gedacht.

Auch die Schilderung der Vorgänge in der Nacht stimmten genau mit der Schilderung Lossows überein, in dem Sinn, daß nach Aufgabe der „Komödie" sofort mit aller Kraft Gegenmaßnahmen getroffen wurden. In einer Art

Schlußwort

sagt Kahr:

Seit dem Jahre 1918 stehen wir

immer noch in der revolutionären Gärung,

und es ist das Ende nicht abzusehen. Ich wollte die Vaterländischen Verbände in den Zeiten großer Erregung vor Schritten bewahren, an denen die Bewegung letzten Endes selbst scheitern könnte. Heute stehen sich an diesem Tribunal Männer als Feinde gegenüber, die in den großen nationalen Grundgedanken die gleiche Empfindung hatten, deren tragisches Schicksal es aber war, daß sie über den einmütigen Weg in den schärfsten Konflikt geraten sind. Nicht um Personen handelt es sich in diesem Streit, sondern um den Staat. Den Herren, gegen die sich die Anklage richtet, ist es darum zu tun, ihre Gegner im politischen Spiel auch auch ihrer früheren nationalen Tätigkeit heraus zu verdächtigen. In einer solchen Atmosphäre verdorrt das Mark des Staates.

Darauf wird auf seinen Antrag

die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

*

Im Kreuzfeuer der Verteidigerfragen.

Nachmittag 4 Uhr wurde die Öffentlichkeit der Sitzung wieder hergestellt. Die nichtöffentliche Sitzung hatte bis ½2 Uhr gedauert. Auf Frage des Rechtsanwaltes Dr. Nober erklärt Kahr, daß er vor seiner Aussage eine Besprechung mit Lossow und Seisser **nicht** gehabt habe. Auch die in dem Vorverfahren gemachten Aussagen seien einseln ausgearbeitet worden. Der Rechtsanwalt fragt weiter, was für Bewegungsfreiheit Kahr als Generalstaatskommissar hatte. Kahr erklärt, darüber nichts sagen zu können. Der Gerichtshof stellt hierauf fest, daß diese Frage für die Schuldfrage nicht von Bedeutung und Kahr vom Amtsgeheimnis nicht entbunden sei. Der Rechtsanwalt fragt weiter, **warum Kahr Kapitänleutnant Ehrhardt und Hauptmann Heiß, der den Marsch nach Berlin gepredigt habe, nicht habe verhaften lassen und warum eine ganze Reihe von Reichsfeigen unter dem Generalstaatskommissariat nicht vollzogen worden sei.** Auch bei Roßbach sei der Haftbefehl nicht vollzogen worden. Ferner fragt der Rechtsanwalt, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen sich Kahr für befugt gehalten habe, die Absetzung Lossows zu verhindern.

Rechtsanwalt Göß fragt, ob es richtig sei, daß Kahr bei Verhängung der Schutzhaft verfügt habe, daß sie nach Art der Haft im Arbeitshaus zu vollziehen sei. Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung, die Zulässigkeit dieser Frage abzulehnen. Hierauf fragt die Verteidigung, warum Kahr das Verlangen der Reichserneuerung, die Reichsbefehlsgewalt wiederherzustellen, abgelehnt habe. Kahr beantwortet die Frage auf Grund des Amtsgeheimnisses nicht. Auf weitere Fragen der Verteidigung erklärt Kahr, da in der Zeit, da die wenigen nicht in Schutzhaft genommenen Minister sich in Regensburg befanden, er Inhaber der ganzen Gewalt gewesen sei. Er habe in München allein Entscheidungen treffen müssen. Auf die Frage eines Verteidigers, **warum die Broschüre Prof. Rotenbuchers über den Fall Kahr verboten worden sei,** während die Weißblaue Schrift unverboten blieb, antwortet Kahr, es bestehe doch ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Schriften. Übrigens sei er nicht in der Lage, an dieser Stelle die Maßnahmen des Generalstaatskommissariats zu rechtfertigen.

Zu dem Befehl zum Losschlagen erklärt Kahr, ein solcher sei für ihn überhaupt nicht in Frage gekommen, sondern lediglich die Möglichkeit, aus der Tatsache der Einsetzung bayerischer Reichswehr für Thüringen oder Sachsen die nötigen Folgerungen zu ziehen. Die Frage des Vorsitzenden, ob der Vorgang jetzt noch länger andauere, wird von der Verteidigung bejaht, worauf der Vorsitzende die Verhandlung abbricht.

Heute vormittag Vernehmung des Obersten v. Seisser.

*

München, 11. März. (WTB.) Dem „Pfälzischen Kurier" zufolge ist Leutnant a. D. Weiß, der Herausgeber des „Heimatlandes" nach der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter wieder aus der Haft entlassen worden.

Deutscher Reichstag.

Berlin 12. März.

Die wesentlichsten Punkte der heutigen Tagesordnung waren in wenigen Minuten erledigt, da der Gesetzentwurf über die Goldbiskontbank und das Gesetz über Änderung des Bankgesetzes debattelos dem Hauptausschuß überwiesen wurden. Die zweitgesetzte 3. Etatslesung brachte sogleich die 3. Garnitur. Zwei bayerische Redner erfüllten den Reigen. Abg. Dierneiter von der Bayerischen Volkspartei, der sich ausführlich mit der Lage der Landwirtschaft beschäftigte und Abg. Eisenberger vom Bayerischen Bauernbund, der in der Hauptsache als Dickeskremer wirkte. Für die Demokraten trat Abg. Schultz nachdrücklich für **eine finanzielle Besserstellung der Beamten und für die schleunige Einbringung eines besonderen Reichsbeamtengesetzes** ein. Der **Reichsfinanzminister** verbreitete in längeren Ausführungen die Unternehmungen der Regierung gegen die Angriffe der Opposition. Dann sprach der Kommunist **Maltzahn,** dessen Rede das Haus kein Interesse abgewinnen konnte. Abg. v. Graefe hielt seine bekannte Wahlrede, aus der besonders **scharfe Angriffe gegen die Deutschnationalen,** besonders gegen **Helfferich** auffielen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Wahldebatten in Frankreich.

Die Frage des Wahltermins spielt auch in Frankreich eine große Rolle. Ebenso wie dort eine vorzeitige Kammerauflösung die Gelegenheit eines Staatsstreiches hat, der sei 1875 nicht wieder vorgekommen ist, so würde eine **Verlängerung** des Kammermandats **als Bruch der republikanischen Traditionen** empfunden werden. Dennoch haben insbesondere die Millerand nahestehenden Blätter in den letzten Tagen eifrig nicht nur den Gedanken einer Diktatur, sondern auch den einer **Verlängerung der jetzigen Kammer um ein halbes Jahr verfochten.** Hervé verlangte, die Nationalversammlung solle wie bei der Präsidentenwahl zusammentreten und die entsprechenden Beschlüsse fassen; die Nationalversammlung besteht bekanntlich aus sämtlichen Abgeordneten und Senatoren. Die Presse der Linken tritt scharf gegen alle diese Pläne auf; und auch Poincaré soll dagegen sein. Es heißt, er sei in der inneren Politik vorsichtig geworden, während es in der Außenpolitik die Gescheite der imperialistisch gesinnten Hochfinanz treibt. Millerand stehe wieder innenpolitisch rechts und sei außenpolitisch einem Abbau der Politik Poincarés nicht abgeneigt. Die Verwirrung ist dadurch erst recht gegeben und wird durch den Frankensturz gefördert. Die Rechte des Nationalblocks strebt nach der Frankensturz in den Wahlen der Linksopposition zu einer Mehrheit verhelfen könne, weil diese Linksopposition die Interessen der durch Außenpolitik und Frankensturz geschädigten Mittelständler und Arbeiter vertritt.

England und die Reparationspolitik.

London, 11. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die gestrige Ankündigung Mcdonalds im Unterhaus, daß die englische Regierung das englische Aktenmaterial über die Reparations- und Sicherungspläne veröffentlichen werde, wird in unterrichteten Kreisen allgemein dahin kommentiert, daß die englische Regierung betreibt sei, der französischen öffentlichen Meinung begreiflich zu machen, daß die Forderungen Frankreichs

von keiner englischen Regierung

mit Rücksicht auf die eigene öffentliche Meinung angenommen werden können. Das neue englische Blaubuch über die Sicherungsfrage wird einen interessanten Abschnitt enthalten über die Sicherungsvorschläge, die Bonar Law vorbereitet hat und die im Frühjahr 1923 auf der Konferenz der Alliierten zur Erörterung gestanden hätten, wenn nicht Frankreich inzwischen in das Ruhrgebiet einmarschiert wäre.

Kamerad.

Roman von Margarete Diersch

38. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber Wolfgang Schönermark hielt sich in der Gewalt. Sein ausgestreckter Arm wies nach der Tür.

„Geh!" sagte er rauh, kaum seiner Stimme mächtig. „Geh! Und tritt mir wieder unter meine Augen!"

In seiner Hast verlief Gerti das Zimmer, froh, aus dem Bereich seiner mißhandelnden Augen zu entkommen.

Schönermark sah ihr noch mit einem langen Blick. Dann griff er sich mit der Hand an die Kehle, als würge ihn da etwas. Das also — das war die Frau, um die er einst sein Lebensglück geopfert hatte. Er lachte wild auf, bitter und weh.

Dann warf er die Gedanken an sein Weib und den Mann, der ihn zweifach betrogen, hinter sich, wie einen unreinen Gegenstand, der seiner Beachtung nicht länger wert war. Er würde ihnen kein Hindernis in den Weg legen. Sie waren fortan ausgeschaltet aus seinem Leben.

Er trat ans Fenster.

Es war still im Zimmer.

Ein Fröstseln der Einsamkeit wehte ihn an. Morgen würde er die Binde von den Blinden Augen lösen können, er hatte es ihm gestern schon gesagt. Morgen mußte es sich entscheiden, wie das Unternehmen der schwierigen Operation ausgefallen war. Das stand in einem Höheren Hand. Morgen würde es sich zeigen. Und er zweifelte nicht an seinem Erfolg. Am gleichen Tage noch wollte er dann die Operation auch an dem anderen Auge vollziehen. Dann war seine Arbeit hier getan. Dann schied er von hier. Und auch von ihr . . . für immer.

XXVII.

Golden und warm schien die Sonne zu dem breiten Erkerfenster herein. Heinrich Bernsdorf spürte sie auf seiner schmalen durchsichtigen Hand, die er in den breiten Lichtstrom gelegt hatte. Noch deckte der grüne Schirm seine Augen.

Ein Lächeln spielte um seinen Mund. Heute — heute nahte ihm die Gewißheit, die über sein ferneres Leben entschied. Ein feines Vibrieren war in seinen Nerven, ein Zittern der Erwartung.

Sollte, konnte es denn möglich sein, daß er noch einmal die Sonne sah, die er da so weich und warm auf seiner Haut spürte, und die Welt in Glanz und Licht gebadet, die Blumen und Vögel — und die Menschen.

Er lächelte. Und träumte . . . träumte vom Leben. Er dachte an Martina. Ob er sie auch als Lebensgefährtin gesunden hätte, wenn er, wie andere, jung und stark mit sehenden Augen ins Leben geblickt?

Er vergaß die Gegenwart. Er versank in seiner Welt, die ihm im Inneren erstand und glühende Sehnsucht in ihm wachrief. Und auf einmal war es ihm, als dränge ein ganz feiner, heller Schein in das dunkles Bannkreis seiner Augen. Das Blut stieg ihm in jäher ungestümer Bewegung in die Schläfen. Zitternd tasteten seine Hände nach dem grünen Augenschirm. Mit bebenden Fingern lockerte er ihn.

Und auf einmal sah er die Welt.

Er saß ganz still . . . den grünen Schirm in der Hand . . . wie in heißer Andacht versunken. Groß und in unbegreiflichem Staunen wanderten seine Augen im Zimmer umher, wie die eines Kindes, das zum ersten Male halb bewußt ins Leben blickt. Am Tisch, den blonden Kopf über eine Stickerei geneigt, saß ein junges Mädchen. Und Heinrich Bernsdorf betrachtete mit stiller Freude das feine Antlitz und die Anmut in ihren Zügen.

„Martina, bist du's?" sagte er freudig.

Das Mädchen hob den Kopf. Einen Augenblick lähmte ihm der frohe Schrecken die Glieder. Dann stürzte es an seinem Stuhle nieder, das frohe Antlitz in unbeherrschter Freude zu ihm emporgehoben und stammelte fassungslos:

„Sie sehen . . . oh, Sie sehen!"

Verwundert blickte Heinrich Bernsdorf auf das fremde Mädchen.

„Bist du's nicht, Martina?"

Da schüttelte sie erschüttert das Haupt und stand hastig auf.

„Ich? O nein. Ich — bin nur die Doris Felden." Sie stammelte es in heißer Verwirrung und vermochte doch den Ausdruck von Glück nicht zu bannen, der über ihr reizloses Antlitz gebreitet lag.

Heinrich Bernsdorf blickte sie an.

„Kleine Doris", sagte er dann lächelnd und ergriff gerührt ihre kleinen Hände. „Freuen Sie sich denn so mit mir?"

„Oh . . . wie sehr!" sagte sie innig.

Und Heinrich Bernsdorf ward es ganz wunderlich warm ums Herz, als er in die vom Glück verklärten zärtlichen Mädchenaugen blickte.

Doris Felden befreite sanft ihre Hände aus den seinen. „Nun will ich aber gehen und Ihre Angehörigen davon benachrichtigen, wie werden die sich freuen — auch Dr. Schönermark!"

Wie eine Himmelsbotschaft empfing Wolfgang Schönermark die Nachricht, die Doris Felden ihm brachte. Also doch! Gelungen! Froh eilte er hinüber zu dem Geheilten.

Der kam ihm durch die Mitte des Zimmers entgegen, festen sicheren Schrittes und mit fröhlich erhobenem Haupte. Beide Hände streckte er dem Arzt entgegen und bermochte doch kaum, das rechte Wort zu finden, seiner tiefen Empfindung Ausdruck zu geben. Seine Stimme klang seltsam bewegt:

„Wie soll ich Ihnen jemals danken?"

„Der Erfolg ist mein schönster Lohn. Nehmen Sie meine aufrichtigsten Glückwünsche, lieber Freund", sagte Schönermark herzlich und geleitete den anderen wieder zu seinem Platz, wo er sich ihm gegenüversetzte.

„Und nun größte Schonung, wenn ich bitten darf. Das Auge darf sich erst nur langsam an das Licht gewöhnen."

„Wie gern will ich mich noch jeder Verordnung fügen und den Schirm geistesfrei wieder aufsetzen, nun, da ich die Gewißheit habe, sehen — wirklich sehen zu können. Oh, Dokter, wie ist das Leben doch schön!"

„Möge es Ihnen nur frohe Tage bringen", sagte Wolfgang Schönermark und wußte selber nicht, wieviel eigene Bitterkeit und Wehmut auf seinen Zügen lag.

Dann setzten sie die zweite Operation, die an dem anderen Auge ausgeführt werden mußte, auf den nächsten Tag fest.

„Und wenn werden Sie uns dann verlassen, lieber Dokter? . . . Können Sie uns nicht noch einige kurze Zeit schenken? Wir alle haben Ihnen so viel zu danken . . . wir werden Sie vermissen."

Das Antlitz des Arztes ward finster und hart. „Mich ruft die Pflicht heim. Mein Haus steht verlassen — meine Kinder haben keine Mutter mehr."

„Wie — wie soll ich das verstehen?" fragte Heinrich Bernsdorf bestürzt.

Da faßte Schönermark das Verlangen, einmal die Last von seiner Seele zu wälzen, die er bisher stumm in sich hineingequält hatte. Er erzählte dem anderen alles.

Tief erschüttert lauschte ihm Heinrich Bernsdorff. Das tragische Schicksal des Mannes, der ihm das Leben neu geschenkt hatte, bewegte ihn aufs schmerzlichste.

Noch lange, nachdem der Doktor ihn verlassen hatte, beschäftigten sich Heinrich Bernsdorfs Gedanken mit dessen traurigem Geschick.

Beim Mittagessen, das den kleinen Kreis zusammenführte, trat Dokter Schönermark selbst mit seinem Schützling an den Tisch und verkündete frohbewegt, daß man den Versuch der Operation, den er an dem einen Auge vorgenommen, als gelungen betrachten dürfe. Die Mutter weinte Tränen der Freude, und der Professor zog seinen Sohn bewegt an die Brust. Martina aber ging ein Sturm der Empfindungen durch die Seele, als sie auf die beiden Männer blickte: Der eine mit dem sie fernerhin durchs Leben schreiten würde — gesund, geheilt, ein ganzer Mensch, dem das Glück aus dem Antlitz lachte. Und neben ihm der andere, der ihm das Leben neu geschenkt, der selber liebeleer durch seine Tage gehen würde, dessen Seele der ihren verbunden war, unlöslich, unauslöschlich in alle Ewigkeit.

Immer wieder wanderten während der Mahlzeit Heinrich Bernsdorfs Blicke hinüber zu seiner Braut. Und sinnend betrachtete er das feine kluge Antlitz, das so deutlich den Stempel ihres Wesens trug. Sie stand so fertig im Leben, so ernst, so klar.

Schluß folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240312-19/fragment/page=0005

Messe und Wirtschaft.

Die Meldungen über die diesjährige Leipziger Messe klangen durchweg zum mindesten für den flüchtigen Leser sehr erfreulich. Man sprach von einer Rekordbesucherzahl und man sprach sogar wohl auch von einer Rekordmesse. Da man die Leipziger Messe ohne Übertreibung als Barometer für die deutsche Wirtschaft bezeichnen kann, so kommt ihrem Verlauf und ihrem Erfolg naturgemäß eine ganz besondere Bedeutung zu. Gerade darum scheint es erforderlich, vor einer überschätzung der „Rekordziffern" zu warnen, weil allzu leicht der Eindruck entstehen könnte, als ob die deutsche Wirtschaft vollends gesundet sei und als ob Deutschland einer neuen Hochkonjunktur entgegengehe. Dem ist leider keineswegs so, das ist auch auf der Messe selbst in den Reden der Reichsminister sehr klar zum Ausdruck gekommen. Gewiß sind eine ganze Reihe von Geschäften zum Abschluß gekommen und so hat die Messebesucher sehr befriedigt heim. Die Fabriken der verschiedensten Branchen — man hört von der Textil-, Schuh-, Porzellan- und Glaswarenbranche, sowie auch aus den verschiedenen technischen Industrien das gleiche Urteil — sind aus dem Inland mit Aufträgen gut versorgt worden, so daß das Gespenst der Arbeitslosigkeit gebannt scheint, oder doch viel von seinem Schrecken verloren hat. Dieser starke Inlandsbedarf ist zu durchaus erklärlich. In sehr vielen deutschen Haushalten ist jetzt oder im letzte noch in der Zeit der Inflation etwas angeschafft worden, es sind Lücken entstanden, die ausgefüllt werden müssen und die stabile Rentenmark bietet die Möglichkeit überhaupt wieder zu rechnen und wenigstens einen bescheidenen Teil des Einkommens für Anschaffungen zu verwenden. Anderseits dürften aber auch verschiedene Läger geräumt sein, deren Besitzer in der Zeit der Inflation eine Auffüllung verweigern haben und sich erst jetzt wieder zu einer Auffüllung des Lagers entschlossen haben, nach dem ihnen die stabile Währung wieder einen besseren Überblick über das Geschäft ermöglicht. Diese so auf Lager genommenen Waren wollen dann allerdings erst einmal wieder verkauft sein. Aber auch schon bei dem Inlandsgeschäft traten recht beträchtliche Schwierigkeiten auf, die vielleicht den Abschluß manchen Geschäfts überhaupt verhinderten. Zwischen dem präsumtiven Käufer, der erklärte, die Rechnung erst nach erfolgtem Weiterverkauf bezahlen zu können, und dem präsumtiven Verkäufer, der erklärte, zu so weit befristeter Auslage der Produktionskosten nicht imstande zu sein, stand nämlich, wie es sehr nett in einem Bericht heißt, das Wasser der allgemeinen Kreditnot, das sehr häufig zu tief war, als daß sie hätten zusammenkommen können. Der Geschäftsabschluß war eben meist überhaupt nur möglich durch ein großes Entgegenkommen bei der Kreditgewährung an die Kundschaft. Sicherlich kein Zeichen für eine gesunde Wirtschaft!

Vor allem darf aber nicht übersehen werden, daß das Ausland bei dieser Messe nur eine sehr bescheidene Rolle gespielt hat. Nicht, daß das Ausland etwa nicht vertreten gewesen wäre, vielmehr konnten die deutschen Kaufleute ihre alten Auslandskunden in großer Zahl wieder begrüßen, während erfreulicherweise der ausländische „Alleskäufer", der in den Zeiten der Inflation eine große, wenn schon keine erfreuliche Rolle spielte, diesmal kaum noch anzutreffen war. Wenn trotzdem wenig Abschlüsse mit dem Auslande zustande kamen, so liegt das daran, daß die deutschen Preise zu hoch sind, sie liegen durchweg beträchtlich über Weltmarktniveau. Hier liegt eins der ernstesten Probleme für die deutsche Wirtschaft, denn die Zukunft der Industrie liegt sicherlich auf dem Gebiet des Exports und auch die Gesamtinteressen der deutschen Wirtschaft, vor allem auch die Regelung der deutschen Währung, lassen einen guten Export äußerst wünschenswert erscheinen. Nun sind seiner Zeit die Löhne und Gehälter in einem zu starken Bedenken Anlaß gebenden Maße abgebaut worden, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Jetzt aber erklärt man, daß die Lohnhöhe gar nicht in dem Maße ausschlaggebend sei und möchte alles auf die hohe steuerliche Belastung, die Eisenbahntarife usw. abschieben. Das ist zweifellos unrichtig. Gewiß soll nicht geleugnet werden, daß die steuerliche Belastung außerordentlich groß ist, wenn aber heute die Weltmarktpreise fast bei allen deutschen Erzeugnissen überschritten werden, so tragen Eisenbahntarife und steuerliche Belastung sicherlich allein nicht die Schuld, sondern die Schuld liegt zu einem großen Teil bei der Industrie selbst, die sich nach all dem Millionen, Milliarden und Billionenrausch der Inflation noch nicht wieder zu einer gesunden Kalkulation zurückgefunden hat. Hier ist eine Umstellung dringend erforderlich. Hand in Hand damit muß weiter eine Verbesserung der Produktionsprozesse erfolgen werden, wenn die deutsche Industrie konkurrenzfähig bleiben will. Die Fähigkeit zur „Umstellung" ist zu früher durchaus mit Recht öfter und lobend anerkannt worden, so darf und muß man hoffen, daß auch hier die Umstellung auf die veränderten Verhältnisse recht bald erfolgt. Jedenfalls aber war der Reichsinnenminister Dr. Jarras durchaus im Recht, als er in Leipzig erklärte, daß das, was die Leipziger Messe biete, durchaus noch nicht wieder eine wirtschaftliche Blüte sei, sondern daß aber den deutschen Arbeitswillen erkennen lasse. Das ist gewiß nicht wenig, aber dieser Willen muß nun auch die Tat folgen, dadurch, daß die deutsche Wirtschaft ihre bisherige Preispolitik einer strengen Revision unterzieht und sich zielbewußt auf den Außenhandel einstellt.

W. A.

Messen von Breslau und Wien.

Ungefähr gleichzeitig wurden nach dem Schluß der Leipziger Messe die Messen von Breslau und Wien eröffnet. In Breslau, wo eine große Anzahl von Teilnehmern unmittelbar aus Leipzig eintraf, ergab sich das ähnliche Bild wie in Leipzig selbst: viele neugierige Nichtkäufer, wenig Abschlüsse nach dem Ausland, Besserung des Verkaufes im Inland. Die Wiener Messe steht nicht ganz so unter dem Druck einer hohen Valuta; und auch in Leipzig hat die österreichische Abteilung große Erfolge erzielt. Aber auch ein großer Teil der österreichischen Industrie leidet unter exportschädlichen Produktionsbedingungen, und der österreichische Handelsminister Dr. Schürff hatte in seiner Eröffnungsrede zur Messe sehr recht, wenn er darauf hinwies, daß ein wirtschaftlich leistungsfähiges Österreich neben einem in seiner Arbeitskraft gebrosselten Deutschland gleichfalls wieder verkümmern müßte. In der Tat bestehen hier weder für die Messen noch für die Industrien besondere Konkurrenzen; beide Teile haben ein Interesse am Gedeihen des anderen und an der allmählichen Genesung Europas.

Wichtiges vom Tage.

Markbewertung in der Neuyorker Schluß- und Nachbörse 22 Geld, 22¼ Brief. Dollarparität 4,49 Billionen.

*

Die französische Kammer ratifizierte das am 29. Oktober 1920 zwischen Rumänien, Frankreich, England, Italien und Japan abgeschlossene Abkommen über Bessarabien gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten. Weiter nahm die Kammer mit 425 gegen 135 Stimmen den Gesetzentwurf an, der die Zinsen der Schatzbonds und der Bonds der nationalen Verteidigung von der Einkommensteuer befreit.

*

Der Streik im Hamburger Hafen hat sich gestern nicht weiter ausgedehnt. Die Schlepp- und Fährdampfer sind noch im Betrieb. Auf Veranlassung des Transportarbeiterverbandes sind Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein eingeleitet worden.

*

Zur Liquidierung der von der Zahlungsaussetzung betroffenen Reparationssachlieferungen ist seitens des Reichsministeriums für Wiederaufbau ein Sonderabkommen mit Jugoslawien getroffen worden, das die durch die Zahlungsaussetzung hervorgerufenen Spannungen beseitigt und die Bahn zu Einzelverhandlungen über die Durchführung von Lieferungen im möglichen Raum freimacht.

*

Blättermeldungen zufolge sind die Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Bergleuten über die weiter geforderten Lohnerhöhungen ergebnislos verlaufen.

Der deutsche Außenhandel im Januar.

Genau wie in den Vormonaten krankt die jetzt veröffentlichte Januar-Statistik daran, daß in der Erhebung über den deutschen Außenhandel die besetzten Gebiete nicht mit berücksichtigt werden konnten, weil die französischen Kontrollorgane den deutschen Zollbehörden das Arbeiten unmöglich machen. Man muß deshalb bei der Betrachtung der vorliegenden Zahlen von vornherein einen stillen Vorbehalt machen und kann eigentlich nur schätzen, statt aus der Statistik erste Folgerungen für die kommende Gestaltung unserer Außenhandelsbilanz zu ziehen. Aber so viel ist doch ersichtlich, daß abgesehen von einer quantitativen Verminderung eine qualitative Verschiebung sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr eingetreten ist.

Was die quantitative Seite anbelangt, so ist naturgemäß ein **Rückgang der Ausfuhr** festzustellen; die Preise der deutschen Waren lagen und liegen ein gut Teil **über dem Weltmarktpreis**, so daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf dem Weltmarkt außerordentlich beeinträchtigt war. Erst in letzter Zeit scheint sich nach den erfreulichen Anfangsergebnissen der Leipziger Messe zu urteilen eine verstärkte Absatzfähigkeit deutschen Gewerbefleißes im Ausland zu ergeben. Aber es handelt sich wirklich nur erst um den Anfang; denn die hohen Ausstellers- und Besucherzahlen der Leipziger Messe dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß zum weitaus größten Teil das Inland in Leipzig gekauft hat. Dazu müssen die Werke jetzt anfangen, sich auf die Bedürfnisse des Weltmarktes einzustellen, die Kaufkraft der **Produkte muß in einer Weise gesteigert werden, daß sie die Zugkraft der aus dem Unterschied zwischen Außen- und Binnenwert der deutschen Papiermark übernimmt.** Auf der Einfuhrseite ist gleichfalls eine erhebliche Steigerung aus den Ziffern zu ersehen, leider auch bei reinen Luxuswaren und Fertigfabrikaten. Man wird hier einwenden können, daß die Luxuswaren eine entsprechende zollpolitische Behandlung erfahren müssen, die das starke Einströmen derartiger Güter verhindert. Aber gerade hier zeigt sich die Kehrseite des Frankensturzes für uns; das „Loch im Westen" ist für uns von schwerwiegender Bedeutung. Man höre nur einmal die Klagen badischer Landwirte und Müller über die Konkurrenz des französischen Getreides und Mehls, und man wird über den Frankensturz eine nicht so ungetrübte Freude empfinden, wie sie die Rechtspresse so gern zum Ausdruck bringt.

Aber neben der Einfuhr der Luxuswaren ergibt sich auch eine **Steigerung der Nahrungseinfuhr**, der Kaloriensinfuhr, besonders aber der lebenden Tiere und Lebensmittel. So ist zum Beispiel der Auftrieb auf dem Berliner Schlachtviehhof manchmal schon so stark gewesen, daß die Viehaufkäufer aus der Provinz wegen zu niedriger Preise ihr Vieh wieder mit nach Hause nehmen mußten. Die Einfuhr aus Dänemark spielt gerade hier eine große Rolle. Ob das Defizit der Handelsbilanz durch entsprechende andere Einnahmen ausgeglichen ist, läßt sich nicht beweisen. Aber man kann wohl sagen, daß deutsche Kapitalien im Ausland teilweise zurückgeströmt sind, und daß ausländische Privatkredite das Defizit wenigstens vermindern helfen. An sich ist der Monat Januar für die Handelsbilanz ja immer ein schlechter Monat.

Die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Betriebsmittel.

Vom Kreislandbund wird uns geschrieben:

Mit den geringfügigen Preisermäßigungen für eine Reihe von Bedarfsgegenständen der Landwirtschaft, wie Kohle, Stabeisen, Superphosphat, Maschinen, Seiler- und Webwaren, hat sich ebenfalls eine weitere Senkung der Preise für Getreide, Milch, Butter, Ochsen und Schweine vollzogen. So zeigt uns ein Vergleich der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit denen für landwirtschaftliche Betriebsmittel, daß in den bisherigen Mißverhältnis bis heute keine Besserung für die Landwirtschaft eingetreten ist.

Am Friedensstande gemessen betragen die Preise für

Kartoffeln	90 Proz.
Roggen	80 Proz.
Schweine	75 Proz.
Ochsen	65 Proz.

nur Milch und Butter halten sich etwa 20 Prozent über den Vorkriegspreisen.

Wie aber sieht es mit den Preisen für die Betriebsmittel der Landwirtschaft aus?

Sie liegen durchschnittlich um 40 Prozent über dem Friedensstande.

Im einzelnen betragen die Preise heute für

Kohle	175 Proz.
Superphosphat	148 Proz.
Maschinen	150 Proz.
Stabeisen	130 Proz.
Seiler- und Webwaren	125 Proz.
Lederzeug	115 Proz.
Kalidüngersalze und Stickstoff	95 Proz.

der Vorkriegszeit.

Im Frieden war das Deutsche Reich als das billigste Land der Welt bekannt und berühmt. Wenn wir lediglich die Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft zugrunde legen, so sind wir es heute noch. Und die deutsche Landwirtschaft wird sich auch noch gern mit den zurzeit zu erziehenden niedrigeren Preisen begnügen, falls sich ihre Gestehungskosten diesen Preisen anpassen würden. Dies Ziel zu erreichen, befähigt sich der Landbund, die große wirtschaftspolitische Organisation des deutschen Landvolkes; es sollte auch die erste Aufgabe deutscher Wirtschaftspolitik überhaupt sein; — denn nur durch die Wiederherstellung geordneter Zustände, wozu in erster Linie ein gesundes, die Erzeugung behebendes Verhältnis in der Preisgestaltung gehört, kann die deutsche Wirtschaft wieder aufblühen. Heute liegen die Dinge leider so, daß wir einen beträchtlichen Niedergang der deutschen Landwirtschaft zu verzeichnen haben, der hauptsächlich durch die ungünstigen Preisverhältnisse herbeigeführt worden ist, zu einem nicht geringen Teil allerdings auch auf der gerade zu unerhörten

Steigerungen der öffentlichen Lasten

beruht. Der letzte rote Pfennig, sofern von einem solchen heutzutage überhaupt schon wieder gesprochen werden kann, wandert auf Grund der ungeheuren steuerlichen Belastung in die Kassen der Finanzämter — zum Nachteil der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung — zum Schaden der heimischen Produzenten! Wer das noch nicht erkannt hat, der lasse sich durch die folgende Mitteilung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft belehren, wonach der Düngerverbrauch der deutschen Landwirtschaft wegen Gedmangels in diesem Jahre gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres für Stickstoff um 40 Proz., für Kali um 30 Proz. und für Phosphorsäure gar um 65 Proz. zurückgeblieben ist. Dieser beträchtliche Rückgang des Verbrauchs an Kunstdünger wird naturgemäß die landwirtschaftliche Erzeugung äußerst nachteilig beeinflussen. Auf diese Weise aber ist die Ernährung des deutschen Volkes aus den Fesseln der

ausländischen Abhängigkeit nicht herauszubringen.

Im übrigen beweist dieser Düngerverbrauchsrückgang, wie sehr das Wohlergehen der deutschen Industrie vom Wohlergehen der heimischen Landwirtschaft abhängig ist. Und heute, da die Ausfuhrmöglichkeiten unserer Industrie nicht besonders aussichtsreich sind, ist sie mehr denn je auf eine kaufkräftige deutsche Landwirtschaft angewiesen. **So liegt es im ureigensten Interesse der Industrie, durch die Anpassung ihrer Preise an die der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Landwirtschaft die Anschaffung ihrer notwendigen Betriebsmittel zu ermöglichen und dadurch eine Belebung der deutschen Volkswirtschaft herbeizuführen, die allen Schichten des deutschen Volkes zum Segen gereichen wird.**

H. A. M.

Zur Frage der Entlassung Schwerbeschädigter.

Die vorsorgliche Kündigung schwerbeschädigter Angestellter zu Ende März d. J. auf Grund des Erlasses vom 21. Dezember 1923 war erfolgt, weil der Personalbedarf im Versorgungswesen vom 1. April 1924 ab im großen und ganzen durch vorhandene Kräfte gedeckt werden kann, für Angestellte ist dann ob höchstens noch im Kanzleidienst, vereinzelt vielleicht auch im Fernsprech- oder Registraturdienst Verwendungsmöglichkeit besteht. Es ließ sich daher schon Ende Dezember 1923 übersehen, daß eine allgemeine Kündigung aller Angestellten zu Ende März d. Js. erfolgen müßte. Denn selbst wenn die Verwendung einzelner für die bezeichneten Dienstzweige in Frage kam, war infolge Zuweisung einer anderen, niedriger zu bewertenden Tätigkeit mit einer Umgruppierung vom 1. April d. Js. zu rechnen, welche die ordnungsmäßige Kündigung des bisherigen Dienstvertrages zur Voraussetzung hatte. Angesichts der Bestimmung des § 15 des Schwerbeschädigtengesetzes und der Haltung einiger Hauptfürsorgestellen bei Rückgruppierung von Schwerbeschädigten mußte die Aufkündigung des Dienstvertrages vorsorglich bereits Anfang Januar 1924 erfolgen. Diese vorsorgliche Kündigung entband die Versorgungsbehörden aber keineswegs von der Verpflichtung, für die Weiterbeschäftigung der Schwerbeschädigten oder ihre anderweitige Unterbringung in weitestgehendem Maße besorgt zu sein, soweit Entlassungen aus dienstlichen Gründen nicht zu umgehen waren. Da die Vorschriften des Schwerbeschädigtengesetzes und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen über die Beschäftigung eines bestimmten Hundertsatzes von Schwerbeschädigten noch in Geltung sind, könnte eine Entlassung von Schwerbeschädigten an sich kaum in Frage kommen, als sie früher über die gesetzlichen Verpflichtungen hin aus von den Behörden eingestellt worden sind. Aber auch bezüglich dieser mehreingestellten Schwerbeschädigten ist den Versorgungsbehörden weitgehendes Entgegenkommen zur Pflicht gemacht worden, und zwar in einem Erlaß des Arbeitsministers vom 2. Februar 1924. Wenn also auch der Personalabbau an den Schwerbeschädigten nicht ganz vorübergehen kann, so kann man doch von dem Arbeitsministerium erwarten, daß es alles tut, um die Durchführung für die Schwerbeschädigten so schonend wie möglich zu gestalten.

Die Frau als Werberin.

Eine günstige Gelegenheit im Schaltjahr.

In manchen Ländern herrscht die Sitte, daß die Frauen im Schaltjahr das Recht haben, dem Erwählten ihres Herzens einen Antrag zu machen.

Man führt dieses Privileg auf eine uralte Legende zurück, die von einem Heiligen und einer heiligen Frau erzählt, die beide in Frömmigkeit und Einsamkeit in der ägyptischen Wüste lebten. Die heilige Frau scheint aber noch nicht so völlig alle weltlichen Wünsche abgelegt zu haben, daß sie nicht den heiligen Mann gern geheiratet hätte, und dieser soll in einer schwachen Stunde ihr versprochen haben, ihrem Antrag Folge zu geben, wenn das Jahr um einen Tag länger würde.

Durch die Aenderungen des Kalenders, bei denen der Schalttag eingeführt wurde, trat unvermutet dieses Wunder ein, und die fromme Frau machte von diesem göttlichen Geschenk Gebrauch, wie versprochen ihre Werbung, und der „Wüstenvater" sah sich wohl oder übel gezwungen, sie zu erhören. Sie lebten dann noch fromm und gottesfürchtig viele Jahre als ein Paar.

Von dieser ebenso schönen wie unwahrscheinlichen Legende soll der Brauch herschreiben, daß die Frauen im Schaltjahr aus der ihnen auferlegten Zurückhaltung herausstreten und den Männern ihre Wünsche offenbaren dürfen. Das Schaltjahr 1924 bietet also eine besonders günstige Gelegenheit, die die Denkenwelt nicht ungenutzt lassen sollte.

Ueber die Frage, ob es nicht überhaupt besser wäre, wenn die Frauen allgemein als Werberinnen auftreten würden, plaudert die englische Dichterin Marjorie Bowen, und sie ist durchaus geneigt, dem „schwächeren Geschlecht" dieses Recht einzuräumen. „Man weiß ja", schreibt sie, „daß die Frauen einen viel besseren Instinkt haben, den Richtigen zu wählen als die Männer. Die Frau läßt sich viel weniger durch äußerliche Umstände bestimmen; sie geht energisch auf ihr Ziel los, auch nicht selten ist es nur die leidige Sitte, die es ihr verwehrt, sich selbst und den Mann ihrer Wahl glücklich zu machen. Der Mann aber weiß meistens nicht den richtigen Augenblick zu wählen; er bleibt sich beim Antrag furchtbar ungeschickt, und da das Mädchen bei dieser Szene oft der überlegene Teil ist, könnte sie auch ruhig die Initiative ergreifen. Es wäre deshalb gar nicht so übel, wenn das Recht des Antrags dem weiblichen Geschlecht nicht nur fürs Schaltjahr, sondern überhaupt zugestanden würde. Doch — wenn sie eine richtige Frau ist, hat sie gar nicht nötig, als Werberin aufzutreten, sondern wird den Mann schon dazu bringen, das entscheidende Wort zu sprechen — wer weiß, ob sie nicht auch in anderen Jahren ihr Schaltjahr geltend macht?"

Aus der ersten Deutschen Frauenzeitschrift.

Es sind jetzt 200 Jahre her, seit die erste deutsche Frauenzeitschrift ins Leben trat, und zwar war es der damalige Leipziger Privatdozent Johann Christoph Gottsched, der im Jahre 1724 nach Leipzig kam und sofort daran ging, der Damenwelt eine jener moralischen Wochenschriften zu schenken, wie sie damals eben in England in Mode gekommen waren. Das Blatt führte den Titel „Die vernünftigen Tadlerinnen".

Aus seinem kulturgeschichtlich interessanten Inhalt teilt der Leipziger Literaturhistoriker Georg Witkowski allerlei mit in einem Aufsatz seines Essay-Bandes Miniaturen, die den Titel „Die Urahne der Frauenzeitschriften" führt.

Die erste Nummer entwirft in der Erzählung einer erdichteten Entstehungsgeschichte zugleich ein Programm. Callisto besucht ihre Freundin Phyllis und findet sie beim Lesen einer moralischen Wochenschrift. Das bringt sie nun beide auf den Gedanken, nach dem Beispiel der Mannespersonen auch ein Wochenblatt für das weibliche Geschlecht zu verfertigen, und zwar sollen dem Frauenzimmer seine Schwachheiten und Fehler vorgehalten werden. Die Autoren dieses Werkes bringen dann die Aufführung. Neben den männlichen Typen der Ausländsnarren, der Neuigkeitsjäger, der Gecken und Stutzer erscheinen die Frauen in allen möglichen wenig schmeichelhaften Schilderungen: die Abergläubischen, die Trunksüchtigen, die Koketten, die Spielerinnen, die Modenärrinnen und Klatschbasen, die Putzteufel und Schmutzfinken, die Eifersüchtigen und Klatschbasen usw.

Mag uns auch manches an diesen Charakterisiken übertrieben erscheinen, so stimmt es doch mit den damaligen Zuständen ziemlich überein. Das gleiche gilt von den Gesellschaftsszenen, wenn das allgemeine Schnippen der Damen in dem Bilde der Jungfer Frechfirmin dargestellt wird, die in der Kirche während der Predigt wohl zehmal die Tabatsdose zieht und sie den um sie stehenden Herren anbietet. Oder Callisto erzählt: Ich befand mich an einem großen Festtage in einer Zusammenkunft naher Freunde und Verwandter, wo sich auch einige junge Herren eingefunden hatten. Man trank Kaffee und diese Zermonienmeister meinten, eine gute Gelegenheit gefunden zu haben, sich bei mir einzuschmeicheln. Ein jeder zapfte ein Schälchen voll, füllte es mit Zucker bis oben an und eilte, es mir zu überreichen. Sie wurden alle zugleich fertig, doch weil keiner die Ehre der Geschwindigkeit einem anderen überlassen wollte, so kamen sie mit einem solchen Ungestüm auf mich zugelaufen, daß sie einander anstießen und mir drei volle Tassen auf mein neues Kleid schütteten welches ich eben zum ersten Male angezogen hatte."

Aber nicht nur das Gesellschaftsleben wird kritisiert, sondern die „Tadlerinnen" wollen ihre Geschlechtsgenossinnen zu einer höheren Auffassung des Lebens erziehen. Damit die Frauen allmählich lernen, ihren Beruf als Gattin und Mutter besser auszufüllen, soll die heranwachsende weibliche Jugend eine sorgfältigere Erziehung erhalten. Deshalb werden in dieser ersten deutschen Frauenzeitschrift Tugendlehre gegeben, wie man bereits die kleinen Mädchen in echt weiblicher Weise erziehen und ausbilden soll. Eine „Frauenzimmer-Bibliothek" wird zusammengestellt, um die grenzenlose Unwissenheit der Frauenwelt zu bekämpfen und ihnen statt der schlechten Romane, die sie lesen, gute Bücher zu empfehlen. Sogar an den Universitätsbesuch der Frauen denkt Gottsched bereits. Auch das Lieblingsgebiet seiner Reformen, das Theater, wird behandelt und das schlechte Benehmen der Zuschauer, besonders der Studenten, gegeißelt. Wie notwendig diese Kritik des Theaterpublikums war, erhellt aus der Tatsache, daß der Leipziger Rat 1726 ein Mandat dagegen erlassen mußte, daß die Studenten in Schlafröcken mit ihren Tabatspfeifen ins Theater kamen. Ueber diese „Verkürzung ihrer Rechte" war die akademische Jugend so außer sich, daß sie durch einen allgemeinen Aufstand die Zurücknahme des Verbots erzwingen wollte.

Die erste deutsche Frauenzeitschrift, die diesen Namen wirklich verdient, hatte einen sehr großen Erfolg. Die „Vernünftigen Tadlerinnen" erschienen in einer für die damalige Zeit gewaltigen Auflage von 2000 Exemplaren, und bei vielen Nummern mußte noch eine zweite Auflage hergestellt werden. Als Gottsched nach zwei Jahrgängen die Zeitschrift eingehen ließ, hörte ihre Wirkung keineswegs auf, sondern es kamen zahlreiche Nachahmungen heraus, und es war unumstrittene Sache, daß gebrochen für eine eingehendere Berücksichtigung der Frauenwelt im Zeitschriftenwesen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240312-19/fragment/page=0006

Der Wahlaufruf des Deutschen Blocks in Bayern.

Für die bayerischen Landtagswahlen hat sich, wie man weiß, ein „Deutscher Block in Bayern" gebildet. Er verbreitet jetzt einen eindrucksvollen und inhaltsreichen Wahlaufruf, der glücklich alle leeren Schlagwörter vermeidet. Es heißt darin u. a.:

„Wir rufen auf zum Zusammentritt aller wahrhaft vaterländisch und freiheitlich gesinnten Volksgenossen, zur Vereinigung aller denkenden bayerischen Bürger in einem Deutschen Block in Bayern. Wir wollen heraus aus dem Sumpf der Liebedienerei, in der sich Lüge, Volksverrat und Volksverhetzung, durch großsprecherische Abenteurerpolitik, durch lässige und verfehlte Handhabung der Staatsgewalt hineingeraten sind. Politik und Staatsführung müssen wieder getragen sein vom strengsten Verantwortlichkeitsgefühl und klarem Pflichtbewußtsein gegenüber dem Staat und der Volksgemeinschaft. Nieder mit der selbstmörderischen inneren Zerklüftung! Nieder mit jeder Art von gewaltsamer Umstürzerei, sowie sie von links oder rechts! Innere Erschütterungen hemmen den nationalen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg und verlängern die deutsche Leidenszeit. Wir fordern Achtung vor Gesetz, Recht und Verfassung. Wir warnen vor überstürzten Verfassungsumwälzungen, die in der heutigen Lage nur zu schwersten Volkszerrüttungen führen können und dadurch dem Todfeinde übern Rhein in die Hände arbeiten. **Wir kämpfen für die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes unter voller Berücksichtigung der besonderen staatlichen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten unseres bayerischen Heimatlandes.** Unerläßliche Vorbedingung für die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft ist die endgültige Sicherung einer vertrauenswürdigen Goldwährung und die Wiederverteilung von Treu und Glauben im Erwerbsleben. Wir verlangen Vereinfachung und Gliederung des Steuerwesens, eine klare Teilung der Steuerquellen zwischen Reich und Land, wir wollen **einen gerechten wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, ein zeitgemäßes Arbeitsrecht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Klassenkampf und Klassenjustiz lehnen wir aufs schärfste ab. Wir sind für deutsche Geistesfreiheit und religiöse Duldsamkeit, gegen konfessionellen Zank und Mißbrauch der Religion zu politischen Machtzwecken.** Für körperliche Ertüchtigung und volkstümliche Pflege der Wehrkraft. Die Verfügung über Waffen und Waffengewalt kann und darf allein den verfassungsmäßigen Gewalten in Reich und Land zustehen. Auf die deutsche Zwietracht lauert der Franzose. Heißt seinen Plan zuschanden machen! Nur einem kraftvoll geeinigten Volke kann es gelingen, die deutsche Würde zu wahren und den Tag der Befreiung von der Fremdherrschaft vorzubereiten, zu einer Revision des Versailler Zwangsvertrages zu gelangen, die Schuld- und Greuellüge erfolgreich zu bekämpfen, unseren gefnechteten Brüdern in der Pfalz und in den besetzten Gebieten beizustehen und Rhein und Ruhr für Deutschland zu retten. Die Stellung Deutschlands in der Welt wieder zu gewinnen, kurzum, den Weg zu bereiten **für ein künftiges wiedererstarktes Großdeutschland.** Wir stehen den deutschen Beruf Bayerns darin, daß es bei aller Wahrung seiner staatlichen und stammlichen Eigenart sich stets diesem großen Ziele einordnet. Hell klinge unser Losungswort: **„Die Bayern im Reich!"**

Vertretertagung des Deutschen Bauernbundes.

Der Deutsche Bauernbund hat am 27. und 28. Februar in Berlin seine diesjährige Vertretertagung abgehalten, die aus allen Teilen des Reiches stark besucht war. Als Gäste nahmen u. a. Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei (Abg. Kniest und Dr. Schreiber), des Bayerischen Bauernbundes teil. Der Vorsitzende, (der demokratische Abg. Bachhofer de Wente), leitete die Sitzung mit einer überaus beifällig aufgenommenen Ansprache ein, in der er nach einer Übersicht über die politische Lage vor dem Gedanken warnte, eine besondere Landwirtschaftspartei aufzustellen. Wenn die Landwirtschaft etwas erreichen wolle, dann sei das nur dadurch möglich, daß sie innerhalb der politischen Parteien mit zu einem entscheidenden Faktor werde. Er dürfe auch betonen, daß die Demokraten sowohl im Landtag wie auch im Reichstag für alle Lebensfragen des deutschen Bauernstandes stets eingetreten sind. — Der Deutsche Bauernbund nahm im Verlauf der Tagung einstimmig folgende Entschließungen an:

1. Die Vertretertagung des Deutschen Bauernbundes billigt die Bemühungen der Geschäftsleitung für steuerliche Entlastung des landwirtschaftlichen Mittel- und Kleinbesitzes. Sie erwartet von den Mitgliedern des Deutschen Bauernbundes, daß sie im kommenden Wahlkampf nur für solche Kandidaten eintreten, und ihre Stimme geben werden, die für restlose Durchführung des Grundsatzes: **„Gleiche Steuer von gleicher Tatkraft bei gleicher Verkehrslage"** sich einsetzen. Irgendwelche Zuschläge für erhöhte Arbeitskräfte sind dabei abzulehnen, dagegen sind die Steuern progressiv mit wachsender Größe zu gestalten. Die landwirtschaftliche Buchführung muß unberücksichtigt bleiben, wenn sie allgemein zu einer Minderbesteuerung des Großgrundbesitzes im Verhältnis zum kleineren Besitz führt. Die Buchführung kann im Einzelfall als Beweismaterial für Mißernten, Viehseuchen, Unglücksfälle gewertet werden, es sind dann aber stets, z. B. wenn Mißernte vorliegt, die Folgerungen aus dem Einzelfall für die Gesamtheit der Betriebe aller Größenklassen der betreffenden Gegend zu ziehen.

2. Die Vertretertagung begrüßt mit Genugtuung die erfolgreiche praktische Arbeit ihrer Abgeordneten im Reichstage zugunsten der vertriebenen deutschen Landwirte. Sie erwartet, daß auch in Zukunft alles getan wird, um diese besondere Aufgabe zu lösen und die Siedlung als Ganzes allen Widerständen zum Trotz vorwärts zu bringen. Sie begrüßt es, daß es gelungen ist, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes beabsichtigte Pachtschutzordnung, die eine wesentliche Verschlechterung der Lage des kleinen Pächters bedeutet hätte, im Ausschuß zu Fall zu bringen und eine Umarbeitung und Beseitigung der bedenklichsten Bestimmungen herbeizuführen. Im Wahlkampfe ist eine betriebsgemäße öffentliche Erklärung der Kandidaten zum Pachtschutz rechtzeitig herbeizuführen. — Aus den Verhandlungen sei noch hervorgehoben, daß Abg. Dr. Böhme den Geschäftsbericht erstattete und eingehend die steuerliche Belastung der Landwirtschaft, sowie die Siedlungs- und Pachtfrage besprach. Er wies dabei besonders auch auf die Tätigkeit des Deutschen Bauernbundes hin, die dieser zugunsten der vertriebenen Ansiedler aus Posen und Westpreußen in den Parlamenten entfaltet habe. Der 2. Verhandlungstag brachte ein Referat über die preußische Politik und des Generalsekretärs Meyer-Würzburg über Bayern und das Reich. Seine Darlegungen klangen aus in einem starken, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen

Treu-Bekenntnis zum Reiche.

Die Unsicherheit auf den Regiebahnen.

Die demokratischen Abgg. Korell, Koch-Weser und Genossen haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: „Nachdem anfangs dieser Woche ein Eisenbahnunglück im Kreise Mainz einige Menschenleben gefordert hat, ist es Zeit, erneut die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland und im Auslande auf die Zustände bei der Regie im besetzten Gebiete zu lenken. Die rheinische Bevölkerung, die während des passiven Widerstandes von jeglichem Verkehr abgeschnitten war, ist auf das Tiefste beunruhigt durch die häufigen Unglücksfälle. Der Transport von Gütern ist durch die Ablehnung der Haftung für Verlust sehr erschwert. Das deutsche Material an Wagen und Lokomotiven wird in verantwortungsloser Weise heruntergewirtschaftet; die Sauberkeit läßt alles zu wünschen übrig. Während viele Tausende tüchtiger deutscher Eisenbahner vergeblich sich um ihre Rückversetzung bemühen, leidet im besetzten Gebiet die Sicherheit des Lebens und des Eigentums unter noch Zahl und Ausbildung mangelhaftem fremdem Personal. Ist die Reichsregierung in der Lage, Auskunft über die Zustände bei der Regiebahn, insbesondere über die zahlreichen Unglücksfälle zu geben? Wird sie bei Verhandlungen über die Gutachten der Sachverständigen ihre Aufmerksamkeit auf diese skandalösen Zustände der Regie lenken und Zurückführung der deutschen Eisenbahner zwecks Übernahme der Bahnen im deutschen Betrieb fordern?"

Die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen.

Von Dr. Gottfried Fittbogen.

(4. Fortsetzung).

Banater Schwaben.

Die Schwaben des Banats, der Landschaft zwischen Donau, Theiß und Marosch, sind der am kräftigsten entwickelte Teil der Donauschwaben; sie sind zum größeren Teil (268 229) an Rumänien gefallen.

Die Donau-Schwaben sind als ländliche Ansiedler ins Land gekommen und sind in ihrer großen Masse bis auf den heutigen Tag Bauern geblieben. Als das Banat 1718 den Türken abgenommen war, setzten die Habsburger hier und in den benachbarten Teilen Südungarns eine Kolonisation großen Stils ins Werk. Als die tüchtigsten Ansiedler bewährten sich die deutschen Kolonisten, die meist aus dem Süden und Südwesten Deutschlands kamen und in ihrer neuen Heimat als „Schwaben" bezeichnet wurden. Sie haben sich mit einstiger Energie auf die landwirtschaftliche Arbeit geworfen, dabei an Volkszahl wie an Besitz bedeutend zugenommen und das Banat zur Kornkammer Südungarns gemacht. Aber anderes kam darüber zu kurz, nämlich die Entwicklung eines volksbewußten Bürgertums und einer führenden Intelligenz. Das wurde für die Schwaben seit 1867 (d. h. nach der Einverleibung des Banats in Ungarn) verhängnisvoll. Sie ließen sich, ohne die Konsequenzen zu übersehen, die deutschen Schulen nehmen und durch magyarische ersetzen. Ihre „Intelligenz" wurde mehr und mehr magyarisiert.

Ein Umschwung trat erst ein, als die Schwaben nach dem Zusammenbruch Ungarns außerhalb des ungarischen Staatsbürger zu sein. Da verlor der ungarische Staatsgedanke seine Kraft über sie: sie entdeckten sich als Deutsche und begannen, wie es die anderen Nationen im Banat machten, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Zuerst wurden sie darin sogar von den Rumänen begünstigt, denen es darauf ankommen mußte, die enge Verbindung zwischen Magyaren und Schwaben zu lösen. Später wurde die Haltung der rumänischen Regierung weniger freundlich. Doch ist es immerhin gelungen, als kulturelle Grundlage deutschen Lebens viele magyarische Schulen in deutsche Schulen umzuwandeln und eine deutsche Lehrerbildungsanstalt (in Temesvar) zu gründen. Außerdem hat die kulturelle (Deutsch-schwäbische Kulturverein) und nationale Organisation der Schwaben begonnen.

Bukowina.

In die Bukowina (68 075 Deutsche) sind Deutsche erst eingewandert, nachdem das Land 1774 von der türkischen in die österreichische Herrschaft überging. Sie kamen teils als Handwerker und Gewerbetreibende in die Städte, teils als Ansiedler aufs Land. Lange Zeit bestand hier ein friedliches Verhältnis zwischen den Nationalitäten des Landes (der Zahlenstärke nach: Ruthenen, Rumänen, Juden, Deutsche). Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde es nötig, daß sich die Deutschen organisierten (im Verein der christlichen Deutschen).

Der Uebergang an Rumänien hat ihnen schwere Verluste gebracht: der Zusammenhang mit Wien hörte auf, die Universität Czernowitz wurde romanisiert, auch ihre deutschen Schulen gingen zum Teil ein. Auf der anderen Seite gewannen sie den Anschluß an die anderen deutschen Gruppen in Großrumänien.

Bessarabien.

Die deutschen Ansiedlungen in Bessarabien (79 000) sind ein Zweig der Ansiedlungen, die seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts in Neu- oder Südrußland entstanden. Bessarabien fielt war 1814 an Rußland gefallen. Die Ansiedlungen in Bessarabien teilten die Schicksale der übrigen deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet: die günstige wirtschaftliche Entwicklung, in den letzten Jahrzehnten aber auch die von oben betriebene Russifizierung. Aus den Nöten des Krieges und der Revolution sind sie nach Rumänien in immerhin geordnetere Verhältnisse gekommen. Doch ist die Stellung ihrer deutschen Schulen noch ungeklärt.

Neuerdings bedroht die rumänische Regierung die deutsche Schule in sämtlichen deutschen Siedlungsgebieten durch Romanisierungsmaßnahmen.

III. Osteuropa.

1. Polen.

Das Deutschtum im Gebiet der heutigen Republik Polen ist gerade in den Provinzen — Posen, Pommerellen, Polnisch-Oberschlesien — seit vielen Jahrhunderten ansässig. So begann die deutsche Siedlung in Schlesien im 11., die im Posenschen im 13. Jahrhundert. Das Deutschtum in Galizien und den ehemals russischen Gebietsteilen geht auf spätere Einwanderungen in der zweiten Hälfte des 18. und im Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Von früheren deutschen Siedlungen zeugt aber auch hier noch die Architektur der alten Städte wie in Krakau und Warschau.

Wojewodschaft Schlesien.

Die polnische Verwaltung hat die an Polen gefallenen Teile des deutschen Oberschlesien und des österreichischen Oberschlesien zu einer Wojewodschaft vereinigt. Dem Deutschtum beider Gebietsteile ist gemeinsam, daß es überwiegend in den Städten seinen Sitz hat: auch der Großgrundbesitz ist vor allem im ehmaligen deutschen Oberschlesien überwiegend deutsch. Die an der schlesisch-galizischen Grenze liegende deutsche Sprachinsel Bielsko ist entstanden von einem Kranz bäuerlicher Siedelungen umgeben. Die Minderheitenrechte der Deutschen Polnisch-Oberschlesiens sind in dem deutsch-polnischen Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 festgelegt, werden aber von der polnischen Regierung, besonders in der Frage der Minderheitsschulen, nicht immer respektiert.

Galizien.

In Galizien, dessen östlicher Teil überwiegend von ukrainischer Bevölkerung bewohnt ist, hat sich größtenteils in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine bäuerliche deutsche Kolonisation entwickelt, deren Mittelpunkt in Ostgalizien Lemberg und Stanislau bilden. Lemberg besitzt noch ein zahlenmäßig nicht unbedeutendes bürgerliches Element. Die Zahl der Deutschen in Galizien betrug vor dem Kriege etwa 100 000 Seelen (davon 60 000 Kolonisten).

Polnisch-Wolhynien.

Die Einwanderung deutscher Kolonisten nach Wolhynien, das damals ganz zu Rußland gehörte, begann zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Ein großer Teil der Einwanderer kam aus den deutschen Ansiedlungen in Kongreßpolen. Mittelpunkt des Kolonisationsgebiets ist Rovno. Nach dem Weltkrieg fiel der größere Teil Wolhyniens — trotz seiner überwiegend ukrainischen Bevölkerung — an Polen, damit auch der größere Teil der deutschen Kolonien.

Kongreßpolen.

Im Nordwesten Kongreßpolens, an der Weichsel und in der Gegend von Lipno, finden sich größere bäuerliche deutsche Siedlungen aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts, kleinere im Westen bei Kalisch, im Südosten bei Cholm. Außerdem verdankt die größte Industriestadt Polens, Lodz, ihr Emporkommen und ihre Blüte deutscher Einwanderung. Zugewanderte deutsche Webermeister, meist aus Sachsen, legten im Anfang des vorigen Jahrhunderts den Grund zu der Industrieentwicklung dieser Stadt, und noch heute spielt im ganzen Lodzer Industrieleben das Deutschtum eine bemerkenswerte Rolle. Das Deutschtum Kongreßpolens zählt über eine halbe Million Seelen.

Das gesamte Deutschtum in der Republik Polen ist zusammengefaßt in den Verein „Deutschtum und zur Wahrung der Minderheitenrechte" mit dem Sitz in Lodz. Die Versuche Polens, das Deutschtum vor allen Dingen in den polnischen Westgebieten auszurotten, haben die Lage dieser Organisation sehr schwierig gestaltet. Dazu kommt, daß das Deutschtum in den einzelnen Gegenden Polens auf eine verschiedene geschichtliche Entwicklung zurückblickt, daher in manchem Punkte erst Fühlung miteinander gewinnen muß. Der polnische Druck hat sicher dazu beigetragen, die Einigung des Deutschtums in Posen zu beschleunigen. Heute ist das gesamte Deutschtum Polens entschlossen, bei loyaler Pflichterfüllung gegenüber dem polnischen Staat seine Stellung und seine Rechte in Schule, Kirche und Sprache zu behaupten.

2. Lettland und Estland.

Die Balten sind die älteste der deutschen Gruppen in Osteuropa.

Als einzige aller deutschen Gruppen, die sich vom Gesamtvolke trennten, haben sie ein eigenes Staatswesen gegründet und ebenso als einzige aller deutschen Gruppen die Herrschaft über eine fremde Bevölkerung angetreten. So sind sie von Anfang an nicht ein voller deutscher Volksstamm, sondern nur eine Herrenschicht: auf dem Lande der Adel, in den Städten der Bürger, mit ihnen im Bunde der Bauern. Sie sind das merkwürdige Beispiel einer herrschenden Minorität.

Im Mittelalter herrschten sie unangefochten über Letten und Esten und brachten das Land zu hoher Blüte, von der die öffentlichen Bauten in den Städten ebenso wie die Burgen und Kirchen auf dem Lande noch heute Zeugnis ablegen. Später, nach dem Niedergang des Deutschen Ordens und dem Uebertritt zur Reformation, wird das Baltikum der Zankapfel für die benachbarten Mächte: Schweden, Polen, Rußland strecken die Hände danach aus, und schließlich kommen alle Teile des Landes wieder unter eine Herrschaft, die Rußlands (1795). Aber auch nach dem Verlust der politischen Selbständigkeit ändert sich an dem sozialen Aufbau des Landes kaum etwas. Die Deutschen behalten nicht nur die kulturelle und wirtschaftliche Ueberlegenheit, auch die Verwaltung des Landes bleibt im wesentlichen in ihren Händen, auf dem Land in der Hand der „Ritterschaft", in den Städten in der Hand des Rates und der Gilden. Die russische Regierung hatte Einsicht genug, dem hochbaltischen Lande seinen deutschen Charakter zu lassen.

Die Zurückdrängung des deutschen Elements beginnt erst im 19. Jahrhundert. Die von der deutschen Verwaltung begonnene Emanzipation der Letten und Esten (durch Errichtung von Volksschulen in der Landessprache auf der einen, durch die Bauernbefreiung auf der anderen Seite) führte einen Aufstieg des lettischen und estnischen Volkstums herbei. Außerdem aber begann die russische Regierung, infolge des Erstarkens des Panslawismus, eine der Stellung der Deutschen in den baltischen Provinzen feindliche Politik. Sie betrieb die Russifizierung — deutschen Schulen und sie hetzte die Letten und Esten gegen die deutschen Adel. Die Folge war die lettische und estnische Revolution von 1905, welche sich zuerst gegen die Deutschen richtete. Von dieser Katastrophe haben die Deutschen sich zwar überraschend schnell wieder aufgerichtet (die Revolution richtete sich bald auch gegen die russische Regierung und wurde von dieser niedergeschlagen), deutsche Vereine und Schulen ins Leben gerufen; aber ihre Stellung war doch nicht mehr die alte.

Die Aufrichtung der beiden Nationalstaaten Lettland und Estland am Ende des Weltkrieges hat der bisherigen Entfaltung zum Abschluß gebracht. Der Bestand des deutschen Elements ist durch rücksichtslose Bekämpfung gebrochen worden. Der gesamte deutsche Großgrundbesitz ist seinen Besitzern ohne nennenswerte Entschädigung fortgenommen, die Verwaltung der Städte wie die des Staates selbst liegt in den Händen der Letten und Esten, die Kirche ist aller Vorrechte entkleidet worden.

Aber auch unter den neuen Verhältnissen haben die Deutschen den Mut nicht sinken lassen und die Bürde in den Schoß gelegt, sondern sofort das begonnen, was ihnen jetzt zu tun bleibt: die Pflege ihrer eigenen Kultur, d. h. im wesentlichen den Aufbau von Schulen und Kirchen.

In Lettland stehen die Deutschen der Zahl nach an vierter Stelle (1920) Gesamtbevölkerung 1 596 131; davon 1 159 396 Letten, 157 671 Russen, 79 868 Juden, 52 097 Deutsche, also nur noch 3,6 Proz., 52 244 Polen); in Estland an dritter Stelle (1. Januar 1922 Gesamtbevölkerung 1 125 000 davon 80 000 Russen, 27 000 Balten, also 2,4 Proz., 8000 Schweden.)

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Nachbarländer.

Aus unserer Nachbarstadt Halle.

Kommunale Sorgen.

In der Stadtverordnetenversammlung am Montag wurde ein Antrag angenommen, welcher die sofortige Expeditierung des Straßenbahnbetriebes durch Neuerstellung der Linie 3 und Verlängerung der Linie 4 ohne Rücksicht auf die Regelung der Arbeitsfrage ist fordert. Ein Antrag, der in dem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden, betreffend die Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages in den Gemeinden Arbeitgebereinwurf zur Frage der Neuregelung der Arbeitszeit in den Gemeindebetrieben vom 13. Februar 1924) ein Vorgehen unionsialer Art erblickt und vom Magistrat ein entschiedenes Vorgehen von diesen Bestrebungen verlangt, wurde mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Beschlossen wurde ferner die neue Kanalbenutzungs-Gebührenordnung und die Gewährung von Beihilfen zur Herstellung von 63 Wohnhäusern, davon 56 hinter der Artilleriekaserne, in Höhe von 30 Proz. der Gesamtkosten. Der Vorlage des Magistrats betr. Erhebung der Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1924 mit einer Lohnsummensteuer zum bisherigen Satz von 1 Proz. der Lohnsumme und mit einer Ertragssteuer in Höhe von 20 Proz. Zuschlag zum staatlichen Einkommensteuersatz wurde zugestimmt. Auf die Schankgewerbesteuer (Betriebssteuer) soll, weil nicht lohnend, verzichtet werden; an ihre Stelle tritt eine Getränkesteuer. Für das Rechnungsjahr 1924 soll der Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer wie bisher 4 Proz. des Grundstückswertes betragen. Die Grundvermögensteuer nach der alten Ordnung vom Jahre 1923 soll vom 1. April 1924 ab aufgehoben und dafür sollen ab 1. April Zuschläge zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen erhoben werden.

Zwei Papageien gestohlen.

Vor einigen Tagen sind aus dem Zoo zwei Papageien gestohlen worden, und zwar ein blauer Ara, himmelblau mit gelbem Hals, Bauch und Unterschwanz, vom Kopf bis zum Schwanzende 90 Zentimeter, und eine hellgrüne Amazone. Der Ara ist sehr schwer zu beschaffen und befindet sich nur in wenigen Stücken in Deutschland. Der Zoo ist dadurch empfindlich geschädigt worden.

„Wiedereinsatz!"

† Hettstedt. Das hiesige „Tageblatt" berichtet folgende kaum glaubliche Geschichte: Am 5. März 1923 ging auf der Höhe bei Greifenhagen ein Wolkenbruch nieder, dessen Wassermassen sich zum großen Teil in den Habedorn ergossen, der große Überschwemmungsschäden anrichtete. Am meisten mitgenommen wurde das Bischofsche Haus- und Hofgrundstück in der hiesigen Habedornstraße. Aus eigenen Mitteln ist Bischof nicht imstande, den Schaden zu beheben; eine längere Strecke des dortigen Habedornbettes entlang muß als mindestens rechts und links je eine Betonmauer aufgeführt und eine Brücke gebaut werden. Dem Hause droht außerdem bei erneutem Hochwasser Einsturzgefahr. Die Stadt war eifrig bemüht, zu den Kosten Zuschüsse von Staat, Provinz und Kreis zu erlangen, ein Viertel zu tragen ist sie selbst bereit. Auch der Kreis wird sich nicht weigern. Die Verhandlungen darüber wollen nicht zum Abschluß kommen. Der Staat hatte im Etat für 1923 angeblich keine Mittel, die Summe soll in den Etat für 1924 eingesetzt werden. Der Staat hat aber Mittel, daß seine verschiedene Male im Laufe der 10 Monate Ministerialbeamte aus Berlin und Vertreter der Regierung in Merseburg hier waren und die vom Hochwasser angerichteten Schäden besichtigten. Das eine Mal waren 16 — sage und schreibe sechzehn Mann da. Dann machten noch der Oberpräsident und der Regierungspräsident verschiedene Reisen nach hier. Dieser Tage waren nun wieder mal ein Ministerialrat aus Berlin und zwei Regierungsräte aus Merseburg hier und guckten sich den Krom an; jedenfalls wollten sie sehen, ob sich die Heinzelmännchen noch nicht über den Schutthaufen erbarmt hätten. So wird das Geld für kostspielige Besichtigungsreisen vertan, während ein Teil desselben bestimmt genügte, den Schaden auszubessern.

Festnahme einer Massendiebin.

† Weißenfels. Hier wurde eine 40 jährige Frauensperson namens Elsa Muck aus Zwickau festgenommen, die in Merseburg, Weißenfels, Naumburg, Weimar und Erfurt größere Diebstähle verübt hat. Die gestohlenen Sachen hat sie dann in anderen Städten verkauft.

Aus Versehen erschossen.

† Erfurt. Ein beim Landwirt Otto Fleck in Könitz stattgehabtes geselliges Beisammensein einiger Stadtbrüder wurde durch öfteres Feuerschlossen gestört. Fleck begab sich deshalb in die Oberstube, um den Störenfrieden zuzusprechen. In gereizter Stimmung nahm er auch ein Gewehr mit. Da kam der 35 jährige Zimermeister Willy Brückner ahnungslos in den Hof. Gleich darauf krachte ein Schuß, und Brückner stürzte tot zu Boden. Ein Bruder des Erschossenen befand sich in der Fleckschen Wohnung.

Tödliche Gasvergiftung. — Überfahren.

† Leipzig. Am Montag vormittags wurde ein 64 jähriger Oberlehrer in seiner Wohnung in der Nonnenstraße in Leipzig-Plagwitz tot aufgefunden. Die polizeilichen Feststellungen ergaben als Todesursache Unglücksfall durch Leuchtgasvergiftung. — Überfahren wurde am Montag nachmittag gegen 6 Uhr in der Bismarckstraße ein 39 Jahre alter Radfahrer von einem mit zwei Pferden bespannten leeren Sandwagen. Der Verunglückte, der mit dem Krankenwagen weggebracht werden mußte, hatte einen Beinbruch des rechten Schlüsselbeines, mehrere Rippenbrüche, eine Austrenkung des rechten Beines und außerdem schwere Hautabschürfungen erlitten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240312-19/fragment/page=0007

Handels und Börsenteil.

Die Deutsche Golddiskontbank.

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Golddiskontbank hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Unter dem Namen „Deutsche Gold-Diskontbank" wird unter der Führung der Reichsbank mit privatem Kapital eine vom Reiche unabhängige Bank errichtet, welche die Befugnis hat, auf Pfund Sterling lautende Noten zum Gesamtbetrag von 5 Millionen Pfund Sterling auszugeben. Die Deutsche Golddiskontbank hat ihren Sitz in Berlin. Sie hat die Eigenschaft einer Juristischen Person des Privatrechts und unterliegt den für Aktiengesellschaften geltenden gesetzlichen Vorschriften, soweit nicht in diesem Gesetz oder in dem Statut der Bank etwas anderes bestimmt ist. Das Statut wird von den Gründern festgestellt, es wird öffentlich bekannt gemacht. Während der Dauer des Noten-Ausgabebereichs der Deutschen Golddiskontbank darf kein Noten-Ausgabebereich an Banken erteilt werden, welche ein solches Recht zurzeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes nicht besitzen. Die Bestimmung entfällt, sobald die Golddiskontbank in Liquidation tritt.

§ 2. Die Bank ist verpflichtet, für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mindestens 50 Prozent in Gold oder kurzfristigen Devisen, den Rest in diskontierten, auf ausländische Währung erfolgte Zahlungen, Wechseln und Schecks als Deckung zu halten. Die Wechsel dürfen eine Verfallzeit von höchstens drei Monaten haben und es müssen in der Regel drei, mindestens aber zwei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften. Die Schecks müssen die Unterschriften von mindestens zwei als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen.

§ 5. Das Notenprivilog der Bank erlischt mit dem 31. Dezember 1924. Es kann durch Gesetz verlängert werden.

§ 6. Die unmittelbare oder mittelbare Gewährung von Krediten irgendwelcher Art an die Finanzverwaltungen des Reiches, der Länder oder Kommunen sowie die Bürgschaftsübernahme für diese Stellen ist der Bank untersagt.

§ 7. Die Aktionäre haben das Recht auf eine jährliche Dividende von acht Prozent.

§ 10. Die Geschäftsführung der Deutschen Golddiskontbank erfolgt ausschließlich durch die Reichsbank. Sämtliche an der Verwaltung und Geschäftsführung der Bank sowie an der Aufsicht beteiligten Personen sind verpflichtet, über alle Geschäfte Schweigen zu bewahren. Die Vorschriften der Strafprozeßordnung bleiben hierfür unberührt.

§ 11. Die Deutsche Golddiskontbank ist von allen Reichs-, Landes- und Kommunalsteuern befreit. Ihre Geschäfte und Urkunden sind frei von Stempel und Gebühren. Die von der Deutschen Golddiskontbank zu zahlenden Dividenden sind der Kapitalertragsteuer nicht unterworfen.

§ 12. Die Vorschriften der Devisengesetzgebung finden auf die Deutsche Golddiskontbank keine Anwendung. Die Bank ist berechtigt, Depot- und Depositengeschäfte zu betreiben.

§ 13. Die Noten der Deutschen Golddiskontbank gelten nicht als ausländische Zahlungsmittel im Sinne der Devisengesetzgebung und des Kapitalverkehrssteuergesetzes. Die Vorschriften über den Einheitskurs finden Anwendung. Die Reichsregierung wird ermächtigt, diese Bestimmungen für die Noten der Bank außer Anwendung zu setzen.

§ 14. Wegen vor dem 1. März 1924 begangener Zuwiderhandlungen gegen die Kapitalfluchtgesetzgebung findet eine Strafvollstreckung gegen die Zeichner von Aktien der Golddiskontbank insoweit nicht statt, als sie zum Erwerb der Aktien zur Zeichnung Werte verwendet haben, die den Gegenstand solcher Zuwiderhandlungen gebildet hatten oder die vor dem 1. März 1924 gegen solche Werte erworben sind.

*

Auch die Breslauer Messe ein Erfolg.

Die diesjährige Breslauer Frühjahrsmesse, die im Zeichen der stabilen Währung und der Rentenmark steht, ist so stark beschickt, wie noch keine Breslauer Messe zuvor. Bereits der Eröffnungstag der Messe stand im Zeichen eines lebhaften Geschäftsgangs, wenngleich über Verkäufe noch nichts Abschließendes gesagt werden kann. Einiges Stammpublikum wurde allerdings vermißt. Stark ist der Besuch aus Posen. Nach dem Mißerfolg der vorjährigen Kattowitzer (Versuchs-) Messe hat man in Polen scheinbar keine Lust mehr, das Kattowitzer Messeexperiment zu wiederholen und hat daher den Besuch der Breslauer Messe in gewissem Maße begünstigt. Auch die Messe in Posen soll nicht mehr stattfinden, so daß Breslau dann wieder das Monopol als Ostmesse für den Südosten hat. Nicht erschienen sind diesmal die Repräsentanten der russischen Handelsvertretung. Die Zeit der Informationsabgaben auf den Messen scheint für den deutsch-russischen Wirtschaftswechselverkehr vorbei, und dafür der tatsächliche Handel stärker belebt zu sein. Eine Königsberger Firma, die russische Erzeugnisse verkauft, konnte schon am Eröffnungstage der Frühjahrsmesse sehr erhebliche Aufträge buchen.

Es wirkt beruhigend, daß man nicht mehr Abschlüsse in fremden Valuten hört und daß das Lauern auf die Dollarkurse aufgehört hat.

Die Ausländer, die heute die Breslauer Hallen besuchen, kauften nicht mehr willkürlich alles, was ihnen, von welcher Branche auch immer, preiswert erschien, sondern sie interessierten sich nur für solche Waren, die ihre tatsächliche Absatzmaterie darstellen. Was bei einem Rundgang durch die Stände auffiel, waren (im Gegensatz zu früher) die auch ganz billigen Waren. Während der Inflationsperiode waren vielleicht auch, sicher aber nicht in dem Umfange, zur Stelle. Ihr Vorhandensein beweist, daß gewisse Schichten des Volkes doch eben so verarmt sind, daß Bedürfnis nach solchen ganz billigen Sachen besteht.

*

Berliner Devisenmarkt.

Am Berliner Devisenmarkt sind Dienstag in einer Reihe von ausländischen Zahlungsmitteln Kursveränderungen eingetreten, und zwar notierten Auszahlung Holland, Brüssel, Christiania und Kopenhagen um 0,50, Italien und Paris um 0,30 niedriger, Auszahlung Spanien und Stockholm um 0,50, Washington 0,40 höher im amtlichen Mittelkurs. Die Reichsbank konnte die Quoten wie bisher zuteilen, und zwar: Amsterdam 2, Buenos Aires 3, Brüssel-Antwerpen 3, Christiania 3, Kopenhagen 3, Stockholm 3, Helsingfors 3 Italien 3, London 2, Newyork 1, Paris 2, Schweiz 2, Spanien 3, Japan 3, Rio de Janeiro 3, Wien 15 und Prag 2 Proz.

Die Bewegung des französischen Franken zeigte wieder bemerkenswerte Schwankungen, die sich in Arbitragegeschäft London gegen Paris äußerten. Im weiteren Verlauf wurde London gegen Paris mit 118 gefragt. Die Nennungen der Mark aus dem Auslande lassen keine wesentlichen Änderungen erkennen.

Der amtliche Kassakurs für Dollarschatzanweisungen stellte sich auf 874 bezahlt. Goldanleihe 1932 und 1933 lautete unverändert 4,2 Billionen bezahlt.

Berliner Börse vom 11. März 1924.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank

Hapag	33,1	Görlitzer Waggon	6,25
Hansa Dampf.	18,25	Gothaer Waggon	3,8
Nordd. Lloyd	7	Hackethal	3,4
Ver. Elbeschiff.	4,37	Hirsch Kupfer	36,
Commerzbank	5,87	Höchster Farbwerke	14,75
Deutsche Bank	12,—	Ilse Bergbau	27,5
Darmst. u. Nationalb.	10,5	Köln Rottweiler	19,5
Dresdner Bank	9	Nordd. Wolle	47,25
Leipz. Credit (Abea	2,9	Rütgerswerke	16,75
Wiener Bank	0,4	Riebeck Montan	2,—
A. E.-G.	10,75	Rhein.-Westfälisch. Sprengstoff	7,5
Agfa	1,25	Sarotti	2,—
Badische Anilin	18,—	Schwartzkopf Masch.	15,—
Daimler Motoren	4,—	Stöhr Kammgarn	72,—
Deutsche Maschinen	7,25	Tecklenborg Schiff.	16,50
Deutsche Kabel	2,—	Tritonwerte	3,5
Dynamit Nobel	8,5	Wernshausen Kamm.	12,—
Elektra Dresden	1,4	Zwickauer Masch.	2,25
Fahlberg List	6,5		

(Alles in Billionen Prozent.)

Leipziger Börse vom 11. März 1924.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg. Markt 31.

Mansfeld	17,9	Glauzig Zucker	27,9
Hartmann S. Masch	6,5	Stotzn Zucker	49,5
Archner u. Co.	27,9	Chrono Kalenk	2,1
Sondermann u. Stier	1,5	Crössmik Papier	—
Wotan Werke	5,40	Altenburger Landkraft	1,8
Freiberstleiner Gard	10,25	Peter Weimar	1,7
Kammgarn Gautzsch	10,—	Hupfeld	1,7
Textilwerke Clauss	4,5	Kurth Greiz	3,5
Trikotfabr. u. Wirker	11,5	Bdtr. Leipz. (Kalkw.)	5,8
Leipziger Riebeck	11,5	J. C. Richter	3,5
Wurzen A. (Kriesch	2,8	Fritz Schulz jr.	26,—
Merseburg. Markt 31.			
Freiverkehr.			
Chem. Felth	10,20		
Teichkräder	—		
Becker Stahl	9		
do. Kohle	9		
Grade Motoren	2,3		
Ufa	8,5		
Kalk Kriegerhall	10,—		
Diamond Shares	19,5		
dt. Mall u. Hola	0,3		
Berlin-Halberstädter	0,5		
Lindner Auto	0,5		
Stahlwerk Krone	2,—		
Zdtüring. Gas	8,9		
Freiverkehr.			
Altenburg. Glas	19,—		
Bauchwitz Pitcherer	0,78		
Dermatolwerke	—		
Komm. Silberstraß	2,40		
Leutz Piano	1,65		
Polad Gummi	3,—		
Semfonia	0,18		
Zeitz	0,71		

(Alles in Billionen Prozent.)

*

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 12. März.

Weizen, märk. 161—166. Roggen, märk. 129—136. Braugerste 170 bis 185. Futtergerste 150—155. Hafer, märk. 119—121; pomm. 111 bis 120. Weizenmehl, 70 Proz. (W.-B.) 24,50—36,50. Roggenmehl, 70 Proz. (W.-B.) 20,50—22,75. Weizenkleie 10,00—10,20. Roggenkleie 7,60—7,80. Raps (1000 Kilo) 295. Leinsaat (1000 Kilo) 410—415. Erbsen, Viktoria 27,50—29,00. Kleine Speiseerbsen 17—19. Futtererbsen 13,00—14,50. Peluschken 12—13. Ackerbohnen 14—15. Wicken 15—16. Blaue Lupinen 14,00—14,50. Gelbe Lupinen 16,00—16,50. Serradella 14—15. Rapskuchen 11,30. Leinkuchen 22—23. Trockenschnitzel 16—22. Torfmelasse 8,90—9,50. Kartoffelstocken 17,50—17,75.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Leipziger Produktenbörse vom 12. März.

Weizen 160—168, Roggen 142—150, Sommergerste 190—200, Wintergerste 165—175, Hafer 132—143, Mais 210—225, Raps 280—300, Tendenz überall ruhig, bez. B.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Stroh und Heu.

(Nichtamtlich.) Weizen- und Roggenstroh, drahtgepr. 0,75—0,90. Haferstroh, drahtgepr. 0,60—0,70. Gerstenstroh 0,55—0,70. Langstroh je nach Frachtlage. Häcksel 1,05—1,20. Wiesenheu, 1. Sorte 1,40—1,60; do. 2. Sorte 1,00—1,25. Mehltiger Heu, lose —,—. Kleeheu, lose 2,20 bis 2,50, alles per 50 Kilo ab Station.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

MONDAMIN BACKPULVER
das zuverlässige Triebmittel

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 10 — Mittwoch, den 12. März — 1924

1. Nachtrag zur Getränkesteuerordnung.

Der von den städtischen Körperschaften am 19./25. Februar 1924 — V. 6405 23 — beschlossene 1. Nachtrag zur Getränkesteuerordnung ist vom Herrn Regierungspräsidenten am 3. März 1924 — I. F. 1180/24 — genehmigt worden.

Der Nachtrag hängt vom 13. — 26. März 1924 an Amtsstelle im Rathause am Markt öffentlich aus.

Merseburg, den 12 März 1924.

V. 6405 23. Der Magistrat.

Maul- und Klauenseuche

ist amtstierärztlich festgestellt unter dem Viehbestande des Rittergutes Werderer, hier.

Merseburg, den 8. März 1924.

F. I. 6181 23. Die Polizei-Verwaltung.

Die Trockensammlung Karlstraße.

Die Trockensammlung des Deutsch-Evang. Frauenbundes im Hofe Karlstraße 4 ist von jetzt ab wie folgt geöffnet:

Dienstags, vormittags von ¼10—12 Uhr.
Zimmer 1. Annahme von gebrauchter Bekleidung und sonstigen Gebrauchsgegenständen gegen Bezahlung oder unentgeltlich;
Zimmer 2. Verkauf von Wertgegenständen aus Privatbesitz.

Mittwochs, vormittags von ¼10—12 Uhr.
Zimmer 1. Verkauf von gebrauchter Bekleidung und sonstigen Gebrauchsgegenständen;
Zimmer 2. Annahme von Wertgegenständen aus Privatbesitz zum Verkauf.

Druck und Verlag der Firma Th. Röbner in Merseburg.

Haben Sie Schuppen od. Haarausfall?
„Amakos-Radikal" hilft unter Garantie sofort. Unzähl. Dankschreiben. In Apotheken, Drogerien, und einschlägigen Geschäften erhältlich. Bestimmt in der Apotheke Neu-Rössen u. in den Parfümerien Presch, Gaßmann, Kluge, Schneider, Mersebg.

Brennholz-Verkauf

Am Sonnabend, den 15. März, von vorm ½10 Uhr ab sollen im Schlage Burgholz beim Dorfe Dölkau

za. 80 rm eich. rüst. Scheite und 80 Haufen Unterholz

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

Dölkau, den 2. März 1924.

Gräflich von Hohenthal'sches Rentamt

Stellen-Anzeigen
(Angebote oder Gesuche), Pensionsanerbieten und Gesuche usw. für den Personal-Anzeiger des
Daheim
vermittelt zu Originalpreisen prompt die Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent" (Abtlg.: Annoncen-Expedition). Die Anzeigenpreise im Daheim betragen gegenwärtig 60 Pf. für die einspaltige Druckzeile (7 Silben), bei Stellen-Gesuchen nur 40 Pf
Das Daheim ist über ganz Deutschland und angrenzende Teile deutscher Zunge stark verbreitet. Sein weitbekannter, seit 1. Februar wöchentlich erscheinend. Personal-Anzeiger führt Angebot und Nachfrage rasch zusammen.

Sünde!
ist es, durchgebrannte Kochtöpfe, zerbrochene Glas- und Porzellangegenstände fortzuwerfen. Der Einmalkitt „Lieber Heinrich" kittet alles wasser- und feuerfest. Zu haben in allen Drogerien. — Hauptniederlage bei Paul Ehlert Nachflg., Haus- und Küchengeräte.

LUX
SEIFENFLOCKEN
der
Sunlicht Gesellschaft A.-G.
Kein Eingehen der Wolle
Wäscht Seide
und alle zarten Stoffe.

Schuhwaren in reichster Auswahl!
Billig! Billig!
Herren-Arbeitsschnürstiefel von Mk. 8.50 an
„ Rindbox „ von Mk. 9.90 an
Damen-Schnürhalbschuh von Mk. 6.80 an
Damen-Spangenschuh sehr gut, Mk. 6.80
Kinder-Schnürstiefel
23 26 4.00, 27 30 5.90, 31 35 6.50, 36 39 7.50
Lang- und Halbstiefel, Sportstiefel
sowie alle Artikel in Rahmenarbeit zu haben bei
Richard Schmidt jun.
Seitenbeutel 3/5.
Maßarbeit sowie Reparaturen in lauderst. Ausführung.

Der „Merseburger Korrespondent"
ist die in Stadt und Kreis Merseburg meistgelesene Tageszeitung. Darum haben kleine Anzeigen in demselben nachweisbar den besten Erfolg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240312-19/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis vierzehntägig 1.10 Mark, falls bei Abholung frei Haus. Abholekerte wöchentlich 63 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 15 Goldpfennig, bei 8 Seiten 20 Goldpfennig, Sonnabends 25 Goldpfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt Merseburg
mit den wöchentlichen Gratisbeilagen Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage und dem zwanglos erscheinenden Chronist von Merseburg — Am häuslichen Herd

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Schiffsanzeigen und Nachmittagsausgabe 21 Goldpfennig Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 61 — Mittwoch den 12. März 1924 — 50. Jahrg.

Bodenlos und katastrophal.

Bodenlos und katastrophal nannte Herr von Kahr, der am Dienstag in München als Zeuge — zunächst unvereidigt — verhört worden ist, die Gedankengänge Hitlers und seiner Freunde. Er stellte fest, daß er in der Sache im Bürgerbräukeller von vornherein das Bewußtsein der großen Gefahr gehabt habe, die der von Hitler geplante Marsch nach Berlin auch über Bayern gebracht hätte. Man hätte nach Kahr in diesem Falle mit einer militärischen Aktion Frankreichs, mit einem tschechischen und polnischen Vormarsch und der Besetzung wichtiger Handelsstädte rechnen müssen, im übrigen Reich aber mit der Katastrophe eines Bürgerkrieges. Kahr nannte den Vormarsch Hitlers den Anlaß zu einem zweiten Jahr 1866, und so habe er, als Hitler in dem Bürgerbräukeller stürmte, sofort Lossow und Seisser auf die Gefahr aufmerksam gemacht und auch die Anbeutung fallen lassen, daß man jetzt Komödie spielen müsse.

Derselbe Kahr, der die Bodenlosigkeit der Hitlerschen Pläne samt ihrer Katastrophengefahr so gut erkannte, hat aber Jahre hindurch im Bayern die Hitler-Bewegung beschützt; er war der vermittelnde Verbindungsmann zwischen der Hitlergruppe und den althayerischen Verbänden, die etwas anders wollten, er hat die notwendige Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Richtungen immer wieder verhindert und dadurch eine scheinbare Einheitsfront aller Verbände vorgetäuscht, die ihm einen größeren Rückhalt gegenüber Berlin geben sollte. Er wollte diese Macht, die zum Teil nur eine Scheinmacht war, freilich niemals entschieden einsetzen, sondern nur als Druckmittel verwenden; seine letzten eigensten Pläne sind ja auch heute noch nicht aufgedeckt, nicht einmal durch die Bestissenheit, mit der er den ehemaligen bayerischen Kronprinzen immer nur als „Seine Majestät" bezeichnet. Formal drückt sich darin freilich, da Kronprinz Rupprecht niemals die Krone getragen hat, Kahrs Anschauung aus, daß er nach dem Tode des letzten bayerischen Königs dessen Sohn als den König betrachtet; aber auch hier kann er sich auf seine formale Anschauung als Monarchist berufen, weil nach dem Prinzip der Legitimität der Titel Majestät auch dem Sohne eines entthronten Herrschers gebührt

Man wird, wenn nicht Wunder geschehen, über Kahr keine aktenmäßige Klarheit erhalten. Fest steht, daß dieser Mann eine unheilvolle Rolle sowohl durch das gespielt hat, was er tat, wie durch das, was er unterließ. Denn all die Gefahren, die er selbst als mögliche Folgen des Hitler-Putsches hinstellt, hat er selbst mit heraufbeschworen, und der ganze Unsinn, der damals mit Kahrs Namen in Norddeutschland getrieben wurde, die ganzen hirnlosen Direktorialpläne hat er bewußt gefördert. Von der Lösung des Direktoriums spricht er selbst; und wenn er die Vorgänge vom 8. November als eine Komödie bezeichnet, dann gehört er selbst zu den Urhebern dieser Komödie, wenn er auch es im letzten Augenblick vorgezogen hat, die Reihe der Akteure zu verlassen. Er erkennt jetzt, daß die Währungsfrage der Kern aller Probleme gewesen ist; offenbar hat er deshalb so eifrig daran mitgearbeitet, die Kabinette zu unterwühlen, die seit Cunos Sturz darauf aus waren, das Währungsproblem zu lösen!

Diese Dinge sind längst klar gestellt; es ist nur gut, jetzt zu wissen, daß Hitler Herrn von Kahr und Kahr der Hitlerbewegung die ganze Zweideutigkeit und Planlosigkeit bescheinigen, die vielen feinerzeit als der Weisheit letzter Schluß erscheinen wollte. Dabei fallen noch einige interessante Bemerkungen, u. a. die, daß Ludendorff keinen Anhang im Norden gehabt habe, und daß sein Vorgehen die Reichswehr bedroht hätte. Die nationale Armee, an die Ludendorff gedacht habe, sei nach Ansicht Kahrs dazu bestimmt gewesen, wie eine Räuberbande betrachtet zu werden; denn es hätte ihr an Bekleidung, Ausrüstung, Munition und Geld gefehlt. Was Herr von Kahr sich selbst ungefähr vorstellte, war: ein Direktorium für Norddeutschland, unterstützt von der norddeutschen Reichswehr und ein starkes Bayern, das dieses Direktorium gegen Kommunistengefahr hätte unterstützen sollen. Das Direktorium ist bekanntlich nicht zustande gekommen, obwohl es mehr als einen Augenblick in jenen Tagen gab, in dem ein paar entschlossene Leute die Direktoriallösung hätten versuchen können. Auch hier hat es, wie beim Kapp-Putsch, an dem Nötigsten gefehlt, nämlich an den Kenntnissen und dem Bewußtsein, was zu tun sei, wenn man die äußere Macht ergriffen habe. Was nach dem Putsch, nach Erlaß der schon fertig redigierten wohltönenden Proklamation zu geschehen habe . . .

Dr. Schacht vor dem Währungsausschuß.

Paris, 12. März. (T.U.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht verhandelte gestern vormittag über verschiedene noch strittige Fragen, die mit den Statuten der polnischen Goldnotenbank zusammenhängen, nahezu drei Stunden mit dem Währungsausschuß. Ein völliges Einvernehmen scheint noch nicht erzielt worden zu sein, denn Dr. Schacht ist gebeten worden, heute nachmittag noch einmal vor dem Ausschuß zu erscheinen. Der Ausschuß wird heute zusammentreten, um über seine definitive Stellungnahme zu beraten. Der zweite Sachverständigenausschuß wird am Sonntag über die endgültige Fassung des Schlußberichtes beraten. Beide Ausschüsse werden ihre Schlußberichte bis Ende der kommenden Woche der Reparationskommission unterbreiten und ihr gleichzeitig ein Begleitschreiben zustellen.

Die Noten der Schacht'schen Golddiskontbank.

Berlin, 10. März. (T.U.) Über das Verhältnis der von der neuen Golddiskontbank auszugebenden Pfund-Sterling-Note zu den bestehenden deutschen Zahlungsmitteln wird von unterrichteter Seite ausgeführt, daß die Ausgabe der neuen Note nur in dem ganz beschränkten Umfange von 5 Millionen Pfund Sterling vorgesehen ist, während unser derzeitiger gesamter Zahlungsmittelumlauf etwas über 2½ Milliarden beträgt. Diese Note wird in keiner Weise Zahlungsmittel, sondern steht den jetzt in Deutschland vielfach umlaufenden fremden Pfund-Dollar-Gulden-Noten usw. gleich, zu deren Eintausch sie in der Hauptsache Verwendung finden soll. Auch eine Abgabe an die öffentlichen Kassen oder dergleichen kommt infolgedessen nicht in Frage. Deutsches Zahlungsmittel neben der Reichsbank bleibt noch wie vor die Rentenmark, die in ihrer unveränderten Goldpfandbeckung ihre gesicherte Stellung behalten wird mit ihrer 100prozentigen Deckung der ersten Belastung auf der gesamten deutschen Wirtschaft, insbesondere auf den deutschen Grund und Boden als Mitgrat unseres Zahlungsverkehrs. Zur Befestigung dieser Stellung werden die durch die neue Golddiskontbank gesicherten Auslandskredite insofern erheblich beitragen, als sie den zur Verfügung stehenden Vorrat von Devisen ansehnlich erhöhen und die Rentenmark vor einem Verkauf in das Ausland und damit vor der Devisenspekulation bewahren.

Die letzten Tage des Reichstags.

Reichspräsident und Regierung in der Auflösungsfrage einig.

Berlin, 12. März. (T.U.) In der Kabinettssitzung am Dienstag erstattete der Reichskanzler Bericht über die allgemeine politische Lage, die sich aus der Haltung der verschiedenen Parteien im Reichstage ergibt und nunmehr zu übersehen ist. Zwischen dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung besteht, wie als sicher mitgeteilt werden kann, völlige Einigkeit in der Auffassung der Lage, und da die Reichsregierung zur Auflösung des Reichstages gewillt ist, kann als unzweifelhaft angesehen werden, daß der Reichspräsident die Auflösungsverordnung unterzeichnen wird. Die Ereignisse werden sich voraussichtlich in der Weise aufspielen, daß, da an eine Zurückziehung der Anträge auf Abänderung der Notverordnungen nicht zu denken ist, auch ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über diese Anträge nicht erwartet werden kann, der Reichskanzler nach Abschluß der allgemeinen Beratung und vor Eintritt in die Spezialberatung der Anträge die Auflösung erklären wird, deren

Begründung in der Gesamthaltung des Reichstages gegeben sein würde. Bevor sich dieser Ausgang voll ziehen wird, werden jedoch noch die eiligen Gesetze über die Golddiskontbank und das Postfinanzgesetz, sowie der Notetat erledigt werden. Gegen Ende der Woche wird mit dem Abschluß der Tagung des Reichstags gerechnet.

Berlin, 12. März. (WTB.) Der Ältestenrat des Reichstages hat die Dispositionen für den Rest der Tagung so getroffen, daß am Donnerstag oder Freitag die Auflösung des Reichstages erfolgen kann. Ferner ist vorgesehen, aber noch nicht bestimmt, daß die Wahlagitation während der Karwoche ruhen soll.

Berlin, 12. März. (T.U.) Die Deutschnationalen haben im Reichstag den Antrag eingebracht, die nächsten Reichstagswahlen am Freitag den 11. April d. Js. stattfinden zu lassen.

Berlin, 12. März. (WTB.) Als voraussichtlicher Tag der Auflösung des Reichstags wird von den Blättern der Freitag dieser Woche bezeichnet. Nach Annahme des Notetats wird laut „Germania" der Reichskanzler noch einmal den Standpunkt der Regierung zur Frage der Notverordnungen darlegen und zum Ausdruck bringen, daß die Regierung, da eine Übereinstimmung mit den Oppositionsparteien nicht zu erzielen sei, gezwungen sei, an das Volk zu appellieren und den Reichstag aufzulösen. Die Neuwahl des Reichstages dürfte den Wählern zufolge am 4. oder 11. Mai stattfinden. Der 4. Mai dürfte jedoch in erster Linie in Frage kommen, und die preußischen Gemeindewahlen, die auf diesen Tag anberaumt sind, dürften um kurze Zeit hinausgeschoben werden.

Die letzten Tage des Reichstages.

Berlin, 12. März. (T.U.) Am Mittwoch werden das Postfinanzgesetz, das Gesetz über die Ausprägung von Silbermünzen und der deutschnationale Antrag wegen der Wahl des Reichspräsidenten und am Donnerstag das Gesetz über die Golddiskontbank verhandelt werden. Der Sparausschuß des Reichstages, der die Beschwerden der Beamten über den Personalabbau zu prüfen hat, soll als Ausschuß bei der Regierung bestehen bleiben. Über eine Verlängerung der Gültigkeit der Freifahrkarten der Abgeordneten bis zur Neuwahl soll noch mit dem Reichsrat verhandelt werden.

Der Schlußbericht der Sachverständigen.

Paris, 12. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Den Morgenblättern zufolge wird sich der Bericht der Sachverständigen an die Reparationskommission in folgende drei Teile zusammenfassen lassen: 1. Eine Mantelnote, in der der Sachverständigenausschuß an die Umstände erinnert, unter denen er eingesetzt wurde, ferner die Mission darlegt, die er von der Reparationskommission erhielt und dann die geistige Haltung mitteilt, mit der seine Arbeiten ausgeführt wurden; 2. der eigentliche Bericht, der die Ratschläge der Sachverständigen im Anschluß an ihre Untersuchungen enthält. Diese Ratschläge sind in allgemeinen Worten gehalten. Die technischen Einzelheiten sind für den Anhang aufgespart; 3. der Anhang. Dieser wird der umfangreichste und auch der kompakteste Teil des Berichtes sein. Es wird dem „Petit Parisien" zufolge ebenso viele Anhänge geben wie besondere Fragen, die von den Sachverständigen behandelt worden sind, das heißt u. a. einen Anhang über den augenblicklichen Haushalt des Deutschen Reiches, einen Anhang über die Gold-Notenbank, einen über die Eisenbahnen und die internationale Anleihe usw.

Paris, 12. März. (T.U.) Der „New York Herald" glaubt zu wissen, daß der Bericht des Sachverständigenkomitees bereits am kommenden Montag nachmittag der Reparationskommission zugestellt werden wird. Der Bericht selbst sei ein umfangreiches Dokument. Zwischen den Sachverständigen hätten gewisse Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Beanspruchnahme der deutschen Finanzen und der Festsetzung des Reparationsbetrages bestanden, den Deutschland während der ersten drei Jahre des Moratoriums bezahlen soll.

Französischer Anleiheversuch in Amerika.

Neuyork, 12. März. (T.U.) Dem „New York Herald" zufolge war in finanziellen Kreisen gestern die Auffassung verbreitet, daß Frankreich zur Aufbesserung seiner finanziellen Lage eine Anleihe von 50 Millionen Dollar aufzunehmen versuche. Andererseits lehnt die Bank Morgan & Co. es ab, zu den Gerüchten Stellung zu nehmen, wonach sie an der Spitze eines Syndikats zur Aufbringung einer Anleihe für das französische Schatzamt stehe.

Die Krankheit des Franken.

London, 12. März. (WTB.) Der City-Redakteur der Daily News schreibt, der Franken habe gestern günstiger dagestanden, wie verlautete, infolge der Tatsache, daß Maßnahmen zu seinem Schutze in London vereinbart worden seien. Große Kredite seien zwischen der Banque de France und Londoner Bankiers vereinbart worden. — Times schreiben, Kredite seien nicht ein Heilmittel für eine entwertete Währung und die Wiederherstellung der französischen Finanzen werde ein langsamer und schwieriger Prozeß sein.

Eine französische Sparkommission.

Paris, 12. März. (T.U.) Die französische Regierung hat durch einen besonderen Erlaß einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der Maßnahmen zur Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben ermitteln und Sparvorschläge machen soll.

Päpstliche Intervention in Rußland.

London, 12. März. (T.U.) Der Papst hat durch Vermittlung des Staatssekretärs Caspari Ramsay Macdonald ersucht, bei der russischen Regierung zu Gunsten der in Rußland eingekerkerten Mitglieder des katholischen Klerus vorstellig zu werden.

Die Sonderbündler unter veränderter Maske.

Speyer, 12. März. (T.U.) Der bekannte Erwerbslosen- und Separatistenführer Kuns ist von interessierter Seite beauftragt worden, das gescheiterte separatistische Unternehmen in der Pfalz in der Form einer reinen Arbeiterpartei neu aufzugreifen. Das Büro der neuen Partei befindet sich in Speyer. Ein rein vertrauliches Rundschreiben für die Mitglieder, herausgegeben von der „provisorischen Zentralleitung der Rheinischen Arbeiterpartei" gibt Aufschluß über ihre Tätigkeit. Durch dieses Rundschreiben wird die Vermutung bestätigt, daß die neue Partei ein Kampfmittel abgeben soll zur Erreichung ihrer separatistischen Ziele. Den Mitgliedern wird darin Rechtsschutz in politischen Angelegenheiten ohne weiteres versprochen. Die provisorische Zentralleitung setzt sich bezeichnenderweise aus Personen zusammen, die aus den separatistischen Unternehmungen zur Genüge bekannt sind. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß eine derartige Neugründung große Geldmittel verschlingt. Da Kuns selbst erwerbslos ist und auch seine Anhänger von der Erwerbslosenunterstützung leben, kann als feststehend betrachtet werden, daß die Gelder für diese Organisation nur aus französischer Quelle stammen können, zumal auch bekannt ist, daß Kuns bei der französischen Provinzialdelegation ein- und ausgeht. Nach den neuesten Informationen beabsichtigen die Kuns-Leute in Ludwigshafen in der allernächsten Zeit sich in den Besitz der öffentlichen Macht durch Gewalt zu setzen.

Der Untersuchungsausschuß in Speyer eingetroffen.

Paris, 12. März. (T.U.) Nach einer Havas-Meldung aus Speyer ist das interalliierte Untersuchungskomitee in der Stadt unter dem Vorsitz des Generals Nollet eingetroffen. Das Komitee wünscht festzustellen, ob seine Erlasse von der provisorischen Regierung besolgt worden sind. Es hat zu diesem Zweck die Kreisdelegierten der Stadt Speyer und den Präsidenten der provisorischen Regierung, Deterdörffer, vernommen.

Am Dienstag fanden bereits Besprechungen zwischen dem Sonderausschuß der Rheinlandkommission und dem Kreisausschuß der Pfalz sowie dem Regierungsdirektor Stähler statt, um festzustellen, inwieweit die seinerzeit getroffenen Vereinbarungen in der Pfalz durchgeführt worden. Der Sonderausschuß dürfte einige Tage in der Pfalz verweilen. Er ist diesmal nicht mit Vollmachten ausgestattet, sondern lediglich zu dem Zweck in die Pfalz gekommen, um sich an Ort und Stelle über die augenblicklichen Verhältnisse zu unterrichten.

Einführung der Sommerzeit.

Berlin, 12. März. (WTB.) Wie der Amtliche Preußische Pressedienst meldet, hat sich das preußische Staatsministerium in seiner Montagssitzung u. a. auch mit der Frage der Einführung der Sommerzeit beschäftigt. Es wurde beschlossen, an das Reich mit dem Antrag heranzutreten, für das Sommerhalbjahr 1924 die Sommerzeit einzuführen. Maßgebend für die Beschlußfassung waren Erwägungen finanzpolitischer Art und die Erkenntnis von dem Werte der Sommerzeiteinrichtung für die Volksgesundheit. Den Schwierigkeiten, die sich durch die Einführung der Sommerzeit in den einzelnen Teilen der Landwirtschaft ergeben, kann nach Ansicht des Staatsministeriums durch weitgehende technische Umstellung und Rücksichtnahme auf spezielle landwirtschaftliche Bedürfnisse, z. B. durch Späterlegung der Milchfuhre u. a. m., Rechnung getragen werden.

Die Luftverteidigungsdebatte im Unterhause.

London, 12. März. (T.U.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses kam der Voranschlag der Regierung für den Haushalt der Luftverteidigung zur Sprache. Der Unterstaatssekretär im Luftverteidigungsministerium Leach gab einen Überblick über die Maßnahmen auf diesem Gebiet. England marschiere jetzt, was das Flugwesen zur See anbetrifft, an der Spitze aller anderen Nationen. Leach trat dann der Anschauung entgegen, daß eine Arbeiterregierung wie die jetzige die Rüstungen herabmindern müsse. Die Arbeiterpartei habe niemals beabsichtigt, die Abrüstung in England zu erzwingen, wenn das nicht gleichzeitig auch in den anderen Ländern geschehe. Leach ging dann zur Verteidigung der Voranschläge für das kommende Rechnungsjahr über, nach denen eine Mehrausgabe von 2½ Millionen Pfund Sterling bei einer Gesamtausgabe von 14½ Millionen Pfund angesetzt ist. Die Zahl der neu zu erbauenden Geschwader beträgt 18. Am 1. März 1925 würden diese fertiggestellt sein.

D[illegible] englischer

[illegible] nchester Guardian" [illegible] ch sei kaum ein er- [illegible] Hoffung eines Ein- [illegible] eige die französische [illegible] lichen französischen [illegible] erminister vertreten [illegible] en Standpunkt bei- [illegible] ßische Politik nicht [illegible] einer 300 jährigen [illegible] Sprungbrett gegen [illegible] rars ziemlich einer [illegible] rdschaftliches und [illegible] kaum veröffentlicht, [illegible] ich einen gerechten [illegible] ie extravaganteren [illegible] Grenze Frankreichs [illegible] rer Staaten, z. B. [illegible] rtisisch unmögliche [illegible] im Sinn habe, sei [illegible] mit der Genesthei- [illegible] gegebene und von [illegible] und vor einem deutschen [illegible] die geringste Be- [illegible] ns sein und komme

[illegible] mburg.

[illegible] des Hamburger Rothsile im Ham- [illegible] burger Hafen zum Löschen von leicht verderblichen Schiffsladungen mit 250 Mann eingesetzt. Die Verhandlungen, die gestern im Laufe des Tages zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Hafenarbeitergewerbe stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Der Streik im Hafen und bei den von ihm abhängigen Betrieben geht weiter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240312-19/fragment/page=0009